

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 1862

4 octobre 2006

SOMMAIRE

Arcelor Commercial FCSE S.A., Luxembourg	89372
Blooch S.A., Luxembourg	89330
Constantin International S.A.H., Luxembourg	89376
Nordea 1, Sicav, Findel	89366
Nordea 3, Sicav, Findel	89366
Partners Group Alternative Strategies, Sicav, Luxembourg	89330
Pharmaphyt, S.à r.l., Born	89375
Pharmaphyt, S.à r.l., Born	89376
S.A.B. Lux, S.à r.l., Luxembourg	89372
S.D.A. S.A., Luxembourg	89329
Salvia Europe S.A., Luxembourg	89372
SPI Play BeNeLux-France S.A., Rodange	89375
Topline Services S.A., Schengen	89373
Triodos Sicav I, Luxembourg	89340

S.D.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.
R. C. Luxembourg B 25.330.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale des actionnaires datée du 15 juin 2006

- 1) Monsieur Dimitri Kennes s'est démis de ses fonctions d'administrateur avec effet au 10 mars 2006.
- 2) Le nombre des administrateurs a été réduit de 4 à 3.
- 3) La société DELOITTE & TOUCHE, réviseurs d'entreprises, R.C.S. Luxembourg B 67.895, avec siège à L-8009 Strassen, 3, route d'Arlon, a été reconduite comme réviseur externe et chargée du contrôle des comptes de l'exercice 2006.
- 4) Monsieur Patrick Ferry, commissaire, né le 8 juillet 1951 à Paris, France, demeurant à 75008 Paris, France, 11, rue de Lisbonne, a été nommé comme commissaire aux comptes jusqu'à l'issue de l'assemblée générale statutaire de 2008.
- 5) Le siège social a été transféré de L-2211 Luxembourg, 1, rue de Namur, à L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

Luxembourg, le 14 août 2006.

Pour avis sincère et conforme

Pour S.D.A.

FORTIS INTERTRUST (LUXEMBOURG) S.A.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 28 août 2006, réf. LSO-BT07931. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(094039.3//23) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 septembre 2006.

89330

BLOOCH S.A., Société Anonyme.
Siège social: Luxembourg, 16, allée Marconi.
R. C. Luxembourg B 93.856.

Le bilan au 31 décembre 2005, enregistré à Luxembourg, le 31 juillet 2006, réf. LSO-BS11225, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 10 août 2006.

FIDUCIAIRE CONTINENTALE S.A.

Signature

(084131.3//12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

PARTNERS GROUP ALTERNATIVE STRATEGIES, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-1347 Luxembourg, 6A, Circuit de la Foire Internationale.

H. R. Luxembourg B 119.065.

STATUTEN

Im Jahre zweitausendundsechs, den sechsten September.

Vor den unterzeichneten Notar Henri Hellinckx, mit dem Amtssitz in Mersch (Luxemburg),

Sind erschienen:

1) PARTNERS GROUP HOLDING, eine Aktiengesellschaft nach Schweizer Recht, mit Sitz in Zugerstrasse 57, CH-6341 Baar, Schweiz;

2) PARTNERS GROUP, eine Aktiengesellschaft nach Schweizer Recht, mit Sitz in Zugerstrasse 57, CH-6341 Baar, Schweiz.

Beide sind vertreten durch Frau Eva Brauckmann, Rechtsanwältin zugelassen am Landgericht Trier, geschäftsansässig in Luxemburg gemäß zwei privatschriftlichen Vollmachten, welche am 23. August 2006 in Baar ausgestellt wurden.

Die bezeichneten Vollmachten, welche ne varietur durch die Bevollmächtigte der erschienenen Parteien sowie den unterzeichneten Notar paraphiert wurden, werden der vorliegenden Urkunde als Anlage beigefügt, um gleichzeitig mit ihr einregistriert zu werden.

Die Erschienenen, welche in ihren vorstehenden Eigenschaften handeln, haben den Notar gebeten, die folgende Satzung einer Aktiengesellschaft (société anonyme), welche als Gesellschaft mit variablem Kapital organisiert (société d'investissement à capital variable) werden soll, die die Gründer untereinander zu gründen beabsichtigen, zu Protokoll feststellen zu lassen.

Art. 1. Zwischen den Zeichnern und allen zukünftigen Aktionären besteht eine Aktiengesellschaft in Form einer «société anonyme», die sich als «Investmentgesellschaft mit variablem Kapital» qualifiziert, unter der Bezeichnung PARTNERS GROUP ALTERNATIVE STRATEGIES (die «Gesellschaft»).

Art. 2. Die Gesellschaft ist für eine unbeschränkte Dauer gegründet. Sie kann zu jeder Zeit durch einen, wie in Sachen Abänderung dieser Satzung getroffenen, Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre aufgelöst werden.

Art. 3. Ausschließlicher Gegenstand der Gesellschaft ist es, die ihr verfügbaren Mittel nach dem Grundsatz der Risikostreuung in übertragbare Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Anteile von Organismen für gemeinsame Anlagen, Finanzinstrumente und andere erlaubte Vermögenswerte anzulegen und ihren Aktionären den Ertrag der Verwaltung ihres Vermögens zugute kommen zu lassen.

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstands für nützlich erachtet, dies im Rahmen des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 (das «Gesetz») betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen.

Art. 4. Der Gesellschaftssitz befindet sich in der Gemeinde Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg. Durch Beschluss des Verwaltungsrats kann der Gesellschaftssitz innerhalb Luxemburg-Stadt verlegt werden sowie zusätzliche Zweigstellen oder Büros sowohl in Luxemburg als auch im Ausland errichtet werden.

Sollten außergewöhnliche politische, wirtschaftliche oder soziale Ereignisse eintreten oder bevorstehen, welche nach Meinung des Verwaltungsrats die normale Tätigkeit am Gesellschaftssitz oder den reibungslosen Verkehr zwischen diesem Gesellschaftssitz und dem Ausland beeinträchtigen könnten, so kann der Gesellschaftssitz vorübergehend bis zur Beendigung dieser außergewöhnlichen Ereignisse ins Ausland verlegt werden; diese vorläufige Maßnahme hat jedoch keinerlei Einfluss auf die Nationalität der Gesellschaft, welche ungeachtet der vorübergehenden Verlegung ihres Sitzes weiterhin luxemburgisch bleibt.

Art. 5. Das Gesellschaftskapital besteht aus Aktien ohne Nennwert und entspricht jederzeit dem in Artikel 23 der vorliegenden Satzung definierten Nettovermögenswert der Gesellschaft.

Das Mindestkapital der Gesellschaft, welches binnen sechs (6) Monaten nach Erhalt der gesetzlichen Ermächtigung, welches vom Luxemburger Gesetz über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgesehen ist, erreicht sein muss, beträgt eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro («EUR») (1.250.000,- EUR).

Der Verwaltungsrat hat jederzeit das unbeschränkte Recht, gemäß Artikel 25 der vorliegenden Satzung zusätzliche voll eingezahlte Aktien auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären ein Vorzugsrecht im Hinblick auf die Zeichnung der auszugebenden Aktien einzuräumen. Ferner kann der Verwaltungsrat die vorhandenen Aktien in eine größere

Anzahl von Aktien unterteilen unter dem Vorbehalt, dass der Gesamtinventarwert der neuen Aktien nicht höher sein darf als der Inventarwert der unterteilten Aktien.

Der Verwaltungsrat kann jedes ordnungsgemäß bevollmächtigte Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsträger der Gesellschaft oder jede sonstige ordnungsgemäß bevollmächtigte Person damit beauftragen, Zeichnungen für solche neuen Aktien entgegenzunehmen, diese Aktien auszustellen und die entsprechende Zahlung in Empfang zu nehmen.

Diese Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Kategorien angehören, und der Erlös der Ausgabe einer jeden Aktienkategorie wird gemäß Artikel 3 der vorliegenden Satzung in Vermögenswerte angelegt, welche solchen geographischen Zonen, Industriesektoren, Währungszonen oder solchen spezifischen Arten von Vermögenswerten entsprechen, wie sie jeweils vom Verwaltungsrat für jede einzelne Aktienkategorie bestimmt werden. Die Aktien können, falls es der Verwaltungsrat so entscheidet, als Aktien mit Anrecht auf Ausschüttungen («Ausschüttungsanteile») oder als Aktien ohne Anrecht auf Ausschüttungen («Thesaurierungsanteile») ausgegeben werden.

Zum Zwecke der Bestimmung des Gesellschaftskapitals wird das den einzelnen Kategorien zuzuordnende Nettovermögen, falls nicht in EUR ausgedrückt, in EUR umgewandelt, wobei das Gesellschaftskapital dem gesamten Nettovermögen sämtlicher Kategorien entspricht.

Art. 6. Aktien werden in der Form von Inhaberaktien herausgegeben. Der Verwaltungsrat kann jedoch nach freiem Ermessen die Ausgabe von Namensaktien entscheiden. Bei der Ausgabe von Inhaberaktien erfolgt die Ausstellung der Zertifikate in den vom Verwaltungsrat beschlossenen Formen. Wünscht ein Besitzer von Inhaberaktien den Umtausch seiner Zertifikate in Zertifikate einer anderen Form, oder in Namensaktien, so trägt er die Kosten für einen solchen Umtausch. Der Verwaltungsrat hat das Recht zu entscheiden ob Zertifikate für Namensaktien ausgegeben werden oder nicht. Falls der Verwaltungsrat entschieden hat Zertifikate für Namensaktien auszugeben und ein Aktionär nicht ausdrücklich Zertifikate zu erhalten wünscht, wird ihm anstelle dieser Zertifikate eine Bestätigung seines Aktieneigentums ausgehändigt. Wünscht ein Inhaber von Namensaktien die Ausstellung mehrerer Zertifikate für seine Aktien, so können ihm die Kosten für solche zusätzlichen Zertifikate auferlegt werden. Die Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet. Diese Unterschriften können handschriftlich, in gedruckter Form oder durch Stempel angebracht werden. Eine dieser Unterschriften kann jedoch durch eine zu diesem Zwecke vom Verwaltungsrat bevollmächtigte Person erfolgen. In diesem Falle muss die Unterschrift handschriftlich sein. Die Gesellschaft kann provisorische Aktienzertifikate in der jeweils vom Verwaltungsrat festgelegten Form ausstellen.

Aktien können lediglich unter Voraussetzung der Zeichnungsannahme und Erhalt des Kaufpreises, gemäß Artikel 25, ausgegeben werden. Nach Annahme der Zeichnung und Eingang des Kaufpreises erhält der Zeichner, binnen kurzer Zeit, die Aktienzertifikate oder eine Bestätigung bezüglich der von ihm erworbenen Aktien.

Die Zahlung von Dividenden an Inhaber von Namensaktien, erfolgt an ihre im Aktienregister angegebene Adresse und, im Falle von Inhaberaktien, gegen Vorlage des betreffenden Dividendenscheines an den oder die von der Gesellschaft diesbezüglich ermächtigten Vertreter oder Vertretern.

Sämtliche von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien, mit Ausnahme der Inhaberaktien, werden in das von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren damit beauftragten Person(en) geführte Aktienregister eingetragen, welches den Namen eines jeden Inhabers von Namensaktien, seinen Wohnsitz oder sein Wahlmilitz, soweit der Gesellschaft bekannt gegeben, die Anzahl und Kategorie der in seinem Besitz befindlichen Aktien und den für die einzelnen Aktien gezahlten Preis angibt. Jede Übertragung einer Aktie, mit Ausnahme von Inhaberaktien wird in das Aktienregister eingetragen und jede solche Übertragung wird von einem oder mehreren Angestellten, oder von einer oder mehreren Personen die diesbezüglich vom Verwaltungsrat bevollmächtigt wurden unterzeichnet.

Die Übertragung von Inhaberaktien erfolgt durch die Aushändigung der entsprechenden Inhaberaktienzertifikate. Die Übertragung von Namensaktien erfolgt a) im Falle der Ausstellung von Aktienzertifikaten, gegen Aushändigung des oder der entsprechenden Aktienzertifikate(s) an die Gesellschaft mit dem ordnungsgemäß auf der Rückseite ausgefüllten Übertragungsformular und allen sonstigen von der Gesellschaft geforderten Übertragungsurkunden, b) falls keine Aktienzertifikate ausgestellt wurden, mittels einer schriftlichen Übertragungserklärung, welche ins Aktienregister eingetragen wird und vom Zedenten und vom Zessionar oder von ordnungsgemäß dazu bevollmächtigten Personen datiert und unterzeichnet wird.

Jeder Inhaber von Namensaktien muss der Gesellschaft eine Adresse angeben, an welche sämtliche Mitteilungen und Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen sollen. Diese Adresse wird ebenfalls ins Aktienregister eingetragen.

Sollte ein solcher Aktionär es versäumen, eine Adresse anzugeben, so kann die Gesellschaft eine diesbezügliche Notiz ins Aktienregister eintragen lassen, und als Adresse des betreffenden Aktionärs gilt alsdann die des Gesellschaftssitzes, oder jedwede andere jeweils von der Gesellschaft eingetragene Adresse, dies bis zur Angabe einer anderen Adresse durch diesen Aktionär. Der Aktionär kann die im Aktienregister eingetragene Adresse jederzeit, durch eine Mitteilung an die Gesellschaft an deren Gesellschaftssitz oder an jede andere von Zeit zu Zeit von der Gesellschaft zu bestimmende Adresse, ändern lassen.

Falls die Zahlung des Zeichners zur Ausgabe von Aktienbruchteilen führt, werden diese ins Aktienregister eingetragen. Dieser Bruchteil gewährt kein Stimmrecht, gibt jedoch zu den von der Gesellschaft diesbezüglich festgelegten Bedingungen Anrecht auf anteilmäßige Dividenden.

Art. 7. Falls ein Aktionär der Gesellschaft zur Genüge beweisen kann, dass sein Aktienzertifikat verloren gegangen oder zerstört worden ist, so kann auf seinen Antrag ein Duplikat des besagten Aktienzertifikats unter den von der Gesellschaft zu bestimmenden Bedingungen und Garantien einschließlich einer Sicherheit einer Versicherungsgesellschaft ausgestellt werden und ohne irgend eine Beschränkung diesbezüglich. Nach der Ausstellung dieses neuen als Duplikat gekennzeichneten Aktienzertifikats, wird das ursprüngliche Zertifikat nichtig.

Beschädigte Aktienzertifikate können auf Anordnung der Gesellschaft durch neue ersetzt werden. Die beschädigten Zertifikate werden an die Gesellschaft ausgehändigt und umgehend annulliert.

Die Gesellschaft kann dem Aktionär nach eigenem Ermessen die Kosten für die Ausstellung eines Duplikats oder eines neuen Aktienzertifikats, sowie sämtliche von der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Ausstellung und der diesbezüglichen Eintragung oder mit der Annullierung des ursprünglichen Aktienzertifikats verauslagten Kosten, auferlegen.

Art. 8. Die Gesellschaft kann den Besitz der Aktien der Gesellschaft für natürliche Personen, Firmen oder juristische Personen einschränken oder untersagen.

Insbesondere kann die Gesellschaft den Besitz von Aktien für die nachstehend definierten «U.S. Staatsangehörigen» einschränken oder untersagen und zu diesem Zwecke:

a) die Ausgabe jedweder Aktie, sowie die Eintragung jedweder Aktienübertragung verweigern, sofern diese Eintragung oder Übertragung ihres Erachtens einen U.S. Staatsangehörigen in den wirtschaftlichen Besitz einer solchen Aktie bringt oder bringen könnte;

b) jederzeit jede Person, deren Name im Aktienregister eingetragen ist oder welche die Eintragung einer Aktienübertragung beantragt, auffordern, ihr sämtliche eidesstattlich abgegebenen Auskünfte zu erteilen, welche ihres Erachtens notwendig sind um zu bestimmen, ob ein U.S. Staatsangehöriger wirtschaftlicher Eigentümer dieser Aktien ist oder zukünftig sein wird; und

c) falls die Gesellschaft feststellt, dass ein U.S. Staatsangehöriger entweder alleine oder zusammen mit Drittpersonen wirtschaftlicher Eigentümer dieser Aktien ist, oder seine Verpflichtungen oder Gewährleistungen bricht, oder solche Verpflichtungen oder Gewährleistungen, wie sie vom Verwaltungsrat vorgeschrieben werden können, nicht erfüllt, ist der Verwaltungsrat berechtigt sämtliche im Besitz solcher Aktionäre befindlichen Aktien auf dem Zwangswege wie folgt zurückkaufen:

1) Die Gesellschaft schickt dem Aktionär der im Aktienregister als Eigentümer der zu kaufenden Aktien eingetragenen Person eine Anzeige (im folgenden die «Kaufanzeige» genannt), mit Angabe der wie vorerwähnt zu kaufenden Aktien, des Kaufpreises und des Ortes an welchem der Kaufpreis für die besagten Aktien zahlbar ist. Diese Anzeige kann dem Aktionär per Einschreibebrief an seine letztbekannte oder an die in den Büchern der Gesellschaft eingetragene Adresse geschickt werden. Daraufhin ist der Aktieninhaber verpflichtet, der Gesellschaft das oder die in der Kaufanzeige bezeichnete(n) Aktienzertifikat(e) auszuhändigen. Unverzüglich nach Geschäftsschluss an dem in der Kaufanzeige festgelegten Datum verliert der bezeichnete Aktionär den Besitz an den in der Kaufanzeige bezeichneten Aktien; im Falle von Namensaktien wird sein im Aktienregister eingetragener Name gelöscht.

2) Der Preis, zu welchem die in der Kaufanzeige angegebenen Aktien gekauft werden (im folgenden der «Kaufpreis» genannt), entspricht dem gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung festgelegten Rückkaufspreis der Gesellschaftsaktien.

3) Die Zahlung des Kaufpreises an den Aktionär erfolgt außer in Zeiten von Devisenbeschränkungen, und wird von der Gesellschaft an eine Bank in Luxemburg oder sonstwo (wie in der Kaufanzeige angegeben) hinterlegt, mit Zahlungsanweisung an den Aktionär gegen Vorlage des oder der in der Kaufanzeige angegebenen Aktienzertifikats(e). Nach der Zahlung des Preises wie vorerwähnt haben die an den in der Kaufanzeige bezeichneten Aktien interessierten Personen keinen weiteren Anspruch auf diese Aktien, noch können sie irgendwelche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Guthaben geltend machen, außer dass sie als Besitzer der Aktien auftreten können, um gegen Aushändigung des oder der vorerwähnten Aktienzertifikate(s) den so hinterlegten Kaufpreis (ohne Zinsen) von der zuständigen Bank entgegenzunehmen.

4) Die Ausübung seitens der Gesellschaft der gemäß vorliegendem Artikel eingeräumten Rechte kann auf keinen Fall mit der Begründung, der Beweis des Aktienbesitzes einer Person sei unzureichend gewesen, oder mit dem Aktienbesitz habe es sich in Wirklichkeit anders verhalten, als die Gesellschaft dies am Datum der Kaufanzeige vermutete, angefochten oder ungültig erklärt werden, sofern in solchen Fällen die Gesellschaft die besagten Rechte nach dem Grundsatz von Treu und Glauben ausgeübt hat; und

d) jedem U.S. Staatsangehörigen in einer Versammlung der Aktionäre das Stimmrecht untersagen.

Für den Zweck der vorliegenden Satzung bezieht sich der Begriff «U.S. Staatsangehöriger» auf sämtliche in den Vereinigten Staaten oder in irgendeinem ihrer Gebiete, Besitzungen oder Regionen, welche der amerikanischen Rechtsprechung unterstehen, gebürtigen, wohnhaften oder ansässigen Personen, oder auf solche Personen, welche ihren üblichen Wohnsitz dort haben (einschließlich des Nachlasses einer solchen Person oder dort gegründeter oder eingetragener Körperschaften oder Gesellschaften).

Art. 9. Die ordnungsgemäß einberufene Versammlung der Aktionäre vertritt sämtliche Gesellschaftsaktionäre. Sie verfügt über die weitestgehenden Befugnisse, um alle im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Gesellschaft stehenden Geschäfte anzuordnen, auszuführen oder zu ratifizieren.

Art. 10. Die jährliche Generalversammlung der Aktionäre findet gemäß der luxemburgischen Gesetzgebung am Gesellschaftssitz oder an jedem anderen im Einberufungsschreiben angegebenen Ort in Luxemburg, am dritten Mittwoch des Monats Mai eines jeden Jahres, um 11.00 Uhr, und zum ersten mal 2008, statt.

Ist dieser Tag kein Bankgeschäftstag, so wird die Versammlung auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verlegt. Die jährliche Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, sofern sich dies nach freiem Ermessen des Verwaltungsrats aufgrund von außergewöhnlichen Umständen als notwendig erweist.

Sonstige Versammlungen der Aktionäre können an Ort und Zeitpunkt, wie in den diesbezüglichen Einberufungsschreiben angegeben, abgehalten werden.

Art. 11. Vorbehaltlich gegenteiliger Bestimmungen in der vorliegenden Satzung unterliegen die Einberufung und der Ablauf der Versammlung den gesetzlichen Beschlussfähigkeit- und Fristbedingungen.

Sämtliche ganzteilige Aktien geben, unabhängig von ihrer Kategorie und ihrem Inventarwert, Recht auf eine Stimme. Bruchteilsaktien sind nicht mit Stimmrechten verbunden. Die Aktionäre können sich in jeder Versammlung der Aktio-

näre von einer anderen bevollmächtigten Person vertreten lassen, die hierzu schriftlich oder durch Fernschreiben, Telegramm, Telex oder Telefax bevollmächtigt ist.

Sofern nicht anders vom Gesetz vorgeschrieben oder in der vorliegenden Satzung festgelegt, werden die Beschlüsse in den ordnungsgemäß einberufenen Versammlungen der Aktionäre mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmanden Personen getroffen.

Der Verwaltungsrat kann jedwede sonstigen seitens der Aktionäre zwecks Beteiligung an einer Versammlung der Aktionäre zu erfüllenden Bedingungen festlegen.

Art. 12. Die Aktionäre treten auf Einberufung des Verwaltungsrats zusammen, mittels eines Einberufungsschreibens, welches die Tagesordnung enthält und mindestens acht Tage im voraus an die im Aktienregister angegebene Adresse eines jeden Aktionärs zu schicken ist.

Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, wird zusätzlich eine Mitteilung im Luxemburger Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, in einer luxemburgischen Zeitung, und in sonstigen vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitungen veröffentlicht.

Art. 13. Die Verwaltung der Gesellschaft obliegt einem Verwaltungsrat, bestehend aus mindestens drei Mitgliedern, welche nicht unbedingt Aktionäre sein müssen.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden von den Aktionären in der jährlichen Generalversammlung der Aktionäre für eine Amtsdauer gewählt, welche mit der darauf folgenden jährlichen Generalversammlung abläuft und bis zur Ernennung und zum Dienstantritt ihrer Nachfolger, mit dem Vorbehalt jedoch, dass ein Verwaltungsratsmitglied jederzeit durch Beschluss der Aktionäre mit oder ohne Grund seines Amtes enthoben und/oder ersetzt werden kann.

Wird die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds infolge eines Todesfalls oder Rücktritts oder sonst wie frei, so können die übrigen Mitglieder zusammentreten und mit Stimmenmehrheit ein Verwaltungsratsmitglied bestellen, um diesen freien Posten bis zur nächsten Versammlung der Aktionäre zu besetzen.

Art. 14. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und kann einen oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende(n) ernennen. Des weiteren kann er einen Sekretär bestellen, welcher nicht Verwaltungsratsmitglied sein muss und mit der Erstellung der Protokolle der Verwaltungsratssitzungen und der Versammlungen der Aktionäre beauftragt wird. Der Verwaltungsrat tritt auf Einberufung des Vorsitzenden oder zweier Verwaltungsratsmitglieder an dem im Einberufungsschreiben angegebenen Ort zusammen.

Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter übernehmen den Vorsitz sämtlicher Versammlungen der Aktionäre und des Verwaltungsrats; in ihrer Abwesenheit können die Aktionäre oder der Verwaltungsrat jedoch ein anderes Verwaltungsratsmitglied und, für Versammlungen der Aktionäre, jede sonstige Person mit Stimmenmehrheit der in solchen Versammlungen anwesenden Personen zum vorläufigen Vorsitzenden wählen.

Der Verwaltungsrat kann von Zeit zu Zeit die Geschäftsführer der Gesellschaft ernennen, einschließlich eines Generaldirektors, stellvertretender Generaldirektoren, stellvertretender Sekretäre und sonstiger Geschäftsführer, welche für die Leitung und die Verwaltung der Gesellschaft als erforderlich erachtet werden. Jede dieser Bestellungen kann jederzeit vom Verwaltungsrat widerrufen werden. Die Geschäftsführer brauchen keine Verwaltungsratsmitglieder oder Aktionäre der Gesellschaft zu sein. Vorbehaltlich einer gegenteiligen Bestimmung in der vorliegenden Satzung haben die ernannten Geschäftsführer die ihnen vom Verwaltungsrat erteilten Rechte und Verpflichtungen.

Die Verwaltungsratssitzungen werden sämtlichen Verwaltungsratsmitgliedern mindestens vierundzwanzig Stunden im voraus durch eine schriftliche Mitteilung angekündigt, außer in dringenden Fällen, in welchem Falle die Art dieser Umstände im Einberufungsschreiben anzugeben sind.

Auf dieses Einberufungsschreiben kann mittels Zustimmung aller Verwaltungsratsmitglieder per Schreiben, Fernschreiben, Telegramm, Telex oder Telefax verzichtet werden. Individuelle Versammlungen, welche an Ort und Zeitpunkt wie in dem zuvor vom Verwaltungsrat festgelegten Kalender angegeben abgehalten werden, bedürfen keines gesonderten Einberufungsschreibens.

Jedes Verwaltungsratsmitglied ist berechtigt, sich in den Verwaltungsratssitzungen durch ein anderes schriftlich, per Fernschreiben, per Telegramm, Telex oder Telefax bevollmächtigtes Verwaltungsratsmitglied vertreten zu lassen.

Die Verwaltungsratsmitglieder können nur in ordnungsgemäß einberufenen Verwaltungsratssitzungen handeln. Verwaltungsratsmitglieder können die Gesellschaft nicht durch individuelle Handlungen verpflichten, außer in ausdrücklich vom Verwaltungsrat genehmigten Fällen.

Der Verwaltungsrat kann nur rechtsgültig beschließen oder handeln, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder in der Verwaltungsratssitzung anwesend oder vertreten ist.

Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder getroffen. Im Falle einer Stimmengleichheit, sei es für oder gegen eine vom Verwaltungsrat zu treffende Bestimmung, entscheidet die Stimme des Verwaltungsratsvorsitzenden oder im Falle seiner Abwesenheit, die seines Stellvertreters. Im Falle der Abwesenheit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, entscheidet die Stimme des Verwaltungsratsmitglieds dem der Vorsitzende die Vollmacht zu seiner Vertretung erteilt hat.

Der Verwaltungsrat kann seine Befugnisse im Hinblick auf die tägliche Verwaltung und Geschäftsführung der Gesellschaft und der Ausübung von Geschäften im Hinblick auf die Förderung der Gesellschaftspolitik und des Gesellschaftsgegenstandes an Geschäftsführer der Gesellschaft übertragen.

Beschlüsse, welche von sämtlichen Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet sind, gelten ebenfalls als rechtsgültig.

Art. 15. Die Protokolle sämtlicher Verwaltungsratssitzungen werden vom Vorsitzenden unterzeichnet und, in seiner Abwesenheit, vom pro tempore -Vorsitzenden, welcher den Vorsitz der Versammlung geführt hat.

Abschriften oder Auszüge dieser Protokolle, welche vor Gericht oder anderweitig vorzulegen sind, werden vom Vorsitzenden, vom Sekretär oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet.

Art. 16. Der Verwaltungsrat ist nach dem Grundsatz der Risikostreuung berechtigt, die Gesellschafts- und Anlagepolitik, sowie die Richtlinien für die Verwaltung und Geschäftsführung der Gesellschaft festzulegen.

Art. 17. Zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft oder Firma abgeschlossene Verträge oder Geschäfte können weder beeinträchtigt noch ungültig werden durch die Tatsache werden, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft ein Interesse in einer anderen Gesellschaft oder Firma haben oder Verwaltungsratsmitglied, Gesellschafter, Geschäftsführer oder Angestellter dieser Gesellschaft oder Firma sind. Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeder Geschäftsführer der Gesellschaft, welcher als Verwaltungsratsmitglied, Gesellschafter, Geschäftsführer oder Angestellter für eine Gesellschaft oder Firma fungiert, mit welcher die Gesellschaft kontrahiert oder sonstwie Geschäfte tätigt, darf aufgrund seiner Verbindung zu dieser anderen Gesellschaft oder Firma nicht daran gehindert werden, solche im Zusammenhang mit derartigen Verträgen oder Geschäften stehende Angelegenheiten in Betracht zu ziehen, diesbezüglich abzustimmen oder zu handeln.

Falls ein Verwaltungsratsmitglied oder Geschäftsführer der Gesellschaft ein persönliches Interesse an einem Geschäft der Gesellschaft hat, muss das betroffene Verwaltungsratsmitglied oder der betroffene Geschäftsführer dem Verwaltungsrat dieses persönliche Interesse mitteilen, und darf keine solche Transaktion in Betracht ziehen oder diesbezüglich abstimmen; über das Interesse des betreffenden Verwaltungsratsmitglied oder Geschäftsführers wird in der nächstfolgenden Versammlung der Aktionäre Bericht erstattet. Der Begriff «persönliches Interesse», wie im vorstehenden Satz aufgeführt, gilt nicht für die Beziehung zu oder das Interesse in irgendeiner Angelegenheit, Position oder einer Transaktion im Zusammenhang mit PARTNERS GROUP oder irgendeiner ihrer Zweigstellen oder Tochtergesellschaften, oder mit einer sonstigen Gesellschaft oder Körperschaft wie sie der Verwaltungsrat nach Belieben von Zeit zu Zeit festlegen kann.

Art. 18. Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, deren Erben, Testamentsvollstrecker und Vermögensverwalter für alle Ausgaben entschädigen, welche diese im Zusammenhang mit jedweden Verfahren, Prozessen und Gerichtsverfahren hatten, in welchen sie in ihrer Eigenschaft als jetzige oder ehemalige Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft, oder, auf deren Antrag, jedweder anderen Gesellschaft in welcher die Gesellschaft Aktionär oder Gläubiger ist und von welcher sie keine Entschädigung beanspruchen können, beteiligt waren, es sei denn für solche Angelegenheiten, für welche sie in solchen Verfahren, Prozessen oder Gerichtsverfahren schließlich für grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten für haftbar erklärt werden.

Art. 19. Die Gesellschaft wird durch die Unterschrift zweier Verwaltungsratsmitglieder oder der Einzelunterschrift eines rechtmäßig dazu bevollmächtigten Geschäftsführers der Gesellschaft verpflichtet, oder durch die Unterschrift jeder sonstigen vom Verwaltungsrat dazu bevollmächtigten Person.

Art. 20. Die Gesellschaft bestellt einen zugelassenen Wirtschaftsprüfer, welchem die durch das Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben obliegen. Der Wirtschaftsprüfer wird von der jährlichen Hauptversammlung der Aktionäre gewählt und bleibt im Amt bis zur Ernennung seines Nachfolgers.

Art. 21. Wie nachstehend näher erläutert kann die Gesellschaft jederzeit ihre eigenen Aktien unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen zurückkaufen.

Unter Vorbehalt der im Verkaufsprospekt veröffentlichten Einschränkungen, kann jeder Aktionär den Rückkauf aller oder eines Teils seiner Aktien durch die Gesellschaft beantragen. Der Rückkaufspreis ist spätestens binnen 30 Tagen nach dem Datum, an welchem der Rückkauf getätigt wurde oder, falls später, nach dem Datum an dem alle dazugehörigen Dokumente von der Gesellschaft erhalten worden sind, zu zahlen und entspricht dem gemäß den Bestimmungen von Artikel 23 der vorliegenden Satzung festgelegten Inventarwert der Aktien der betreffenden Kategorie, minus der vom Verwaltungsrat bestimmten Rücknahmeabschlag.

Alle derartige Rückkaufsanträge müssen vom betreffenden Aktionär in schriftlicher Form am Gesellschaftssitz in Luxemburg oder bei jedweder anderen von der Gesellschaft zu ihrem Agenten für den Aktienrückkauf ernannten Person oder Gesellschaft eingereicht werden; gleichzeitig müssen das oder die Aktienzertifikate (sofern solche ausgestellt wurden) zusammen mit ausreichenden Beweisen der Übertragung oder Abtretung ordnungsgemäß ausgehändigt werden.

Jedweder Rückkaufsantrag ist unwiderrufbar, außer im Falle einer Rückkaufaufhebung gemäß Artikel 22 der vorliegenden Satzung. In Ermangelung eines Widerrufs erfolgt der Rückkauf wie vorerwähnt, am ersten Bewertungsstichtag nach Ende der Aufhebung. Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat nach seinem Ermessen unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Aktionären beschließen, einen Widerruf eines Rückkaufantrags anzunehmen.

Die von der Gesellschaft zurückgekauften Aktien werden annulliert.

Jedweder Aktionär kann durch einen Antrag den Umtausch aller oder eines Teils seiner Aktien in Aktien einer anderen Kategorie, zum respektiven für die betreffende Kategorie festgelegten Inventarwert beantragen, welcher Preis durch die jeweiligen Handelskosten, und durch das Auf- und Abrunden, wie vom Verwaltungsrat entschieden werden kann, berichtigt wird. Der Verwaltungsrat kann unter anderem im Hinblick auf die Frequenz der Umwandlungen Einschränkungen auferlegen und für den Umtausch eine nach Gutdünken, im Interesse der Gesellschaft und des gesamten Aktionariates, festgelegte Gebühr in Rechnung stellen.

Soweit nicht eine anderweitige Entscheidung des Verwaltungsrates ergangen ist, wird kein Rückkauf oder Umtausch von einem einzigen Aktionär getätigt, welcher einen Mindestbetrag oder eine Mindestanzahl von Aktien die vom Verwaltungsrat für jede Aktienkategorie festgelegt werden kann, unterschreitet.

Im Falle wo ein Rückkauf oder ein Umtausch oder ein Verkauf von Aktien den Wert des Aktienbestands einer Kategorie eines einzelnen Aktionärs auf weniger als einen vom Verwaltungsrat festzulegenden Betrag reduziert, wird angenommen, dass der betreffende Aktionär den Rückkauf oder den Umtausch seiner sämtlichen Aktien dieser Kategorie beantragt hat.

Wenn für einen bestimmten Bewertungsstichtag Anträge auf Rücknahme von mehr als 25 Prozent der Gesamtzahl der umlaufenden Aktien einer Kategorie oder Aktienklasse eingehen, kann der Verwaltungsrat oder ein vom Verwaltungsrat bestellter Ausschuss eine Aufschiebung von Rücknahmeanträgen beschließen, so dass die Grenze von 25 Prozent nicht überschritten wird. In diesen Fällen können die für diesen Bewertungsstichtag eingegangenen Rücknahmeanträge auf Beschluss des Verwaltungsrats oder eines durch den Verwaltungsrat bestellten Ausschusses auf einen späteren Bewertungsstichtag verschoben werden. Rücknahmeanträge für den jeweiligen Bewertungsstichtag, die in dieser Weise verringert und aufgeschoben wurden, werden mit späteren Rücknahmeanträgen, die für den entsprechenden darauf folgenden Bewertungsstichtag eingingen, gleichgestellt, stets unter dem Vorbehalt der 25 Prozent Grenze. Die vorstehenden Beschränkungen gelten anteilig für alle Aktionäre, die Rücknahme an oder für diesen Bewertungsstichtag beantragt haben, so dass der auf Antrag zurückgenommene Teil jeder Beteiligung für die betroffenen Aktionäre anteilig gleich hoch ist. Dem Verwaltungsrat steht zu, die Rücknahmebeschränkung von 25 Prozent für einzelne Aktienkategorien zu erhöhen. Vorbehaltlich der Regelung unter Artikel 22 ist sicherzustellen, dass sämtliche Rücknahmeanträge jeweils innerhalb einer Frist von 100 Tagen seit ihrem Eingehen bedient werden und der Rücknahmepreis ausgekehrt wird.

Zusätzlich zu den vorgenannten Bestimmungen kann der Verwaltungsrat oder ein vom Verwaltungsrat bestellter Ausschuss Rücknahmeanträge pro Aktienkategorie oder Aktienklasse innerhalb einer rollenden Frist von drei Monaten auf 50 Prozent der Gesamtzahl der am jeweils vorangegangenen Bewertungsstichtag umlaufenden Aktien beschränken. In diesen Fällen können Rücknahmeanträge auf den ersten Bewertungsstichtag nach Ablauf der Frist von drei Monaten aufgeschoben werden, so dass die Grenze von 50 Prozent für die entsprechende Dreimonatsfrist nicht überschritten wird. Rücknahmeanträge von Aktionären, die von der vorgenannten Beschränkung betroffen sind, werden anteilig aufgeschoben, so dass der auf Antrag zurückgenommene Teil jeder Beteiligung für die betroffenen Aktionäre im Verhältnis gleich hoch ist. Vorbehaltlich der Regelung unter Artikel 22 ist sicherzustellen, dass sämtliche Rücknahmeanträge jeweils innerhalb einer Frist von 100 Tagen seit ihrem Eingehen bedient werden und der Rücknahme ausgekehrt wird.

Der Verwaltungsrat unternimmt entsprechende Anstrengungen, um eine angemessene Liquidität für jede Aktienkategorie sicherzustellen, so dass Rücknahmen der Aktien jeder Kategorie oder jeder Aktienklasse unter normalen Umständen unverzüglich auf Antrag der Aktionäre vorgenommen werden können. Der Verwaltungsrat ist jedoch in Ausnahmefällen, wenn keine ausreichende Liquidität für die jeweilige Aktienkategorie vorhanden ist, berechtigt, Rücknahmen aufzuschieben und Rücknahmeanträge erst dann, wenn der Verkauf entsprechender Vermögenswerte der jeweiligen Aktienkategorie im wohl verstandenen Interesse der Aktionäre erfolgte, auszuführen. Zur Vermeidung von Zweifelsfällen gilt, dass die Rücknahme in diesem Falle für alle Aktienklassen der jeweiligen Aktienkategorie aufgeschoben wird. Der Verwaltungsrat kann die Aufschiebung von Rücknahmen nach seinem Ermessen beschließen. Vorbehaltlich der Regelung unter Artikel 22 ist sicherzustellen, dass sämtliche Rücknahmeanträge jeweils innerhalb einer Frist von 100 Tagen seit ihrem Eingehen bedient werden und der Rücknahmepreis ausgekehrt wird.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, einzelne Anträge auf Rücknahme oder Umtausch von Aktien abzulehnen, wenn er davon Kenntnis erhält oder Grund zu der Annahme hat, dass sogenannte Market Timing Geschäftspraktiken vorliegen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann beschließen, falls zu irgendeinem Zeitpunkt der Gesamtinventarwert aller Aktien einer Kategorie weniger als der Gegenwert von EUR 25 Millionen beträgt, sämtliche Aktien der betreffenden Kategorie zu dem am Tage, an welchem sämtliche zu dieser Kategorie gehörenden Guthaben realisiert wurden, anwendbaren Inventarwert zurückzukaufen.

Art. 22. Zum Zwecke der Festlegung des Ausgabe-, Rückkaufs- und Umtauschpreises pro Aktie bestimmt die Gesellschaft periodisch, je nach Bestimmung des Verwaltungsrats den Inventarwert der Aktien einer jeden Kategorie (wobei der Tag, an welchem der Inventarwert bestimmt wird, in der vorliegenden Satzung «Bewertungsstichtag» genannt wird), unter der Voraussetzung, dass der Bewertungsstichtag im Falle eines Bankfeiertages in Luxemburg oder an einem anderen vom Verwaltungsrat bestimmten Ort auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verlegt wird.

Die Gesellschaft kann die Bestimmung des Inventarwerts der Aktien jeder Kategorie, die Ausgabe und den Rückkauf der Aktien dieser Kategorie, sowie den Umtausch von und in Aktien einer jeden Kategorie aussetzen:

a) für jedwede Periode während welcher eine der wichtigsten Wertpapierbörsen oder geregelten Märkten, an denen ein wesentlicher Teil der auf eine bestimmte Kategorie bezogenen Anlagen der Gesellschaft notiert werden, aus einem anderen Grund als dem eines üblichen Feiertages geschlossen ist, oder in Zeiten in denen der dortige Handel eingeschränkt oder vorübergehend eingestellt sind; oder

b) im Falle einer Situation, die ein unvorhergesehenes Ereignis darstellt, infolge der sich die Veräußerung oder die Bewertung der Vermögenswerte der betreffenden Aktienkategorie als nicht durchführbar erweist; oder

c) bei einem Ausfall der Kommunikations- oder Berechnungsmittel, die normalerweise zur Ermittlung des Preises oder des Wertes des betreffenden Aktienkategorievermögens oder der Preise oder Werte an einem Markt oder einer Börse verwendet werden; oder

d) während einer Periode, in welcher die Gesellschaft nicht zur Repatriierung von Mitteln in der Lage ist, um damit Zahlungen für die Rücknahmekaufspreise der Aktien einer bestimmten Kategorie nicht bewerkstelligen kann; oder

e) wenn aus anderen Gründen der Wert einer der der Gesellschaft gehörenden erheblichen Anlage nicht unverzüglich oder nicht präzise bestimmt oder berechnet werden kann; oder

f) wenn die Gesellschaft Kenntnis davon hat, dass die Bewertung einiger ihrer Anlagen, die sie zuvor zur Berechnung des Nettoinventarwertes je Aktie einer Kategorie erhalten hatte, in einem wesentlichen Punkt falsch war und dies nach Auffassung des Verwaltungsrates der Gesellschaft eine Neuberechnung dieses Nettoinventarwertes rechtfertigt (jedoch unter der Bedingung, dass der Verwaltungsrat der Gesellschaft unter keinen Umständen zur Änderung oder Neuberechnung eines zuvor berechneten Nettoinventarwertes, aufgrund dessen Zeichnungen, Umtausch oder Rücknahmen vorgenommen worden sein können, verpflichtet ist).

Sofern es angebracht ist, wird diese vorübergehende Einstellung von der Gesellschaft bekanntgegeben und den Aktionären, welche den Rückkauf ihrer Aktien durch die Gesellschaft beantragen, beim Einreichen des schriftlichen Antrags für einen derartigen Rückkauf wie in Artikel 21 der vorliegenden Satzung angegeben, mitgeteilt.

Die vorübergehende Einstellung bezüglich irgendeiner Aktienkategorie wird keine Folgen auf die Festlegung des Inventar-, Ausgabe-, Rückkauf- und Umtauschpreises der anderen Aktienkategorien haben.

Während der Aussetzung der Rücknahme oder des Umtauschs von Aktien dürfen keine Aktien ausgegeben werden.

Art. 23. Der Inventarwert der Aktien einer jeden Aktienkategorie der Gesellschaft wird in der Währung der entsprechenden Aktienkategorie als Pro-Aktie-Wert ausgedrückt und für jeden Bewertungsstichtag festgelegt, indem der Nettovermögenswert der entsprechenden Aktienkategorie, welcher dem am besagten Datum auf die entsprechende Kategorie bezogenen Wert des Vermögens der Gesellschaft, abzüglich der auf diese einzelne Kategorie fallenden Verbindlichkeiten entspricht, durch die Anzahl der ausgegebenen Aktien der entsprechenden Kategorie dividiert und das Ergebnis auf die nächste Währungseinheit ab- oder aufgerundet wird.

A. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:

- a) sämtliche Bar- oder Kontoguthaben, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen;
- b) sämtliche Wechsel, Schuldscheine und fällige Forderungen (einschließlich des Erlöses von verkauften jedoch nicht gelieferten Wertpapieren);
- c) sämtliche Obligationen, Nachsichtwechsel, Aktien, Anteile/Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen, Beteiligungsrechte, Anleihen, Wandel- und Schuldverschreibungen, Bezugsrechte, Optionscheine, Optionen, Geldmarktinstrumente und sonstige Anlagen und Wertpapiere, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder für ihre Rechnung gekauft worden sind;
- d) sämtliche der Gesellschaft geschuldeten Aktien, Stockdividenden, Bardividenden und Barausschüttungen (wobei, die Gesellschaft Berichtigungen im Hinblick auf die durch den Handel mit Ex-Dividenden, Ex-Bezugsrechten oder ähnliche Praktiken verursachten Schwankungen des Marktwertes der Wertpapiere vornehmen kann);
- e) sämtliche auf den von der Gesellschaft gehaltenen verzinslichen Wertpapieren aufgelaufene Zinsen, außer wenn diese Zinsen im Nennwert des entsprechenden Wertpapiers einbegriffen oder berücksichtigt sind;
- f) die Gründungskosten der Gesellschaft, insofern diese nicht abgeschrieben wurden; und
- g) alle sonstigen Vermögenswerte jeglicher Art, einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten.

Der Wert dieser Vermögenswerte wird folgendermaßen festgelegt:

- 1) Anteilsscheine oder Anteile offener Zielfonds werden zum letzten berechneten und verfügbaren Rücknahmepreis bewertet; dies gilt auch für börsennotierte Investmentanteile. Anteilsscheine oder Anteile geschlossener Zielfonds werden zum zuletzt gehandelten oder verfügbaren notierten Kurs bewertet. Ist kein solcher aktueller Preis bzw. Kurs verfügbar, wird der Wert von Anteilen von geschlossenen Zielfonds nach in der Praxis anerkannten Bewertungsmethoden und -Grundsätzen ermittelt;
- 2) Liquide Mittel werden zum Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen bewertet;
- 3) Geldmarktinstrumente mit amtlicher Notierung an einer Börse werden zum letzten verfügbaren gezahlten Preis bewertet;
- 4) Geldmarktinstrumente ohne amtliche Notierung an einer Börse, die jedoch an einem anderen regulierten, anerkannten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, werden zu einem Preis nicht unter dem Geldkurs und nicht über dem Briefkurs zum Bewertungszeitpunkt bewertet, der angemessenerweise als der bestmögliche Preis gelten kann, zu dem diese Geldmarktinstrumente verkauft werden können;
- 5) Geldmarktinstrumente, die weder amtlich an einer Börse notiert sind noch an einem anderen regulierten Markt gehandelt werden, sind zum jeweiligen Marktwert zu bewerten, der von einem durch die Gesellschaft zu bestellenden Experten in gutem Glauben und in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Bewertungsvorschriften, die von Wirtschaftsprüfern kontrolliert werden können, ermittelt wurde;
- 6) Termineinlagen können zum Renditepreis bewertet werden, wenn ein entsprechender Vertrag zwischen der Gesellschaft und der Depotbank geschlossen wurde, in dem festgelegt ist, dass die Termineinlagen jederzeit gekündigt werden können und dass der Renditepreis dem Liquidationswert entspricht;
- 7) Optionen werden grundsätzlich zum letzten verfügbaren Börsenkurs oder Maklerkurs bewertet. Sollte ein Bewertungsstichtag zugleich der Abrechnungstag einer Option sein, erfolgt die Bewertung der entsprechenden Option zu ihrem jeweiligen Abrechnungspreis;
- 8) Die auf Geldmarktinstrumente auflaufenden anteiligen Zinsen werden in den Preis des Wertpapiers einbezogen, sofern sie nicht bereits darin enthalten sind;
- 9) Alle anderen Vermögenswerte werden zum jeweiligen Marktwert, den der Verwaltungsrat der Gesellschaft nach Treu und Glauben ermittelt, sowie gemäß den allgemein anerkannten Bewertungsregeln bewertet, die von Wirtschaftsprüfern kontrolliert werden können;
- 10) Alle nicht in der Referenzwährung der Aktienkategorie denominierten Vermögenswerte werden zu dem bei Geschäftsschluss am jeweiligen Bewertungsstichtag geltenden Wechselkurs in die Referenzwährung der Aktienkategorie umgerechnet.
- 11) Für den Fall, dass die oben genannten Bewertungsmethoden unangemessen oder irreführend sind, kann der Verwaltungsrat andere angemessene und in der Praxis anerkannte Bewertungsgrundsätze für die Vermögenswerte der Gesellschaft erlauben.
- 12) In Fällen, in denen die Interessen der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre rechtfertigen (z.B. zur Vermeidung von Market Timing), kann der Verwaltungsrat angemessene Maßnahmen, wie z.B. die Anwendung der Fair Value-Bepreisungsmethodologie, durchführen, um den Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft wie in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft näher beschrieben, anzupassen.

B. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- a) sämtliche Darlehen, Wechselverbindlichkeiten und Verpflichtungen;
- b) sämtliche aufgelaufenen oder zahlbaren Verwaltungsauslagen (einschließlich der Fondsverwaltungsgebühren, der Verwahrungsgebühren und der Vergütung des Gesellschaftsbevollmächtigten);
- c) sämtliche bestehende und zukünftige bekannte Verbindlichkeiten, einschließlich sämtlicher fällig gewordenen vertraglichen Verpflichtungen zur Zahlung in bar oder in Gütern, einschließlich des Betrags aller von der Gesellschaft festgesetzten nicht ausgeschütteten Dividenden, sofern der Bewertungsstichtag mit dem Stichtag für die Feststellung der dividendenberechtigten Personen übereinstimmt oder diesem folgt.
- d) eine vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit festgelegte angemessene Rückstellung für bis zum Bewertungsstichtag aufgelaufene Steuern auf das Kapital und den Erträgen sowie sonstige gegebenenfalls vom Verwaltungsrat genehmigte Rückstellungen, ferner etwaige vom Verwaltungsrat als angemessenen erachteten Rückstellungen für Eventualverpflichtungen;
- e) sämtliche andere Verbindlichkeiten jeder Art der Gesellschaft, mit Ausnahme der durch Gesellschaftsaktien verkörperten Verbindlichkeiten. Bei der Ermittlung der Höhe dieser Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft sämtliche von der Gesellschaft zu zahlenden Ausgaben zu berücksichtigen; diese Ausgaben umfassen insbesondere die Gründungskosten, die Vergütungen für die Verwaltungsgesellschaft (soweit anwendbar), für Anlageberater (soweit diese nicht von dem Fondsverwalter getragen werden), Vermögensverwalter, Zahlstellen, Buchhalter, Depotbank, Korrespondenzbanken, Registrierungs-, Domizil- und Übertragungsstellen, alle ständige Vertreter an den Registrierungsstellen, sämtliche andere von der Gesellschaft bestellte Vertreter, die Gebühren für Anwalts- und Buchprüfungsdienstleistungen, alle Gebühren und Kosten im Zusammenhang mit der Aufbereitung von Steuerinformationen und/oder Einreichung von Steuererklärungen und/oder -bescheinigungen bei Steuerbehörden in Ländern, in welchen Aktionäre ansässig sind oder annahmegemäß sind, marktübliche Entschädigungen der Verwaltungsratsmitglieder, alle Kosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Hauptversammlungen der Gesellschaft oder einzelner Aktienkategorien, die Verkaufs-, Druck-, Berichterstellungs- und Veröffentlichungskosten, einschließlich der Werbekosten, die Kosten für die Erstellung, Übersetzung und den Druck von Prospekten, erläuternden Memoranden oder Registrierungsanträge, die Steuern oder andere Gebühren und sämtliche sonstige Betriebskosten, einschließlich der Kosten für den Kauf und den Verkauf von Vermögenswerten, Zinsen, Bank- und Courtagegebühren, Versandkosten, Telefon- und Telexgebühren, die Kosten etwaiger Börsennotierung(en), deren Unterhalt oder nachfolgender Einstellung, die Kosten eventueller Versicherungen. Die Gesellschaft kann die Verwaltungskosten und sonstige regelmäßig wiederkehrende Kosten im voraus für ein Jahr oder jede andere Periode veranschlagen und diese gleichmäßig über diese Zeitspanne verteilen.

C. Es wird eine Vermögensmasse für jede Aktienkategorie gebildet:

- a) der Erlös aus der Ausgabe von Aktien jeder Aktienkategorie sowie die zurechenbaren Aktiven und Passiven, Erträge und Aufwendungen werden in den Büchern der für diese Kategorie von Aktien gebildeten Masse, gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels zugeteilt;
- b) falls ein Vermögenswert sich aus einem anderen Vermögenswert ergibt, so wird dieser abgeleitete Vermögenswert in den Büchern der Gesellschaft derselben Masse zugeordnet wie diejenigen Vermögenswerte, von welchem er abgeleitet wurde, und anlässlich jeder Neubewertung eines Vermögenswertes wird die Wertsteigerung oder die Wertminderung der entsprechenden Masse zugeordnet;
- c) falls die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, welche in Verbindung mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse oder mit irgendeinem Geschäft im Zusammenhang mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse steht, so wird die betreffende Verbindlichkeit der entsprechenden Masse zugeordnet;
- d) falls Vermögenswerte oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft keiner bestimmten Masse zugeordnet werden kann, wird der betreffende Vermögenswert oder Verbindlichkeit gleichmäßig auf sämtliche Massen verteilt, oder insofern wie es die Summe der Verbindlichkeit zulässt, anteilmäßig zum Nettovermögenswert der Massen verteilt.
- e) nach dem Tag der für die Bestimmung der Personen maßgeblich ist, die hinsichtlich der für eine Kategorie erklärten Ausschüttungen berechtigt sind vermindert sich der Nettovermögenswert der jeweiligen Aktienkategorie um den entsprechenden Dividenbetrag.

D. Falls Ausschüttungsanteile und Thesaurierungsanteile (beide zum Zweck dieses Artikels, eine «Klasse» von Aktien) in einer Kategorie ausgegeben werden, wird der Nettovermögenswert pro Aktie der betreffenden Kategorie gerechnet indem der Nettovermögenswert, welcher jeder Aktienklasse zuzurechnen ist, durch die Gesamtheit der im Umlauf befindlichen Aktien der jeweiligen Klasse geteilt.

Der Prozentsatz des gesamten Nettovermögenswertes der betreffenden Kategorie, welcher den jeweiligen Aktienklassen zuzurechnen ist, wird bei Gründung der Gesellschaft durch das Verhältnis der ausgegebenen Aktien jeder Klasse zur Gesamtheit der ausgegebenen Aktien der betreffenden Kategorie bestimmt und ändert nachher im Zusammenhang mit den getätigten Ausschüttungen sowie den Ausgaben und Rücknahmen von Aktien wie folgt:

1) Jedesmal, wenn eine Ausschüttung auf Ausschüttungsanteile vorgenommen wird, wird der Nettovermögenswert der Ausschüttungsanteile dieser Klasse um den Betrag der Ausschüttung, zuzüglich der dabei von der Gesellschaft zu tragenden anfallenden Kosten, gekürzt (was eine Minderung des Prozentsatzes des Nettovermögenswertes, welcher den Ausschüttungsanteile zuzurechnen ist, zur Folge hat), während der Nettovermögenswert der Thesaurierungsanteile unverändert bleibt (was eine Erhöhung des Prozentsatzes des Nettovermögenswertes, welcher den Thesaurierungsanteilen zuzurechnen ist, zur Folge hat).

2) Jedesmal, wenn eine Ausgabe oder Rücknahme von Aktien stattfindet, wird der, der jeweiligen Aktienklasse zuzurechnende, Nettovermögenswert um den vereinnahmten oder ausgegebenen Betrag erhöht oder gekürzt.

E. Zum Zwecke des vorliegenden Artikels:

- a) gelten die gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung zurückzunehmenden Aktien bis unmittelbar nach Geschäftsabschluss an dem im vorliegenden Artikel bezeichneten Bewertungsstichtag als bestehend und werden als solche berücksichtigt und ab diesem Tag und bis zur Zahlung gilt der Preis als Verbindlichkeit der Gesellschaft;
- b) gelten die infolge von eingegangenen Zeichnungsanträgen auszubehende Aktien der Gesellschaft, unverzüglich nach Geschäftsabschluss an dem Bewertungsstichtag an dem der Ausgabepreis errechnet wurde, als bestehend, und dieser Preis wird, bis er von der Gesellschaft erhalten worden ist, als Forderung der Gesellschaft angesehen werden;
- c) werden sämtliche Anlagen, flüssige Mittel und sonstigen Vermögenswerte der Gesellschaft, welche nicht in der Währung des Nettovermögenswertes der entsprechenden Kategorie ausgedrückt sind, unter Berücksichtigung des am Bewertungsstichtag des Nettovermögenswertes der Aktien geltenden Wechselkurse bewertet; und
- d) werden an einem Bewertungsstichtag die von der Gesellschaft an diesem Bewertungsstichtag abgeschlossenen Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren soweit wie möglich berücksichtigt.

Art. 24

1) Der Verwaltungsrat kann die Vermögensmassen welche für jede Aktienkategorie laut Absatz C von Artikel 23 gebildet wurden (nachstehend ein «Teilnehmender Teilfonds») ganz oder teilweise miteinander anlegen und verwalten. Jede solche erweiterte Vermögensmasse (eine «Erweiterte Vermögensmasse») wird durch Überweisung in Bar oder (vorbehaltlich der unten erwähnten Einschränkungen) anderer Vermögenswerte durch jeden Teilnehmenden Teilfonds gegründet. Danach kann der Verwaltungsrat zu jeder Zeit weitere Überweisungen an die Erweiterte Vermögensmasse tätigen. Der Verwaltungsrat kann ebenfalls Vermögenswerte von der Erweiterten Vermögensmasse an einen Teilnehmenden Teilfonds überweisen; eine solche Überweisung ist jedoch auf die Beteiligung des betreffenden Teilfonds an der Erweiterten Vermögensmasse begrenzt. Vermögenswerte außer Bargeld können einer Erweiterten Vermögensmasse nur überwiesen werden, falls diese Vermögenswerte für den Anlagebereich der betreffenden Erweiterten Vermögensmasse geeignet sind.

2) Die Vermögenswerte der Erweiterten Vermögensmasse zu denen jeder Teilnehmende Teilfonds berechtigt ist, werden nach den Vermögenszuweisungen und -entnahmen durch diesen Teilnehmenden Teilfonds und den Zuweisungen und Entnahmen zugunsten der anderen Teilnehmenden Teilfonds bestimmt.

3) Die in Bezug auf die Vermögenswerte in einer Erweiterten Vermögensmasse erhaltenen Dividenden, Zinsen und anderen als Einkommen betrachtbaren Ausschüttungen werden den Teilnehmenden Teilfonds im Verhältnis zu ihren jeweiligen Ansprüchen auf das Vermögen der Erweiterten Vermögensmasse zum Zeitpunkt des Erhaltens der betreffenden Zahlung gutgeschrieben.

Art. 25. Wenn immer die Gesellschaft Aktien zur Zeichnung anbietet, so entspricht der Preis pro Aktie, zu welchem diese Aktien angeboten und verkauft werden, dem vorbezeichneten Inventarwert für die entsprechende Aktienkategorie, zusätzlich einer vom Verwaltungsrat festgelegten Gebühr für Steuern und Kosten (inklusive Stempel und andere Steuern, Taxen, behördliche Kosten, Maklerkosten, Bankkosten, Überweisungskosten, Eintragungskosten und Zertifikatskosten und andere ähnliche Kosten) («Handelskosten»), welche anfallen würde wenn das sich im Besitz der Gesellschaft befindliche Vermögen, welches in Betracht gezogen werden müsste für eine Schätzung, gekauft werden müsste zu den in der Schätzung angenommenen Preisen, und unter der zusätzlichen Berücksichtigung aller anderen Faktoren, die nach Meinung des Verwaltungsrates berücksichtigt werden müssen, zuzüglich der in den Verkaufsdokumenten festgelegten Verkaufsgebühren. Dieser Preis ist aufzurunden zu der nächsten ganzen Einheit der Währung, in welcher der Inventarwert dieser Aktie gerechnet wird. Die Vergütung jeder mit dem Verkauf dieser Aktien beauftragten Agenten wird aus dieser Gebühr bezahlt. Der auf diese Weise festgelegte Preis ist spätestens sieben Geschäftstage nachdem der Kaufvertrag angenommen wurde oder binnen einer kürzeren Zeitspanne wie vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit bestimmt werden kann, zahlbar.

Art. 26. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember des gleichen Jahres. Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tag der Gründung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2007.

Die Konten der Gesellschaft werden in EUR ausgedrückt. Im Falle verschiedener Aktienkategorien, wie in Artikel 5 der Satzung vorgesehen, deren Konten in anderen Währungen ausgedrückt sind, werden diese Konten in EUR umgewandelt und zusammengerechnet im Hinblick auf die Festsetzung der Konten der Gesellschaft.

Art. 27. Die Verteilung des jährlichen Einkommens sowie sonstiger Ausschüttungen werden von der jährlichen Hauptversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrates festgelegt.

Jeder Beschluss einer Hauptversammlung der Aktionäre betreffend der Ausschüttung von Dividenden oder anderer Ausschüttungen an die Aktieneigentümer einer Aktienkategorie, unterliegt zusätzlich der vorherigen Abstimmung, nach dem Mehrheitsprinzip wie hier oben festgelegt, der Aktieneigentümer dieser Aktienkategorie.

Auf Beschluss des Verwaltungsrates und in Übereinstimmung mit den Gesetzen können Zwischendividenden auf Aktien jeder Kategorie gezahlt werden. Es wird keine Ausschüttung von Dividenden getätigt werden, wenn diese Ausschüttung das Kapital der Gesellschaft unter dem vom Gesetz festgelegten Minimum fallen lassen würde. Es werden keine Ausschüttungen auf den Thesaurierungsanteilen vorgenommen. Die Inhaber dieser Aktien nehmen im gleichen Maße in dem Ergebnis der Gesellschaft teil, da sich ihr pro rata Anteil an den Ergebnissen in ihrem Nettovermögenswert widerspiegelt.

Festgesetzte Dividenden werden in den vom Verwaltungsrat festgesetzten Währungen, Ort und Zeitpunkt ausgezahlt.

Die Dividenden einer jeden Aktienkategorie können gegebenenfalls, eine Vorwegnahme auf ein Ausgleichskonto mit sich führen; ein Konto, welches für eine diesbezügliche Aktienkategorie eingerichtet wird, und welches im gegebenen Falle, und für die diesbezügliche Aktienkategorie, in Folge einer Aktienausgabe gutgeschrieben wird und im Falle eines

Aktienrückkaufs belastet wird und dies, über eine Summe welche auf Basis des Teils der aufgelaufenen Einkommen der diesbezüglichen Aktien, gerechnet wird.

Art. 28. Die Gesellschaft muss einen Vertrag mit einer gemäß der luxemburgischen Gesetzgebung über Organismen für gemeinsame Anlagen zur Ausübung von Bankgeschäften, berechtigten Bank («die Depotbank»), abschließen. Sämtliche Bankguthaben und Wertpapiere der Gesellschaft werden von der Depotbank oder von einer Unterverwahrstelle in deren Auftrag verwahrt, welche gemäß der Gesetzgebung gegenüber der Gesellschaft und den Aktieneigentümern haftet.

Wünscht die Depotbank vom Vertrag zurückzutreten, so hat sich der Verwaltungsrat um eine neue Gesellschaft zu bemühen, die als Depotbank handeln soll. Die Verwaltungsratsmitglieder dürfen die Depotbank nicht ihres Amtes entheben bevor eine Nachfolgebank gemäß dieser Vorschrift ernannt wurde, um deren Amt zu übernehmen.

Art. 29. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren (welche natürliche Personen oder Rechtspersonen sein können) und von der diese Auflösung beschließenden Versammlung der Aktionäre ernannt werden, die ebenfalls ihre Befugnisse und ihre Vergütung festlegt. Der Nettoerlös der Auflösung bezüglich jeder Aktienkategorie wird durch den Liquidatoren an den Eigentümer dieser Aktien proportional zu seinem Besitz der entsprechenden Aktienkategorie gezahlt. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann entscheiden eine Aktienkategorie zu liquidieren, falls eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage eine Liquidation rechtfertigt. Diese Entscheidung wird vor dem wirksamen Datum der Liquidation von der Gesellschaft veröffentlicht und die Veröffentlichung wird die Gründe und die Vorgehensweise der Liquidation beschreiben. Die Aktionäre der betreffenden Kategorie können weiterhin den Rückkauf oder den Umtausch ihrer Aktien verlangen, es sei denn der Verwaltungsrat entscheidet, dass dies nicht erlaubt ist begründet auf den Interessen der Aktionäre oder um die Gleichbehandlung der Aktionäre zu gewährleisten. Vermögenswerte welche bei Abschluss der Liquidation der betreffenden Kategorie nicht ausgeschüttet werden konnten, werden für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Abschluss der Liquidation bei der Depotbank hinterlegt. Nach diesem Zeitraum werden die Vermögenswerte bei der «Caisse de Consignation» zugunsten der dazu Berechtigten hinterlegt.

Unter den selben Umständen wie im vorhergehenden Abschnitt angeführt, kann der Verwaltungsrat entscheiden eine Aktienkategorie durch Einbringen in eine andere Aktienkategorie aufzulösen. Außerdem kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn das Interesse der Aktionäre der betreffenden Kategorien dies verlangt. Diese Entscheidung wird, wie im vorhergehenden Abschnitt vorgesehen, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die neue Aktienkategorie beinhalten. Diese Veröffentlichung wird wenigstens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen um den Aktionären zu ermöglichen den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen.

Unter den selben Umständen wie oben angeführt kann der Verwaltungsrat ebenfalls entscheiden eine Aktienkategorie durch Einbringen in andere Organismen für gemeinsame Anlagen, die durch die Gesetze des Großherzogtums Luxemburg geregelt sind, aufzulösen. Außerdem kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn das Interesse der Aktionäre der betreffenden Kategorie dies verlangt. Diese Entscheidung wird wie oben angeführt veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über das betreffende Organismus für gemeinsame Anlagen beinhalten. Diese Veröffentlichung wird wenigstens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen um den Aktionären zu ermöglichen den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen. Im Fall einer Fusion mit einem Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher die Form eines fonds commun de placement hat, wird die Fusion nur für die Aktionäre der betreffenden Kategorie gelten, welche ausdrücklich der Fusion zustimmen werden.

Die Umgestaltung einer Aktienkategorie durch eine Aufteilung in zwei oder mehrere Kategorien kann vom Verwaltungsrat entschieden werden, falls der Verwaltungsrat feststellt, dass die Interessen der Aktionäre der betreffenden Kategorie dies verlangen oder eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage dies rechtfertigt. Eine solche Entscheidung wird wie oben erwähnt veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die zwei oder mehreren neuen Kategorien beinhalten. Diese Veröffentlichung wird wenigstens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens der Umgestaltung erfolgen um den Aktionären zu ermöglichen den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen.

Falls eine Fusion, Unterteilung oder Teilung die Zuteilung an Aktionäre von Aktienbruchstücken zur Folge hat und falls die betroffenen Aktien zur Abwicklung in einem clearing system zugelassen sind, welches gemäß seinen Betriebsregeln die Abwicklung und Glatstellung von Aktienbruchstücken nicht zulässt oder falls der Verwaltungsrat entschlossen hat keine Aktienbruchstücke in der betreffenden Kategorie aufzulegen, ist der Verwaltungsrat ermächtigt den betreffenden Aktienbruchteil zurückzukaufen. Der Inventarwert des zurückgekauften Bruchteils wird an die jeweiligen Aktionäre ausgeschüttet, es sei denn er beträgt weniger als EUR 20.

Die Generalversammlung der Aktionäre einer Aktienkategorie ist auf Vorschlag des Verwaltungsrates berechtigt die Auflösung dieser Aktienkategorie sowie die Einbringung dieser Aktienkategorie in eine andere Aktienkategorie oder einen anderen Luxemburger OGAW unter den Bedingungen des Artikels 29 dieser Satzung zu entscheiden.

Art. 30. Die vorliegende Satzung kann von einer Versammlung der Aktionäre, die nach den Luxemburger Gesetzen ordentlich, was die Beschlussfähigkeit und die Stimmabgabe einberufen ist, abgeändert werden. Jegliche Abänderung bezüglich der Rechte von Aktieneigentümer einer bestimmten Kategorie gegenüber Aktien einer anderen Kategorie unterliegt desweiteren den Beschlussfähigkeits- und Stimmabgabenbestimmungen der betreffenden Aktienkategorien.

Art. 31. Sämtliche nicht in der vorliegenden Satzung vorgesehenen Angelegenheiten unterliegen den Gesetzen vom 15. August 1915 über Handelsgesellschaften und vom 20. Dezember 2002 über OGAW.

Zeichnung und Zahlung

Das Kapital wird wie folgt gezeichnet und eingezahlt:

Anteilshaber	Gezeichnetes Kapital (EUR)	Eingezahlter Betrag (EUR)	Anzahl der Aktien
1) PARTNERS GROUP HOLDING, vorgenannt	30.900,-	30.900,-	309
2) PARTNERS GROUP, vorgenannt	100,-	100,-	1
	<u>31.000,-</u>	<u>31.000,-</u>	<u>310</u>

Der Nachweis der Einzahlung wurde dem amtierenden Notar erbracht.

Bescheinigung

Der unterzeichnete Notar bescheinigt, dass die Bedingungen von Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften erfüllt sind.

Kosten

Die Kosten welche von der Gesellschaft im Rahmen ihrer Gründung zu tragen sind belaufen sich auf fünftausend Euro.

Gründungsversammlung der Aktionäre

Die oben genannten Personen, stellvertretend für das gesamte gezeichnete Kapital und sich als gültig versammelt erachtend, sind umgehend dazu übergegangen, eine Aktionärsversammlung abzuhalten.

1) Die Versammlung nennt als unabhängigen Wirtschaftsprüfer PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., 400, route d'Esch, L-1471 Luxemburg, dessen Mandat anlässlich der Erstellung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2007 durch die Jahreshauptversammlung im Jahre 2008 enden wird.

2) Der Gesellschaftssitz wird in 6a, Circuit de la Foire Internationale, L-1437 Luxemburg festgelegt.

3) Die Versammlung ernennt folgende Verwaltungsratsmitglieder für einen Zeitraum welcher anlässlich der Erstellung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2007 durch die Jahreshauptversammlung im Jahre 2008 enden wird:

a) Herr Daniel Van Hove, Managing Director von BELLATRIX INVESTMENTS S.A., 207, route d'Arlon, L-1150 Luxembourg, Großherzogtum Luxemburg,

b) Herr Michel Jacquemai, PARTNER VON PARTNERS GROUP, Zugerstrasse 57, 6341 Baar-Zug, Switzerland,

c) Herr Mark Rowe, GENERAL MANAGER VON PARTNERS GROUP (GUERNSEY) LTD., Third Floor, Tudor House, Le Bordage, St. Peter Port GY1 1BT, Guernsey,

d) Herr Benoni Dufour, Independent Director, 6, Grand-rue, L-3394 Roeser.

Worüber vorliegende Urkunde, ausgestellt in Luxemburg an dem zu Beginn dieses Dokumentes aufgeführten Tag.

Das Dokument wurde der erschienenen Person vorgelesen, diese Personen ist dem Notar mit Nachnamen, Vornamen, Zivilstand und Wohnort bekannt, die erschienene Person unterzeichnet zusammen mit uns, dem Notar, die vorliegende Urkunde.

Gezeichnet: E. Brauckmann, H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 8 septembre 2006, vol. 438, fol. 10, case 11. – Reçu 1.250 euros.

Le Releveur (signé): A. Muller.

Für gleichlautende Abschrift, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Mersch, den 8. September 2006.

H. Hellinckx.

(097859.3/242/667) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 14 septembre 2006.

TRIODOS SICAV I, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 119.549.

STATUTES

In the year two thousand six, on the twenty-first of September.

Before us, Maître Henri Hellinckx, notary, residing in Mersch (Luxembourg).

There appeared:

1) STICHTING TRIODOS HOLDING, a company incorporated under the laws of The Netherlands, with registered office at Utrechtseweg 60, P.O. Box 55, 3700 AB Zeist, The Netherlands, duly represented by Mrs Gaëlle Schneider, lawyer, residing professionally in Luxembourg, by virtue of a proxy dated September 20, 2006.

2) TRIODOS FONDS MANAGEMENT B.V., a company incorporated under the laws of The Netherlands, with registered office at Utrechtseweg 60, P.O. Box 55, 3700 AB Zeist, The Netherlands, duly represented by Mrs Gaëlle Schneider, prenamed, by virtue of a proxy dated September 18th, 2006.

The proxies given, signed ne varietur by all the appearing persons and the undersigned notary, shall remain annexed to this document to be filed with the registration authorities.

Such appearing parties, in the capacity in which they act have requested the notary to state as follows the Articles (the «Articles») of a company which they form between themselves.

Title I. - Name, Registered office, Duration, Purpose

Art. 1. Name. There is hereby established among the subscribers and all those who may become owners of shares hereafter issued, a public limited company («société anonyme») qualifying as an investment company with variable share capital («société d'investissement à capital variable») under the name of TRIODOS SICAV I (hereinafter the «Company»).

Art. 2. Registered Office. The registered office of the Company is established in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg. Branches, subsidiaries or other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad (but in no event in the United States of America, its territories or possessions) by a decision of the board of directors.

In the event that the board of directors determines that extraordinary political or military events have occurred or are imminent which would interfere with the normal activities of the Company at its registered office or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such provisional measures shall have no effect on the nationality of the Company which, notwithstanding such temporary transfer, shall remain a Luxembourg corporation.

Art. 3. Duration. The Company is established for an unlimited period of time.

The board of directors is entitled to determine the period for which the Sub-Funds of the Company (as defined hereafter) are established and, if any, the terms and conditions of their prorogation.

Art. 4. Purpose. The exclusive purpose of the Company is to invest the funds available to it in securities and other assets permitted by law with the aim of spreading investment risks and affording its shareholders the results of the management of its assets.

The Company may take any measures and carry out any transaction which it may deem useful for the fulfilment and development of its purpose to the largest extent permitted under the law of 20 December 2002 relating to undertakings for collective investment (the «Law of 2002»).

Title II. - Share capital, Shares, Net asset value

Art. 5. Share Capital - Classes of Shares. The capital of the Company shall be represented by fully paid up shares of no par value and shall at any time be equal to the total net assets of the Company pursuant to Article 11 hereof. The minimum capital shall be as provided by law, i.e. one million two hundred and fifty thousand euro (EUR 1,250,000.-). The initial capital is three hundred thousand euros (EUR 300,000.-) divided into twelve thousand (12,000.-) shares of no par value. The minimum capital of the Company must be achieved within six months after the date on which the Company has been authorised as an undertaking for collective investment under Luxembourg law.

The shares to be issued pursuant to Article 7 hereof may, as the board of directors shall determine, be of different classes, so as to correspond to (i) a specific sales and redemption charge structure and/or (ii) a specific management or advisory fee structure and/or (iii) different distribution, shareholders servicing or other fees and/or (iv) different types of targeted investors and/or (v) such other features as may be determined by the board of directors from time to time. For the avoidance of doubt, the Company shall in any event issue Class P shares. Class P shares shall be issued to entities of the Triodos Bank group only. The proceeds of the issue of each class of shares shall be invested in securities of any kind and other assets permitted by law pursuant to the investment policy determined by the board of directors for the Sub-Fund (as defined hereinafter) established in respect of the relevant class or classes of shares, subject to the investment restrictions provided by law or determined by the board of directors.

The board of directors shall establish a portfolio of assets constituting a sub-fund (each a «Sub-Fund» and together the «Sub-Funds») within the meaning of Article 133 of the Law of 2002 for one class of shares or for multiple classes of shares in the manner described in Article 11 hereof. The Company constitutes a single legal entity. However, as between shareholders, each portfolio of assets shall be invested for the exclusive benefit of the relevant Sub-Fund. With regard to third parties, each Sub-Fund shall be exclusively responsible for all liabilities attributable to it.

For the purpose of determining the capital of the Company, the net assets attributable to each class of shares shall, if not expressed in euro, be converted into euro and the capital shall be the total of the net assets of all the classes of shares.

Art. 6. Form of Shares

(1) The board of directors shall determine whether the Company shall issue shares in bearer and/or in registered form. If bearer share certificates are to be issued, they will be issued in such denominations and form as the board of directors shall prescribe and may provide on their face that they may not be transferred to any Prohibited Person (as defined in Article 10 hereinafter), or entity organised by or for a Prohibited Person.

All issued registered shares of the Company shall be registered in the register of shareholders which shall be kept by the Company or by one or more persons designated thereto by the Company and such register shall contain the name of each owner of registered shares, his residence or elected domicile as indicated to the Company, the number of registered shares held by him and the amount paid up on each such shares.

The inscription of the shareholder's name in the register of shareholders evidences the shareholder's right of ownership on such registered shares. The Company shall decide whether a certificate for such inscription shall be delivered to the shareholder or whether the shareholder shall receive a written confirmation of his shareholding.

If bearer shares are issued, registered shares may be converted into bearer shares and bearer shares may be converted into registered shares at the request of the holder of such shares. A conversion of registered shares into bearer shares will be effected by cancellation of the registered share certificate, if any, representation that the transferee is not a Prohibited Person and issuance of one or more bearer share certificates, if applicable, in lieu thereof, and an entry shall be made in the register of shareholders to evidence such cancellation. A conversion of bearer shares into registered

shares will be effected by cancellation of the bearer share certificate, if applicable, and, if applicable, by issuance of a registered share certificate in lieu thereof, and an entry shall be made in the register of shareholders to evidence such issuance. At the option of the board of directors, the costs of any such exchange may be charged to the shareholder requesting it.

Before shares are issued in bearer form and before registered shares shall be converted into bearer shares, the Company may require assurances satisfactory to the board of directors that such issuance or conversion shall not result in such shares being held by a «Prohibited Person» (as defined under Article 10 below).

The share certificates, if applicable, shall be signed by two directors. Such signatures shall be either manual, or printed, or in facsimile. However, one of such signatures may be made by a person duly authorised thereto by the board of directors; in the latter case, it shall be manual. The Company may issue temporary share certificates in such form as the board of directors may determine.

(2) If bearer shares are issued, transfer of bearer shares shall be effected by delivery of the relevant share certificates, if applicable. Transfer of registered shares shall be effected (i) if share certificates have been issued, upon delivering the certificate or certificates representing such shares to the Company along with other instruments of transfer satisfactory to the Company and (ii) if no share certificates have been issued, by a written declaration of transfer to be inscribed in the register of shareholders, dated and signed by the transferor and transferee, or by persons holding suitable powers of attorney to act therefore. Any transfer of registered shares shall be entered into the register of shareholders; such inscription shall be signed by one or more directors or officers of the Company or by one or more other persons duly authorized thereto by the board of directors.

(3) Shareholders entitled to receive registered shares shall provide the Company with an address to which all notices and announcements may be sent. Such address will also be entered into the register of shareholders.

In the event that a shareholder does not provide an address, the Company may permit a notice to this effect to be entered into the register of shareholders and the shareholder's address will be deemed to be at the registered office of the Company, or at such other address as may be so entered into by the Company from time to time, until another address shall be provided to the Company by such shareholder. A shareholder may, at any time, change the address as entered into the register of shareholders by means of a written notification to the Company at its registered office, or at such other address as may be set by the Company from time to time.

(4) If share certificates are issued and if any shareholder can prove to the satisfaction of the Company that the shareholder's share certificate has been mislaid, mutilated or destroyed, then, at the shareholder's request, a duplicate share certificate may be issued under such conditions and guarantees, including but not restricted to a bond issued by an insurance company, as the Company may determine. At the issuance of the new share certificate, on which it shall be recorded that it is a duplicate, the original share certificate in replacement of which the new one has been issued shall become void.

Mutilated share certificates may be cancelled by the Company and replaced by new certificates.

The Company may, at its election, charge to the shareholder the costs of a duplicate or of a new share certificate and all reasonable expenses incurred by the Company in connection with the issue and registration thereof or in connection with the annulment of the original share certificate.

(5) The Company recognizes only one single owner per share. If one or more shares are jointly owned or if the ownership of shares is disputed, all persons claiming a right to such share(s) have to appoint one single attorney to represent such share(s) towards the Company. The failure to appoint such attorney implies a suspension of the exercise of all rights attached to such share(s).

(6) The Company may decide to issue fractional shares. Such fractional shares shall not be entitled to vote but shall be entitled to participate in the net assets attributable to the relevant class of shares on a pro rata basis. In the case of bearer shares, only certificates evidencing full shares will be issued.

Art. 7. Issue of Shares. The board of directors is authorised without limitation to issue an unlimited number of fully paid up shares at any time without reserving to the existing shareholders a preferential or pre-emptive right to subscribe for the shares to be issued.

The board of directors may impose restrictions on the frequency at which shares shall be issued in any class of shares in any Sub-Fund; the board of directors may, in particular, decide that shares of any class in any Sub-Fund shall only be issued during one or more offering periods or at such other periodicity as provided for in the prospectus of the Company.

Whenever the Company offers shares for subscription, the price per share at which such shares are offered shall be the net asset value per share of the relevant class as determined in compliance with Article 11 hereof in respect of the Valuation Day (defined in Article 12 hereof) as is determined in accordance with such policy as the board of directors may from time to time determine. Such price may be increased by a percentage estimate of costs and expenses to be incurred by the Company when investing the proceeds of the issue and by applicable sales commissions, as approved from time to time by the board of directors. The price so determined shall be payable within a period as determined by the board of directors which shall not exceed five Luxembourg bank business days from the relevant Valuation Day. If such price is received later than five Luxembourg bank business days from the relevant Valuation Day, investors agree to indemnify and hold harmless the Company for the costs incurred by the failure or default by the investor so that the other shareholders of the relevant Sub-Fund be not harmed by such late settlement.

The board of directors may delegate to any director, manager, officer or other duly authorised agent the power to accept subscriptions, to receive payment of the price of the new shares to be issued and to deliver them.

The board of directors may reject subscription requests in whole or in part at its full discretion.

The Company may agree to issue shares as consideration for a contribution in kind of securities or other assets, in compliance with the conditions set forth by Luxembourg law, in particular the obligation to deliver a valuation report

from the auditor of the Company («réviseur d'entreprises agréé») and provided that such securities comply with the investment objectives and policies of the relevant Sub-Fund. The board of directors may decide whether the transaction costs of any contribution in kind of securities will be borne by the relevant shareholder or the Company.

Art. 8. Redemption of Shares. Any shareholder may require the redemption of all or part of his shares by the Company on a Valuation Day, under the terms, conditions and procedures set forth by the board of directors in the prospectus and within the limits provided by law and these Articles.

The redemption price per share shall be paid within a period as determined by the board of directors which shall not exceed five Luxembourg bank business days from the relevant Valuation Day, as is determined in accordance with such policy as the board of directors may from time to time determine, provided that the share certificates, if any, and the transfer documents have been received by the Company, subject to the provision of Article 12 hereof.

The redemption price shall be equal to the net asset value per share of the relevant class, as determined in accordance with the provisions of Article 11 hereof, less such charges and commissions (if any) at the rate provided by the prospectus. The relevant redemption price may be rounded up or down to the nearest unit of the relevant currency as the board of directors shall determine.

If as a result of any request for redemption, the number or the aggregate net asset value of the shares held by any shareholder in any class of shares would fall below such number or such value as determined by the board of directors, then the Company may decide that this request be treated as a request for redemption for the full balance of such shareholder's holding of shares in such class.

Further, if on any given Valuation Day, redemption requests pursuant to this Article and conversion requests pursuant to Article 9 hereof exceed a certain level determined by the board of directors in relation to the number of shares in issue in a specific class, the board of directors may decide that part or all of such requests for redemption or conversion will be deferred for a period and in a manner that the board of directors considers to be in the best interest of the Company. On the next Valuation Day, following that period, these redemption and conversion requests will be met in priority to later requests.

The Company shall have the right, if the board of directors so determines, to satisfy payment of the redemption price to any shareholder, who agrees, in kind by allocating to the holder investments from the portfolio of assets set up in connection with such class or classes of shares equal in value (calculated in the manner described in Article 11) as of the Valuation Day, on which the redemption price is calculated, to the value of the shares to be redeemed. The nature and type of assets to be transferred in such case shall be determined on a fair and reasonable basis and without prejudicing the interests of the other holders of shares of the relevant class or classes of shares and the valuation used shall be confirmed by a special report of the auditor of the Company. The costs of any such transfers shall be borne by the transferee.

Art. 9. Conversion of Shares. Unless otherwise determined by the board of directors and mentioned in the Sub-Fund Particulars, for certain classes of shares, any shareholder is entitled to require the conversion of whole or part of his shares of one class within a Sub-Fund into shares of the same class within another Sub-Fund or into shares of another class within the same or another Sub-Fund, subject to such restrictions as to the terms, conditions and payment of such charges and commissions as the board of directors shall determine.

The price for the conversion of shares from one class into another class shall be computed by reference to the respective net asset value of the two classes of shares, calculated on the relevant Valuation Day. If the Valuation Day of the class of shares or Sub-Fund taken into account for the conversion does not coincide with the Valuation Day of the class of shares or Sub-Fund into which they shall be converted, the board of directors may decide that the amount converted will not generate interest during the time separating the two Valuation Days.

If as a result of any request for conversion the number or the aggregate net asset value of the shares held by any shareholder in any class of shares would fall below such number or such value as determined by the board of directors, then the Company may decide that this request be treated as a request for conversion for the full balance of such shareholder's holding of shares in such class.

The shares which have been converted into shares of another class shall be cancelled.

Art. 10. Restrictions on Ownership of Shares. The Company may restrict or prevent the ownership of shares in the Company by any person, firm or corporate body, if such person, firm or corporate body holds, without written authorisation by the board of directors, more than 20% of the shares of any Sub-Fund at the time of issue, («Restricted Person»), if in the opinion of the Company such holding may be detrimental to the Company, if it may result in a breach of any law or regulation, whether Luxembourg or foreign, or if as a result thereof the Company may become exposed to tax disadvantages or other financial disadvantages that it would not have otherwise incurred (altogether defined as «Prohibited Persons»).

For such purposes the Company may:

A.- decline to issue any shares and decline to register any transfer of a share, where it appears to it that such registry or transfer would or might result in legal or beneficial ownership of such shares by a Prohibited Person; and

B.- at any time require any person whose name is entered in, or any person seeking to register the transfer of shares on the register of shareholders, to furnish it with any information, supported by affidavit, which it may consider necessary for the purpose of determining whether or not beneficial ownership of such shareholder's shares rests in a Prohibited Person, or whether such registry will result in beneficial ownership of such shares by a Prohibited Person; and

C.- decline to accept the vote of any Prohibited Person at any meeting of shareholders of the Company; and

D.- where it appears to the Company that any Prohibited Person either alone or in conjunction with any other person is a beneficial owner of shares, direct such shareholder to sell his shares and to provide to the Company evidence of

the sale within fifteen (15) days' of the notice. If such shareholder fails to comply with the direction, the Company will compulsorily redeem or cause to be redeemed from any such shareholder all shares held by such shareholder in the following manner:

The Company shall serve a second notice (the «purchase notice») upon the shareholder holding such shares or appearing in the register of shareholders as the owner of the shares to be purchased, specifying the shares to be purchased as aforesaid, the manner in which the purchase price will be calculated, the name of the purchaser and the place at which the purchase price is payable.

Any such notice may be served upon such shareholder by posting the same in a prepaid registered envelope addressed to such shareholder at his last address known to or appearing in the books of the Company. The said shareholder shall thereupon forthwith be obliged to deliver to the Company the share certificate or certificates, if any, representing the shares specified in the purchase notice.

Immediately after the close of business on the date specified in the purchase notice, such shareholder shall cease to be the owner of the shares specified in such notice and, in the case of registered shares, his name shall be removed from the register of shareholders, and in the case of bearer shares, the certificate or certificates, if any, representing such shares shall be cancelled.

The price at which each such share is to be purchased (the «purchase price») shall be an amount based on the net asset value per share of the relevant class as at the Valuation Day specified by the board of directors for the redemption of shares in the Company immediately preceding the date of the purchase notice or next succeeding the surrender of the share certificate or certificates representing the shares specified in such notice, whichever is lower, all as determined in accordance with Article 8 hereof, less any charges and commissions provided therein.

Payment of the purchase price will be made available to the former owner of such shares normally in the currency fixed by the board of directors for the payment of the redemption price of the shares of the relevant class and will be deposited for payment to such owner by the Company with a bank in Luxembourg or elsewhere (as specified in the purchase notice) upon final determination of the purchase price following surrender of the share certificate or certificates specified in such notice and unmatured dividend coupons attached thereto. Upon service of the purchase notice as aforesaid such former owner shall have no further interest in such shares or any of them, nor any claim against the Company or its assets in respect thereof, except the right to receive the purchase price (without interest) from such bank following effective surrender of the share certificate or certificates as aforesaid. Any funds receivable by a shareholder under this paragraph, but not collected within a period of six months thereafter, will be deposited with the Caisse de Consignations on behalf of the persons entitled thereto.

The exercise by the Company of the power conferred by this Article shall not be questioned or invalidated in any case, on the ground that there was insufficient evidence of ownership of shares by any person or that the true ownership of any shares was otherwise than appeared to the Company at the date of any purchase notice, provided that in such case the said powers were exercised by the Company in good faith.

«Prohibited Person» as used herein does neither include any subscriber to shares of the Company issued in connection with the incorporation of the Company while such subscriber holds such shares nor any securities dealer who acquires shares with a view to their distribution in connection with an issue of shares by the Company.

U.S. Persons as defined in this Article may constitute a specific category of Prohibited Person.

Whenever used in these Articles, the term «U.S. person» means a citizen or resident of, or a company or partnership organized under the laws of or existing in any state, commonwealth, territory or possession of the United States of America, or an estate or trust other than an estate or trust the income of which from sources outside the United States of America is not includible in gross income for purpose of computing United States income tax payable by it, or any firm, company or other entity, regardless of citizenship, domicile, situs or residence if under the income tax laws of the United States of America from time to time in effect, the ownership thereof would be attributed to one or more U.S. persons or any such other person or persons defined as a «U.S. person» under Regulation S promulgated under the United States Securities Act of 1933 or in the United States Internal Revenue Code of 1986, as amended from time to time.

Art. 11. Calculation of Net Asset Value per Share. The net asset value per share of each class of shares shall be expressed in the reference currency (as defined in the prospectus) of the relevant Sub-Funds and, to the extent applicable within a Sub-Fund, expressed in the currency of quotation for the class of shares. It shall be determined in respect of any Valuation Day by dividing the net assets of the relevant Sub-Fund attributable to each class of shares, being the value of the portion of assets less the portion of liabilities attributable to such class, on any such Valuation Day by the number of shares in the relevant class then outstanding, in accordance with the valuation rules set forth below. The net asset value per share may be rounded up or down to the nearest unit of the relevant currency as the board of directors shall determine. If since the time of determination of the net asset value there has been a material change in the quotations in the markets on which a substantial portion of the investments attributable to the relevant class of shares are dealt in or quoted, the Company may, in order to safeguard the interests of the shareholders and the Company, cancel the first valuation and carry out a second valuation, in which case all relevant subscription and redemption requests will be dealt with on the basis of that second valuation.

The valuation of the net asset value of the different classes of shares shall be made in the following manner:

I. The assets of the Company may include:

- 1) all cash on hand or on deposit, including any interest accrued thereon;
- 2) all bills and demand notes payable and accounts receivable (including proceeds of securities sold but not delivered);
- 3) all bonds, time notes, certificates of deposit, shares, stock, debentures, debenture stocks, subscription rights, warrants on transferable securities, options and other securities, financial instruments and similar assets owned or contracted for by the Company (provided that the Company may make adjustments in a manner not inconsistent with paragraph

(a) below with regards to fluctuations in the market value of securities caused by trading ex-dividends, ex-rights, or by similar practices);

4) all stock dividends, cash dividends and cash distributions receivable by the Company to the extent information thereon is reasonably available to the Company;

5) all interest accrued on any interest-bearing assets owned by the Company except to the extent that the same is included or reflected in the principal amount of such assets;

6) the preliminary expenses of the Company, including the cost of issuing and distributing shares of the Company, insofar as the same have not been written off;

7) all other assets of any kind and nature including expenses paid in advance.

The value of such assets shall be determined as follows:

a) The value of any cash on hand or on deposit, bills and demand notes and accounts receivable, prepaid expenses, cash dividends and interest declared or accrued as aforesaid and not yet received is deemed to be the full amount thereof, unless in any case the same is unlikely to be paid or received in full, in which case the value thereof is arrived at after making such discount as may be considered appropriate in such case to reflect the true value thereof.

b) The value of transferable securities and money market instruments listed or dealt in on an eligible stock exchange or regulated market as determined in the sales documents for the shares of the Company (a «Stock Exchange» or «Regulated Market»), is based on the last available price on the Stock Exchange or Regulated Market which is normally the principal market for such assets.

c) In the event that any assets are not listed or dealt in on any Stock Exchange or Regulated Market, or if, with respect to assets listed or dealt in on any Stock Exchange or Regulated Market, the price as determined pursuant to sub-paragraph (b) is not representative of the fair market value of the relevant assets, the value of such assets will be calculated on the basis of the reasonably foreseeable sales price determined prudently and in good faith by the board of directors.

d) The board of directors may authorise the use of the amortised cost method of valuation for short-term transferable debt securities in certain Sub-Funds. This method involves valuing a security at its cost and thereafter assuming a constant amortization to maturity of any discount or premium regardless of the impact of fluctuating interest rates on the market value of the security or other instrument. While this method provides certainty in valuation, it may result in periods during which value as determined by amortised cost, is higher or lower than the price the Sub-Fund would receive if it sold the securities. For certain short term transferable debt securities, the yield to a shareholder may differ somewhat from that which could be obtained from a similar sub-fund which marks its portfolio securities to market each day.

e) The liquidating value of futures, forward and options contracts, if any, not listed or dealt in on any Stock Exchange or Regulated Market shall mean their net liquidating value determined, pursuant to the policies established by the board of directors, on a basis consistently applied for each different variety of contracts. The liquidating value of futures, forward or options contracts listed or dealt in on any Stock Exchange or Regulated Market shall be based upon the last available settlement prices of these contracts on the Stock Exchange or Regulated Market on which the particular futures, forward or options contracts are traded by the Company; provided that if a futures, forward or option contract could not be liquidated on the day with respect to which net assets are being determined, the basis for determining the liquidating value of such contract shall be such value as the board of directors may deem fair and reasonable.

f) Interest rate swaps will be valued at their market value established by reference to the applicable interest rates curve. Index and financial instruments related swaps will be valued at their market value established by reference to the applicable index or financial instrument. The valuation of the index or financial instrument relating swap agreement shall be based upon the market value of such swap transaction established in good faith. Total return swaps will be valued on a consistent basis.

g) Spot currency contracts are valued at their respective fair market values determined on the basis of prices supplied by independent services.

h) All other securities and other assets will be valued at fair market value as determined in good faith pursuant to the procedures established by the board of directors.

The value of all assets and liabilities not expressed in the reference currency of a Sub-Fund or class of shares will be converted into the reference currency of such Sub-Fund or class of shares.

The board of directors, at its sole discretion, may permit some other method of valuation to be used if it considers that such valuation better reflects the fair value of any asset of the Company.

II. The liabilities of the Company may include:

1) all loans, bills and accounts payable;

2) all accrued interest on loans of the Company (including accrued fees for commitment for such loans);

3) all accrued or payable expenses (including but not limited to administrative expenses, management fees, including incentive fees, if any, custodian fees and corporate agents' fees);

4) all known liabilities, present and future, including all matured contractual obligations for payments of money or property, including the amount of any unpaid dividends declared by the Company;

5) an appropriate provision for future taxes based on capital and income to the Valuation Day, as determined from time to time by the Company, and other reserves (if any) authorized and approved by the board of directors, as well as such amount (if any) as the board of directors may consider to be an appropriate allowance in respect of any contingent liabilities of the Company;

6) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature reflected in accordance with generally accepted accounting principles. In determining the amount of such liabilities the Company shall take into account all expenses payable by the Company which shall comprise but not be limited to formation expenses, fees payable to its investment managers (as the case may be), advisors (as the case may be), fees and expenses payable to its auditors and accountants,

custodian and its correspondents, domiciliary, administrator, registrar and transfer agent, listing agent, any paying agent, any distributor and permanent representatives in places of registration, as well as any other agent employed by the Company, the remuneration of the directors, officers and their reasonable out-of-pocket expenses, insurance coverage, and reasonable travelling costs in connection with board meetings, fees and expenses for legal and auditing services, any fees and expenses involved in registering and maintaining the registration of the Company with any Governmental agencies or stock exchanges in the Grand Duchy of Luxembourg and in any other country, reporting and publishing expenses, including the cost of preparing, translating, printing, advertising and distributing prospectuses, explanatory memoranda, periodical reports or registration statements, the costs of printing share certificates and the costs of any reports to shareholders, all taxes, duties, governmental and similar charges, and all other operating expenses, including the cost of buying and selling assets, interest, bank charges and brokerage, postage, telephone and telex. The Company may accrue administrative and other expenses of a regular or recurring nature based on an estimated amount rateably for yearly or other periods. Other expenses are accrued as soon as their amount can be determined.

III. The assets shall be allocated as follows:

The board of directors shall establish a Sub-Fund in respect of each class of shares and may establish a Sub-Fund in respect of multiple classes of shares in the following manner:

(a) If multiple classes of shares relate to one Sub-Fund, the assets attributable to such classes shall be commonly invested pursuant to the specific investment policy of the Sub-Fund concerned provided however, that within a Sub-Fund, the board of directors is empowered to define classes of shares so as to correspond to (i) a specific distribution policy, such as entitling to distributions or not entitling to distributions and/or (ii) a specific sales and redemption charge structure and/or (iii) a specific management or advisory fee structure, and/or (iv) a specific assignment of distribution, shareholder services or other fees and/or (v) the currency or currency unit in which the class may be quoted and based on the rate of exchange between such currency or currency unit and the reference currency of the relevant Sub-Fund and/or (vi) the use of different hedging techniques in order to protect in the reference currency of the relevant Sub-Fund the assets and returns quoted in the currency of the relevant class of shares against long-term movements of their currency of quotation and/or (vii) such other features as may be determined by the board of directors from time to time in compliance with applicable law;

(b) The proceeds to be received from the issue of shares of a class shall be applied in the books of the Company to the relevant class or classes of shares issued in respect of such Sub-Fund, and, as the case may be, the relevant amount shall increase the proportion of the net assets of such Sub-Fund attributable to the class of shares to be issued;

(c) The assets, liabilities, income and expenditure attributable to a Sub-Fund shall be applied to the class or classes of shares issued in respect of such Sub-Fund, subject to the provisions hereabove under (a);

(d) Where any asset is derived from another asset, such derivative asset shall be attributable in the books of the Company to the same class or classes of shares as the assets from which it was derived and on each revaluation of an asset, the increase or decrease in value shall be applied to the relevant class or classes of shares;

(e) Where the Company incurs a liability which relates to any asset of particular class or particular classes of shares within a Sub-Fund or to any action taken in connection with an asset of a particular class or particular classes of shares within a Sub-Fund, such liability shall be allocated to the relevant class or classes of shares;

(f) In the case where any asset or liability of the Company cannot be considered as being attributable to a particular class of shares, such asset or liability shall be allocated to all the classes of shares pro rata to their respective net asset values or in such other manner as determined by the board of directors acting in good faith, provided that (i) where assets, on behalf of several Sub-Funds are held in one account and/or are co-managed as a segregated pool of assets by an agent of the board of directors, the respective right of each class of shares shall correspond to the prorated portion resulting from the contribution of the relevant class of shares to the relevant account or pool, and (ii) the right shall vary in accordance with the contributions and withdrawals made for the account of the class of shares, as described in the prospectus of the Company;

(g) Upon the payment of distributions to the holders of any class of shares, the net asset value of such class of shares shall be reduced by the amount of such distributions.

All valuation regulations and determinations shall be interpreted and made in accordance with generally accepted accounting principles.

In the absence of bad faith, gross negligence or manifest error, every decision in calculating the net asset value taken by the board of directors or by any bank, company or other organization which the board of directors may appoint for the purpose of calculating the net asset value, shall be final and binding on the Company and present, past or future shareholders.

IV. For the purpose of this Article:

1) shares of the Company to be redeemed under Article 8 hereof shall be treated as existing and taken into account until immediately after the time specified by the board of directors on the Valuation Day on which such valuation is made and from such time and until paid by the Company the price therefore shall be deemed to be a liability of the Company;

2) shares to be issued by the Company shall be treated as being in issue as from the time specified by the board of directors on the Valuation Day on which such valuation is made and from such time and until received by the Company the price therefore shall be deemed to be a debt due to the Company;

3) all investments, cash balances and other assets expressed in currencies other than the reference currency of the relevant Sub-Fund shall be valued after taking into account the market rate or rates of exchange in force at the date and time for determination of the net asset value of shares; and

- 4) where on any Valuation Day, the Company has contracted to:
- purchase any asset, the value of the consideration to be paid for such asset shall be shown as a liability of the Company and the value of the asset to be acquired shall be shown as an asset of the Company;
 - sell any asset, the value of the consideration to be received for such asset shall be shown as an asset of the Company and the asset to be delivered shall not be included in the assets of the Company;
- provided however, that if the exact value or nature of such consideration or such asset is not known on such Valuation Day, then its value shall be estimated by the Company.

Art. 12. Frequency and Temporary Suspension of Calculation of Net Asset Value per Share, of Issue, Redemption and Conversion of Shares. With respect to each class of shares, the net asset value per share and the price for the issue, redemption and conversion of shares shall be calculated from time to time by the Company or any agent appointed thereto by the Company, at least twice a month at a frequency determined by the board of directors, such date or time of calculation being referred to herein as the «Valuation Day».

The Company may suspend the determination of the net asset value per share of any particular class and the issue and redemption of its shares from its shareholders as well as the conversion from and to shares of each class:

- a) during any period when any one of the Stock Exchanges or Regulated Market on which a substantial portion of the investments of the Company attributable to such Sub-Fund, from time to time, is quoted or dealt in is closed otherwise than for ordinary holidays, or during which dealings therein are restricted or suspended, provided that such restriction or suspension affects the valuation of the investments of the Company attributable to such Sub-Fund quoted or dealt in thereon;
- b) during any period when, as a result of political, economic, military or monetary events on any circumstances outside the control, responsibility and power of the board of directors, or the existence of any state of affairs which constitutes an emergency in the opinion of the board of directors as a result of which disposal or valuation of assets owned by the Company attributable to such Sub-Fund would be impracticable;
- c) during any breakdown in the means of communication normally employed in determining the price or value of any of the investments of the Company attributable to such Sub-Fund or the current prices or values on any stock exchanges or other markets in respect of the assets attributable to such Sub-Fund;
- d) during any period when the Company is unable to repatriate funds for the purpose of making payments on the redemption of shares of such Sub-Fund or during which any transfer of funds involved in the realisation or acquisition of investments or payments due on redemption of shares cannot, in the opinion of the board of directors, be effected at normal rates of exchange;
- e) when for any other reason beyond the control of the board of directors the value of a significant part of the investment(s) owned by the Company attributable to such Sub-Fund cannot promptly or accurately be ascertained;
- f) upon the publication of a notice convening a general meeting of shareholders for the purpose of resolving the winding-up of the Company or any Sub-Fund(s), on merging the Company or any Sub-Fund(s), or informing the shareholders of the decision of the board of directors to terminate or merge any Sub-Fund(s).

Such suspension as to any Sub-Fund shall have no effect on the calculation of the net asset value per share, the issue and redemption of shares of any other Sub-Fund.

Any request for subscription or redemption shall be irrevocable except in the event of a suspension of the calculation of the net asset value in the relevant Sub-Fund in which case applicants and shareholders, may give notice that they wish to withdraw their application. If no such notice is received by the Company, such application will be considered on the first Valuation Day following the end of the period of suspension.

Notice of the beginning and of the end of any period of suspension will be given by the Company to any applicant or shareholder as the case may be applying for purchase or redemption of shares in the Sub-Fund(s) concerned.

Title III. - Administration and supervision

Art. 13. Directors. The Company shall be managed by a board of directors composed of not less than three members, who need not be shareholders of the Company.

They shall be elected for a term not exceeding six years. The directors shall be elected by the shareholders at a general meeting of shareholders; the latter shall further determine the number of directors, their remuneration and the term of their office.

The shareholders of the Class P shares, as described in Article 5 hereof and in the prospectus of the Company, are entitled to propose to the general meeting of shareholders a list containing the names of candidates for the position of director of the Company.

The Class P shareholders shall propose a list of candidates to the general meeting of shareholders out of which a majority of the directors appointed by the general meeting of shareholders to the board of directors of the Company must be chosen by the general meeting of shareholders as Class P directors (the «Class P Directors»). As a result, there shall be a majority of Class P Directors at the board of directors of the Company at all times. The list of candidates submitted by the Class P shareholders shall indicate a number of candidates equal to at least twice the number of directors to be appointed as Class P Directors. Shareholders may not express their votes for a number of candidates exceeding the number of directors to be appointed as Class P Directors. The candidates of the list having received the highest number of votes will be elected.

In addition, any shareholder who wants to propose a candidate for the position of directors of the Company to the general meeting of shareholders, must present such candidate to the Company in writing at least two weeks prior to the date of such general meeting. For the avoidance of doubt, the list of candidates of the Class P shareholders must also comply with such requirement.

Any director may be removed with or without cause or be replaced at any time by resolution adopted by the general meeting, provided however that if a Class P Director is removed, the remaining directors must call for an extraordinary general meeting without delay in order for a new Class P Director to be appointed in his place and the new Class P Director appointed by the general meeting of shareholders must be chosen from the candidate(s) on the list presented by the Class P shareholders.

In the event of a vacancy in the office of director, the remaining directors may temporarily fill such vacancy; the shareholders shall take a final decision regarding such nomination at their next general meeting. For the avoidance of doubt, a vacancy in the office of a Class P Director must be filled with a new Class P Director.

Art. 14. Board Meetings. The board of directors may choose from among its members a chairman. It may choose a secretary, who need not be a director, who shall write and keep the minutes of the meetings of the board of directors and of the shareholders. The board of directors shall meet upon call by the chairman or any two directors, at the place indicated in the notice of meeting.

The chairman shall preside at the meetings of the directors and of the shareholders. In his absence, the shareholders or the board members shall decide by a majority vote that another director, or in case of a shareholders' meeting, that any other person shall be in the chair of such meetings.

The board of directors may appoint any officers, including a general manager and any assistant general managers as well as any other officers that the Company deems necessary for the operation and management of the Company. Such appointments may be cancelled at any time by the board of directors. The officers need not be directors or shareholders of the Company. Unless otherwise stipulated by these Articles, the officers shall have the rights and duties conferred upon them by the board of directors.

Written notice of any meeting of the board of directors shall be given to all directors at least twenty-four hours prior to the date set for such meeting, except in circumstances of emergency, in which case the nature of such circumstances shall be set forth in the notice of meeting. This notice may be waived by consent in writing, by telegram, telex, telefax or any other similar means of communication. Separate notice shall not be required for meetings held at times and places fixed in a resolution adopted by the board of directors.

Any director may act at any meeting by appointing in writing, by telegram, telex or telefax or any other similar means of communication another director as his proxy. A director may represent several of his colleagues.

Any director may participate in a meeting of the board of directors by conference call or similar means of communications equipment whereby all persons participating in the meeting can hear each other, and participating in a meeting by such means shall constitute presence in person at such meeting.

The directors may only act at duly convened meetings of the board of directors. The directors may not bind the Company by their individual signatures, except if specifically authorized thereto by resolution of the board of directors.

The board of directors can deliberate or act validly only if at least the majority of the directors, or any other number of directors that the board of directors may determine, are present or represented.

Resolutions of the board of directors will be recorded in minutes signed by the chairman of the meeting. Copies of extracts of such minutes to be produced in judicial proceedings or elsewhere will be validly signed by the chairman of the meeting or any two directors.

Resolutions are taken by a majority vote of the directors present or represented at such meeting. In the event that at any meeting the number of votes for or against a resolution are equal, the chairman of the meeting shall have a casting vote.

Resolutions in writing approved and signed by all directors shall have the same effect as resolutions voted at the directors' meetings; each director shall approve such resolution in writing, by telegram, telex, telefax or any other similar means of communication. Such approval shall be confirmed in writing and all documents shall form the record that proves that such decision has been taken.

Art. 15. Powers of the Board of Directors. The board of directors is vested with the broadest powers to perform all acts of disposition and administration within the Company's purpose, in compliance with the investment policy as determined in Article 18 hereof.

All powers not expressly reserved by law or by the present Articles to the general meeting of shareholders are in the competence of the board of directors.

Art. 16. Corporate Signature. Vis-à-vis third parties, the Company is validly bound by the joint signatures of any two directors or by the joint or single signature of any person(s) to whom authority has been delegated by the board of directors.

Art. 17. Delegation of Power. The board of directors of the Company may delegate its powers to conduct the daily management and affairs of the Company (including the right to act as authorised signatory for the Company) and its powers to carry out acts in furtherance of the corporate policy and purpose to one or several physical persons or corporate entities, which need not be members of the board of directors, who shall have the powers determined by the board of directors and who may, if the board of directors so authorises, sub-delegate their powers.

The board may also confer special powers of attorney by notarial or private proxy.

Art. 18. Investment Policies and Restrictions. The board of directors, based upon the principle of risk spreading, has the power to determine (i) the investment policies to be applied in respect of each Sub-Fund, (ii) the hedging or trading strategy to be applied to specific classes of shares within particular Sub-Funds and (iii) the course of conduct of the management and business affairs of the Company, all within the restrictions, which may be more restrictive for some Sub-Funds, as shall be set forth by the board of directors in compliance with applicable laws and regulations.

In compliance with the requirements set forth by the Law of 2002, in particular as to the type of markets on which the assets may be purchased or the status of the issuer or of the counterparty, each Sub-Fund may invest in:

- (i) transferable securities or money market instruments;
- (ii) shares or units of other undertakings for collective investment («UCI»);
- (iii) deposits with credit institutions, which are repayable on demand or have the right to be withdrawn and which are maturing in no more than 12 months;
- (iv) financial derivatives instruments.

The investment policy of the Company may consist in the replication of the composition of an index of shares or debt securities recognized by the Luxembourg supervisory authority.

The Company may in particular purchase the above mentioned assets on any Stock Exchange or Regulated Market of a State of Europe, being or not member of the European Union («EU»), of America, Africa, Asia, Australia or Oceania.

The Company may also invest in recently issued transferable securities and money market instruments, provided that the terms of issue include an undertaking that application will be made for admission to official listing on a Stock Exchange or Regulated Market and that such admission be secured within one year of the issue.

In accordance with the principle of risk spreading, up to 100% of the net assets attributable to each Sub-Fund in transferable securities issued or guaranteed by a Member State of the EU, by its local authorities, by any other Member State of the Organisation for Economic Cooperation and Development («OECD») or by a public international body of which one or more Member State(s) of the EU are member(s), provided that in the case where the Company decides to make use of this provision, it shall, on behalf of the Sub-Fund created for the relevant class or classes of shares, hold securities from at least six different issues and securities from any one issue may not account for more than 30% of the net assets attributable to such Sub-Fund.

The board of directors, acting in the best interest of the Company, may decide, in the manner described in the sales documents for the shares of the Company, that (i) all or part of the assets of the Company or of any Sub-Fund be co-managed on a segregated basis with other assets held by other investors, including other UCI and/or their sub-funds, or that (ii) all or part of the assets of two or more Sub-Funds be co-managed amongst themselves on a segregated or on a pooled basis.

Investments in each Sub-Fund of the Company may be made either directly or indirectly through wholly-owned subsidiaries, as the board of directors may from time to time decide and as described in the sales documents for the shares of the Company. Reference in these Articles to «investments» and «assets» shall mean, as appropriate, either investments made and assets beneficially held directly or investments made and assets beneficially held indirectly through the aforesaid subsidiaries.

The Company is authorised subject to the restrictions as set out in the sales documents for the shares of the Company (i) to employ techniques and instruments relating to transferable securities and money market instruments provided that such techniques and instruments are used for the purpose of efficient portfolio management and (ii) to employ techniques and instruments intended to provide protection against exchange risks in the context of the management of its assets and liabilities as described in the sales documents for the shares of the Company.

Art. 19. Conflict of Interest. No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the directors or officers of the Company is interested in, or is a director, associate, officer or employee of, such other company or firm. Any director or officer of the Company who serves as a director, officer or employee of any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

In the event that any director or officer of the Company may have in any transaction of the Company an interest opposite to the interests of the Company, such director or officer shall make known to the board of directors such opposite interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction and such director's or officer's interest therein shall be specially reported to the next succeeding general meeting of shareholders before any other resolution is put to vote.

Such abstention from voting shall not be counted.

The term «opposite interest», as used in the preceding sentence, shall not include any relationship with or without interest in any matter, position or transaction involving any person, company or entity as may from time to time be determined by the board of directors in its discretion.

Art. 20. Indemnification of Directors. The Company shall indemnify any director or officer and his heirs, executors and administrators, against expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a director or officer of the Company or, at its request, of any other company of which the Company is a shareholder or a creditor and from which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or misconduct; in the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by counsel that the person to be indemnified did not commit such a breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

Art. 21. Investment Manager. The Company shall enter into an investment management agreement with one or several investment managers as described in the prospectus of the Company, who shall supply the Company with advice, reports and recommendations and with respect to the investment policy pursuant to Article 18 hereof and shall, on a day-to-day basis and subject to the overall control of the board of directors, have actual discretion to purchase and sell securities and other assets authorised by the Law of 2002 pursuant to the terms of a written agreement.

Art. 22. Advisor. The Company shall enter into an advisory agreement with one or several advisors as further described in the prospectus of the Company, who shall notably supply the Company with recommendations and advice in connection with the management of certain Sub-Funds, including the investment objective and strategy as described in the prospectus of the Company. This(ese) advisor(s) shall be part of the TRIODOS BANK group.

In the event that an advisor ceases to be a member of the TRIODOS BANK group or a majority participation in the Company is held by an entity not part of the TRIODOS BANK group, the Company shall, on request by TRIODOS BANK N.V., change its name to another name omitting the word TRIODOS and not including any brand name of any company within the TRIODOS BANK group.

Art. 23. Auditors. The accounting data related in the annual report of the Company shall be examined by an independent auditor («réviseur d'entreprises agréé») appointed by the general meeting of shareholders and remunerated by the Company.

The independent auditor shall fulfil all duties prescribed by the Law of 2002.

Title IV. - General meetings, Accounting year, Distributions

Art. 24. General Meetings of Shareholders of the Company. The general meeting of shareholders of the Company shall represent the entire body of shareholders of the Company. Its resolutions shall be binding upon all the shareholders regardless of the class of shares held by them. It shall have the broadest powers to order, carry out or ratify acts relating to the operations of the Company.

The general meeting of shareholders shall meet upon call by the board of directors.

It may also be called upon the request of shareholders representing at least one fifth of the share capital.

The annual general meeting shall be held in accordance with Luxembourg law at the registered office of the Company in Luxembourg, on the third Wednesday of the month of April of each year at 10.00 am (Luxembourg time).

If such day is a legal or a bank holiday in Luxembourg, the annual general meeting shall be held on the next following business day.

Other meetings of shareholders may be held at such places and times as may be specified in the respective notices of meeting.

Shareholders shall meet upon call by the board of directors pursuant to a notice setting forth the agenda sent at least eight (8) days prior to the meeting to each registered shareholder at the shareholder's address in the register of shareholders. The giving of such notice to registered shareholders need not be justified to the meeting. The agenda shall be prepared by the board of directors except in the instance where the meeting is called on the written demand of the shareholders in which instance the board of directors may prepare a supplementary agenda.

If bearer shares are issued the notice of meeting shall in addition be published as provided by law in the «Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations», in one or more Luxembourg newspapers, and in such other newspapers as the board of directors may decide.

If all shares are in registered form and if no publications are made, notices to shareholders may be mailed by registered mail only.

If all shareholders are present or represented and consider themselves as being duly convened and informed of the agenda, the general meeting may take place without notice of meeting.

The board of directors may determine all other conditions that must be fulfilled by shareholders in order to attend any meeting of shareholders.

The business transacted at any meeting of the shareholders shall be limited to the matters contained in the agenda (which shall include all matters required by law) and business incidental to such matters.

Each share of whatever class is entitled to one vote, in compliance with Luxembourg law and these Articles. A shareholder may act at any meeting of shareholders by giving a written proxy to another person, who need not be a shareholder and who may be a director of the Company.

Unless otherwise provided by law or herein, resolutions of the general meeting are passed by a simple majority vote of the shareholders present or represented. Abstaining votes are not being counted.

Art. 25. General Meetings of Shareholders in a Sub-Fund or in a Class of Shares. The shareholders of the class or classes issued in respect of any Sub-Fund may hold, at any time, general meetings to decide on any matters which relate exclusively to such Sub-Fund.

In addition, the shareholders of any class of shares may hold, at any time, general meetings for any matters which are specific to such class.

The provisions of Article 24, paragraphs 2, 3, 7, 8, 9, 10 and 11 shall apply to such general meetings.

Each share is entitled to one vote in compliance with Luxembourg law and these Articles. Shareholders may act either in person or by giving a written proxy to another person who needs not be a shareholder and may be a director of the Company.

Unless otherwise provided for by law or herein, the resolutions of the general meeting of shareholders of a Sub-Fund or of a class of shares are passed by a simple majority vote of the shareholders present or represented. Abstaining votes are not being counted.

Art. 26. Termination and Amalgamation of Sub-Funds or Classes of Shares. In the event that for any reason the value of the net assets in any Sub-Fund or the value of the net assets of any class of shares within a Sub-Fund has decreased to, or has not reached, an amount which, in the opinion of the board of directors, is the minimum level for such Sub-Fund, or such class of shares, to be operated in an economically efficient manner or in case of a modification in the political, economic or monetary situation or as a matter of economic rationalisation, the board of directors may decide to redeem all the shares of the relevant class or classes at the net asset value per share (taking into account actual realisation prices of investments and realisation expenses) calculated on the Valuation Day at which such decision shall

take effect. The Company shall serve a notice to the holders of the relevant class or classes of shares prior to the effective date for the compulsory redemption, which will indicate the reasons and the procedure for the redemption operations: registered shareholders shall be notified in writing; the Company shall inform holders of bearer shares by publication of a notice in newspapers to be determined by the board of directors, unless these shareholders and their addresses are known to the Company. Unless it is otherwise decided in the interests of, or to keep equal treatment between the shareholders, the shareholders of the Sub-Fund or of the class of shares concerned may continue to request redemption or conversion of their shares free of charge (but taking into account actual realisation prices of investments and realisation expenses) prior to the date effective for the compulsory redemption.

Notwithstanding the powers conferred to the board of directors by the preceding paragraph, the general meeting of shareholders of any one or all classes of shares issued in any Sub-Fund will, in any other circumstances, have the power, upon proposal from the board of directors, to redeem all the shares of the relevant class or classes and refund to the shareholders the net asset value of their shares (taking into account actual realisation prices of investments and realisation expenses) calculated on the Valuation Day at which such decision shall take effect. There shall be no quorum requirements for such general meeting of shareholders which shall decide by resolution taken by simple majority of those present or represented and voting at such meeting.

Assets which may not be distributed to their beneficiaries upon the implementation of the redemption will be deposited with the Custodian for a period of six months thereafter; after such period, the assets will be deposited with the Caisse de Consignations on behalf of the persons entitled thereto.

Under the same circumstances as provided in the first paragraph of this Article, the board of directors may decide to allocate the assets of any Sub-Fund to those of another existing Sub-Fund within the Company or to another undertaking for collective investment or to another sub-fund within such other undertaking for collective investment (the «new Sub-Fund») and to redesignate the shares of the Sub-Fund concerned as shares of the new Sub-Fund (following a split or consolidation, if necessary, and the payment of the amount corresponding to any fractional entitlement to shareholders). Such decision will be published in the same manner as described in the first paragraph of this Article (and, in addition, the publication will contain information in relation to the new Sub-Fund), one month before the date on which the amalgamation becomes effective in order to enable shareholders to request redemption or conversion of their shares, free of charge, during such period.

Notwithstanding the powers conferred to the board of directors by the preceding paragraph, a contribution of the assets and of the liabilities attributable to any Sub-Fund to another Sub-Fund of the Company may be decided upon by a general meeting of the shareholders of the Sub-Fund concerned for which there shall be no quorum requirements and which will decide upon such a merger by resolution taken by simple majority of those present or represented and voting at such meeting.

A contribution of the assets and of the liabilities attributable to any Sub-Fund to another undertaking for collective investment referred to in the fifth paragraph of this Article or to another sub-fund within such other undertaking for collective investment shall require a resolution of the shareholders of the Sub-Fund concerned taken with no quorum and by simple majority of those present or represented and voting at such meeting, except when such a merger is to be implemented with a Luxembourg undertaking for collective investment of the contractual type («fonds commun de placement») or a foreign based undertaking for collective investment, in which case resolutions shall be binding only on such shareholders who have voted in favor of such merger.

Art. 27. Accounting Year. The accounting year of the Company shall commence on 1st January of each year and shall terminate on 31 December of the same year.

Art. 28. Distributions. The general meeting of shareholders of the class or classes issued in respect of any Sub-Fund shall, upon proposal from the board of directors and within the limits provided by law, determine how the results of such Sub-Fund shall be disposed of, and may from time to time declare, or authorise the board of directors to declare, distributions.

For any class of shares entitled to distributions, the board of directors may decide to pay interim dividends in compliance with the conditions set forth by law.

Payments of distributions to holders of registered shares shall be made to such shareholders at their addresses in the register of shareholders. Payments of distributions to holders of bearer shares shall be made upon presentation of the dividend coupon, if any, to the agent or agents therefore designated by the Company or in any such manner as the board of directors shall determine from time to time.

Distributions may be paid in such currency and at such time and place that the board of directors shall determine from time to time.

The board of directors may decide to distribute stock dividends in lieu of cash dividends upon such terms and conditions as may be set forth by the board of directors.

Any distribution that has not been claimed within five years of its declaration shall be forfeited and revert to the class or classes of shares issued in respect of the relevant Sub-Fund.

No interest shall be paid on a dividend declared by the Company and kept by it at the disposal of its beneficiary.

Title V. - Final provisions

Art. 29. Custodian. To the extent required by law, the Company shall enter into a custody agreement with a banking or saving institution as defined by the law of 5 April 1993 on the financial sector, as amended (herein referred to as the «Custodian»).

The Custodian shall fulfil the duties and responsibilities as provided for by the Law of 2002.

If the Custodian desires to retire, the board of directors shall use its best endeavours to find a successor custodian within two months of the effectiveness of such retirement. The directors may terminate the appointment of the Cus-

todian but shall not remove the Custodian unless and until a successor custodian shall have been appointed to act in the place thereof.

Art. 30. Dissolution of the Company. The Company may at any time be dissolved by a resolution of the general meeting of shareholders subject to the quorum and majority requirements referred to in Article 32 hereof.

Whenever the share capital falls below two-thirds of the minimum capital indicated in Article 5 hereof, the question of the dissolution of the Company shall be referred to the general meeting by the board of directors. The general meeting, for which no quorum shall be required, shall decide by simple majority of the votes of the shares represented at the meeting.

The question of the dissolution of the Company shall further be referred to the general meeting whenever the share capital falls below one-fourth of the minimum capital set by Article 5 hereof; in such an event, the general meeting shall be held without any quorum requirements and the dissolution may be decided by shareholders holding one-fourth of the votes of the shares represented at the meeting.

The meeting must be convened so that it is held within a period of forty days from ascertainment that the net assets of the Company have fallen below two-thirds or one-fourth of the legal minimum, as the case may be.

Art. 31. Liquidation. Liquidation shall be carried out by one or several liquidators, who may be physical persons or legal entities and do not need to be shareholders, appointed by the general meeting of shareholders which shall determine their powers and their compensation.

Art. 32. Amendments to the Articles. These Articles may be amended by a general meeting of shareholders subject to the quorum and majority requirements provided by the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended, unless certain specific quorum and majority requirements are provided for in these Articles for the amendments of certain Articles.

Art. 33. Statement. Words importing a masculine gender also include the feminine gender and words importing persons or shareholders also include corporations, partnerships associations and any other organised group of persons whether incorporated or not.

Art. 34. Applicable Law. All matters not governed by these Articles shall be determined in accordance with Luxembourg law, in particular the law of 10 August 1915 on commercial companies and the Law of 2002 as such laws have been or may be amended from time to time.

Art. 35. Definitions. The terms used in these Articles shall be construed as indicated in the prospectus of the Company, unless the context otherwise requires.

Transitory Dispositions

1) The first accounting year will begin on the date of the formation of the Company and will end on 31 December 2007.

2) The first annual general meeting will be held in April 2008.

Subscription and Payment

The share capital of the Company is subscribed as follows:

1) STICHTING TRIODOS HOLDING, prequalified, subscribes for one (1) share, resulting in a payment of twenty five euro (EUR 25.-);

2) TRIODOS FONDS MANAGEMENT B.V., prequalified, subscribes for eleven thousand nine hundred and ninety-nine (11,999.-) share(s), resulting in a payment of two hundred ninety nine thousand nine hundred and seventy-five euro (EUR 299,975.).

The shares have been fully paid up by payment in cash, evidence of the above payments, totalling three hundred thousand euro (EUR 300,000.-), was given to the undersigned notary.

The subscribers declared that upon determination by the board of directors, pursuant to the Articles, of the various classes of shares and the Sub-funds which the Company shall have, they will elect the class or classes of shares and the Sub-fund(s) to which the shares subscribed to shall appertain.

Declaration

The undersigned notary herewith declares having verified the existence of the conditions enumerated in Article 26 of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended, and expressly states that they have been fulfilled.

Expenses

The expenses which shall be borne by the Company, as a result of its creation, are estimated at approximately EUR 7,000.-.

General Meeting of Shareholders

The above named persons representing the entire subscribed capital and considering themselves as validly convened, have immediately proceeded to hold a general meeting of shareholders, which resolved as follows:

I. The following are elected as directors for a term to expire at the close of the annual general meeting of shareholders which shall deliberate on the annual accounts of the Company as at 31 December 2007:

Chairman:

- Odilon de Groote, Independent, residing professionally in B-9320 Nieuwerkerken, Papestraat 3,

Members:

- Pierre Aeby, CFO of TRIODOS BANK, residing professionally in NL-3700 AB Zeist, Utrechtseweg 60,

- Olivier Marquet, managing director, TRIODOS BANK BELGIUM, residing in B-2600 Antwerpen, Hof ter Schrieklaan 53,
- Frans de Clerck, Advisor to the Executive Board of TRIODOS BANK, residing in B-9890 Gavere, Baaigemstraat 306,
- Patrick Goodman, Independent, residing in L-3373 Leudelange, 16, Domaine Schmiseleck,
- Jean-Paul Parmentier, Independent, CFO of ETHIAS, residing in B-3000 Leuven, Philipslaan, 58,
- Joan Sebastiaan Rüter, Managing Director of TRIODOS FONDS MANAGEMENT, residing in NL-1017 EV Amsterdam, Keizersgracht 696.

II. The following is elected as auditor for a term to expire at the close of the annual general meeting of shareholders which shall deliberate on the annual accounts of the Company as at 31 December 2007: KPMG AUDIT, S.à r.l., 31, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 103.590.

III. The address of the Company is set at 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg.

Whereof this notarial deed was drawn up in Luxembourg on the date at the beginning of this deed.

The undersigned notary, who understands and speaks English, herewith states that on request of the above named persons, this deed is worded in English followed by a French translation; at the request of the same appearing persons, in case of divergence between the English and the French text, the English version will be prevailing.

This deed having been given for reading to the parties, they signed together with us, the notary this original deed.

Follows the french translation:

L'an deux mille six, le vingt et un septembre.

Par-devant Maître Henri Hellinckx, notaire de résidence à Mersch (Luxembourg).

Ont comparu:

1) STICHTING TRIODOS HOLDING, une société de droit néerlandais, ayant son siège social à Utrechtseweg 60, P.O. Box 55, 3700 AB Zeist, Pays-Bas, dûment représentée par Madame Gaëlle Schneider, juriste, avec adresse professionnelle à Luxembourg, en vertu d'une procuration datée du 20 septembre 2006.

2) TRIODOS FONDS MANAGEMENT B.V., une société de droit néerlandais, ayant son siège social à Utrechtseweg 60, P.O. Box 55, 3700 AB Zeist, Pays-Bas, dûment représentée par Madame Gaëlle Schneider, prénommée, en vertu d'une procuration datée du 18 septembre 2006.

Les procurations précitées, signées ne varietur par toutes les personnes comparantes et le notaire instrumentant, resteront annexées à ce document avec lequel elles seront soumises à la formalité de l'enregistrement.

Lesquels comparants, agissant ès-qualités, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter les Statuts d'une société (les «Statuts») qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

Titre 1^{er}. - Dénomination, Siège social, Durée, Objet

Art. 1^{er}. Dénomination. Il existe entre les souscripteurs et tous ceux qui deviendront propriétaires par la suite des actions ci-après créées, une société anonyme sous la forme d'une société d'investissement à capital variable sous la dénomination de TRIODOS SICAV I (ci-après la «Société»).

Art. 2. Siège Social. Le siège social de la Société est établi à Luxembourg-Ville, Grand-Duché de Luxembourg. La Société peut établir, par simple décision du conseil d'administration, des succursales, filiales ou des bureaux, tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Au cas où le conseil d'administration estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique, social ou militaire, de nature à compromettre l'activité normale de la Société à son siège social ou la communication de ce siège avec l'étranger, se présentent ou paraissent imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire, restera luxembourgeoise.

Art. 3. Durée. La Société est constituée pour une durée illimitée.

Le conseil d'administration peut fixer la période pour laquelle les Compartiments de la Société (tel que défini ci-après) sont établis et, le cas échéant, les modalités de leur prorogation.

Art. 4. Objet. L'objet exclusif de la Société est d'investir les fonds dont elle dispose en valeurs de toutes sortes et autres actifs autorisés par la loi, avec l'objectif de répartir les risques d'investissement et de faire bénéficier ses actionnaires des résultats de la gestion de ses avoirs.

La Société peut prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement et au développement de son objet, au sens le plus large autorisé par la loi du 20 décembre 2002 relative aux organismes de placement collectif (ci-après la «Loi de 2002»).

Titre II. - Capital social, Actions, Valeur nette d'inventaire

Art. 5. Capital Social - Catégories d'Actions. Le capital de la Société sera représenté par des actions entièrement libérées, sans mention de valeur et sera à tout moment égal à la somme des actifs nets de la Société, établie conformément à l'article 11 ci-dessous. Le capital minimum sera d'un million deux cent cinquante mille euros (EUR 1.250.000,-). Le capital initial est de trois cent mille euros (EUR 300.000,-) divisé en douze mille (12.000,-) actions, sans mention de valeur. Le capital minimum de la Société doit être atteint dans un délai de six mois à partir de la date à laquelle la Société a été agréée en tant qu'organisme de placement collectif selon la loi luxembourgeoise.

Les actions à émettre conformément à l'article 7 ci-dessous pourront être émises, au choix du conseil d'administration, au titre de différentes catégories de manière à correspondre à (i) une structure de frais de souscription et de rachat spécifiques et/ou (ii) une structure de frais de gestion ou de conseil spécifiques et/ou (iii) des distributions différentes, des services aux actionnaires différents ou d'autres charges diverses et/ou (iv) différents types d'investisseurs cibles et/ou (v) revêtant d'autres particularités qui seront déterminées par le conseil d'administration périodiquement. Afin d'éviter toute ambiguïté, la Société émettra en tout état de cause des actions de la catégorie P. Les actions de la catégorie P seront émises au bénéfice des entités du groupe TRIODOS BANK uniquement. Le produit d'émission de chaque catégorie d'actions sera investi en valeurs de toutes sortes et autres actifs autorisés par la loi suivant la politique d'investissement déterminée par le conseil d'administration pour le Compartiment (tel que défini ci-après) établi pour la ou les catégories d'actions concernées, compte tenu des restrictions d'investissement prévues par la loi ou déterminées par le conseil d'administration.

Le conseil d'administration établira une masse d'actifs constituant un Compartiment (chacun le «Compartiment» et ensemble les «Compartiments») au sens de l'article 133 de la Loi de 2002, correspondant à une catégorie d'actions ou correspondant à plusieurs catégories d'actions, de la manière décrite à l'article 11 ci-dessous. La Société constitue une seule et même entité juridique. Toutefois, dans les relations entre actionnaires, chaque masse d'actifs sera investie pour le bénéfice exclusif du Compartiment correspondant. Vis-à-vis des tiers, les engagements de chaque Compartiment engageront exclusivement le Compartiment auquel ces engagements sont attribués.

Pour déterminer le capital de la Société, les actifs nets correspondant à chaque catégorie d'actions seront, s'ils ne sont pas exprimés en euros, convertis en euros et le capital sera égal au total des actifs nets de toutes les catégories d'actions.

Art. 6. Forme des Actions

(1) Le conseil d'administration déterminera si la Société émettra des actions au porteur et/ou nominatives. Si des certificats au porteur sont émis, ils seront émis dans les formes qui seront prescrites par le conseil d'administration et ils mentionneront sur leur face qu'ils ne pourront pas être transférés à une Personne Non-Autorisée (tel que défini à l'article 10 ci-après) ou à une entité organisée par ou pour une Personne Non-Autorisée.

Toutes les actions nominatives émises de la Société seront inscrites au registre des actionnaires qui sera tenu par la Société ou par une ou plusieurs personnes désignées à cet effet par la Société; l'inscription doit indiquer le nom de chaque propriétaire d'actions nominatives, sa résidence ou son domicile élu, tel qu'il (elle) a été communiqué à la Société, le nombre d'actions nominatives qu'il détient et le montant payé sur chacune de ces actions.

L'inscription du nom de l'actionnaire dans le registre des actionnaires établit son droit de propriété sur les actions nominatives. La Société décidera si un certificat constatant cette inscription sera délivré à l'actionnaire ou si celui-ci recevra une confirmation écrite de sa qualité d'actionnaire.

En cas d'émission d'actions au porteur, les actions nominatives pourront être converties en actions au porteur et les actions au porteur pourront être converties en actions nominatives à la demande du propriétaire des actions concernées. La conversion d'actions nominatives en actions au porteur sera effectuée par annulation des certificats d'actions nominatives, si de tels certificats ont été émis, après que le cessionnaire a justifié qu'il n'est pas une Personne Non-Autorisée, et par émission d'un ou de plusieurs certificats d'actions au porteur en leur lieu et place, et une mention constatant cette annulation devra être faite au registre des actionnaires. La conversion d'actions au porteur en actions nominatives sera effectuée par annulation des certificats d'actions au porteur, et, s'il y a lieu, par émission de certificats d'actions nominatives en leur lieu et place, et une mention constatant cette émission sera faite au registre des actionnaires. Le coût de la conversion pourra être mis à la charge de l'actionnaire par décision du conseil d'administration.

Avant que des actions au porteur ne soient émises et avant que des actions nominatives ne soient converties en actions au porteur, la Société peut exiger des garanties assurant au conseil d'administration qu'une telle émission ou conversion ne résultera pas dans la détention d'actions par une «Personne Non-Autorisée» (tel que défini à l'article 10 ci-après).

Les certificats d'actions seront, le cas échéant signés par deux administrateurs. Ces deux signatures pourront être soit manuscrites, soit imprimées, soit faxées. Toutefois, une des signatures pourra être apposée par une personne déléguée à cet effet par le conseil d'administration; dans ce cas, elle devra être manuscrite. La Société pourra émettre des certificats provisoires dans les formes qui seront déterminées par le conseil d'administration.

(2) En cas d'émission d'actions au porteur, le transfert d'actions au porteur se fera par la délivrance du certificat d'actions correspondant. Le transfert d'actions nominatives se fera (i) si des certificats d'actions ont été émis, par la remise à la Société du ou des certificats d'actions nominatives et de tous les autres documents de transfert exigés par la Société, ou bien (ii) s'il n'a pas été émis de certificats, par une déclaration de transfert écrite, portée au registre des actionnaires, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par le mandataire valablement constitué à cet effet. Tout transfert d'actions nominatives sera inscrit au registre des actionnaires, pareille inscription devant être signée par un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoir de la Société, ou par une ou plusieurs autres personnes désignées à cet effet par le conseil d'administration.

(3) Tout actionnaire désirant obtenir des actions nominatives devra fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les communications et toutes les informations pourront être envoyées. Cette adresse sera également inscrite au registre des actionnaires.

Au cas où un actionnaire ne fournit pas d'adresse à la Société, celle-ci pourra autoriser que mention en soit faite au registre des actionnaires, et l'adresse de l'actionnaire sera censée être au siège social de la Société ou à telle autre adresse fixée par la Société, jusqu'à ce qu'une autre adresse soit communiquée à la Société par l'actionnaire. Celui-ci pourra à tout moment faire changer l'adresse portée au registre des actionnaires par une déclaration écrite, envoyée à la Société à son siège social ou à telle autre adresse fixée par celle-ci.

(4) Lorsqu'un actionnaire peut justifier auprès de la Société que son certificat d'actions a été égaré, endommagé ou détruit, un duplicata peut être émis à sa demande, aux conditions et garanties que la Société déterminera, notamment sous la forme d'une assurance, sans préjudice de toute autre forme de garantie que la Société pourra exiger. Dès l'émission du nouveau certificat, sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original n'aura plus de valeur.

Les certificats endommagés peuvent être annulés par la Société et remplacés par des certificats nouveaux.

La Société peut, à son gré, mettre au compte de l'actionnaire le coût du duplicata ou du nouveau certificat, ainsi que toutes les dépenses raisonnables encourues par la Société en relation avec l'émission du certificat de remplacement et son inscription au registre des actionnaires ou avec la destruction de l'ancien certificat.

(5) La Société ne reconnaît qu'un seul propriétaire par action. Si la propriété d'une ou de plusieurs action(s) est indivise, démembrée ou litigieuse, les personnes invoquant un droit sur l'(les) action(s) devront désigner un mandataire unique pour représenter l'(les) action(s) à l'égard de la Société. La Société aura le droit de suspendre l'exercice de tous les droits attachés à l'(aux) action(s) jusqu'à ce que cette personne ait été désignée.

(6) La Société peut décider d'émettre des fractions d'action. Une fraction d'action ne confère pas le droit de vote mais donne droit à une fraction correspondante des actifs nets attribuables à la catégorie d'actions concernée. Dans le cas d'actions au porteur, seuls des certificats représentant des actions entières seront émis.

Art. 7. Emission des Actions. Le conseil d'administration est autorisé à émettre à tout moment et sans limitation, un nombre d'actions nouvelles entièrement libérées, sans réserver aux anciens actionnaires un droit préférentiel de souscription des actions à émettre.

Le conseil d'administration peut restreindre la fréquence à laquelle les actions seront émises dans un Compartiment; le conseil d'administration peut, notamment, décider que les actions d'un Compartiment seront uniquement émises pendant une ou plusieurs périodes déterminées ou à toute autre périodicité telle que prévue dans le prospectus.

Lorsque la Société offre des actions en souscription, le prix par action offerte sera égal à la valeur nette d'inventaire par action de la catégorie concernée, déterminée conformément à l'article 11 ci-dessous, au Jour d'Evaluation (défini à l'article 12 ci-dessous) tel que déterminé conformément à la politique établie périodiquement par le conseil d'administration. Ce prix peut être majoré d'une fraction estimée des coûts et frais mis à charge de la Société lors du placement du produit d'émission et de commissions de vente applicables, telles qu'approuvées périodiquement par le conseil d'administration. Le prix ainsi déterminé sera payable pendant une période déterminée par le conseil d'administration qui n'excédera pas cinq jours ouvrables bancaires à Luxembourg à partir du Jour d'Evaluation applicable. Si un tel prix n'est pas reçu dans ledit délai, les investisseurs acceptent d'indemniser la Société et de la tenir quitte et indemne des coûts encourus par l'absence de paiement en temps voulu de sorte que les actionnaires restants du Compartiment concerné ne subissent pas le préjudice d'un paiement tardif.

Le conseil d'administration peut déléguer à tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir ou autre mandataire dûment autorisé à cette fin, la charge d'accepter les souscriptions, de recevoir en paiement le prix des actions nouvelles à émettre et de les délivrer.

Le conseil d'administration peut rejeter toute demande de souscription, en tout ou partie, à son entière discrétion.

La Société pourra accepter d'émettre des actions en contrepartie d'un apport en nature de titres ou autres actifs, en observant les prescriptions édictées par la loi luxembourgeoise et notamment l'obligation de produire un rapport d'évaluation du réviseur d'entreprises agréé de la Société et pour autant que ces valeurs soient conformes aux objectifs et à la politique d'investissement du Compartiment concerné. Le conseil d'administration peut décider si les frais de transaction d'un apport en nature de titres seront supportés par l'actionnaire concerné de la Société.

Art. 8. Rachat des Actions. Tout actionnaire a le droit de demander à la Société qu'elle lui rachète tout ou partie des actions qu'il détient, à un Jour d'Evaluation et selon les modalités fixées par le conseil d'administration dans le prospectus et dans les limites imposées par la loi et par les présents Statuts.

Le prix de rachat par action sera payable pendant une période déterminée par le conseil d'administration qui n'excédera pas cinq jours ouvrables bancaires à Luxembourg à partir du Jour d'Evaluation applicable, tel que déterminé conformément à la politique établie périodiquement par le conseil d'administration, pourvu que les certificats d'actions, s'il y en a, et les documents de transfert aient été reçus par la Société, le tout sous réserve des dispositions de l'article 12 ci-dessous.

Le prix de rachat sera égal à la valeur nette d'inventaire par action de la catégorie concernée, déterminée conformément aux dispositions de l'article 11 ci-dessous, diminuée des frais et commissions (s'il y a lieu) au taux fixé par le prospectus. Ce prix de rachat pourra être arrondi vers le haut ou vers le bas à l'unité la plus proche de la devise concernée, ainsi que le conseil d'administration le déterminera.

Au cas où une demande de rachat d'actions aurait pour effet de réduire le nombre ou la valeur nette d'inventaire totale des actions qu'un actionnaire détient dans une catégorie d'actions en-dessous de tel nombre ou de telle valeur déterminé(e) par le conseil d'administration, la Société pourra obliger cet actionnaire au rachat de toutes ses actions relevant de cette catégorie d'actions.

En outre, si à un Jour d'Evaluation déterminé, les demandes de rachat faites conformément à l'article 9 ci-après dépassent un certain seuil déterminé par le conseil d'administration par rapport au nombre d'actions en circulation dans une catégorie d'actions déterminée, le conseil d'administration peut décider que le rachat de tout ou partie de ces actions sera reporté pendant une période et aux conditions déterminées par le conseil d'administration, eu égard à l'intérêt de la Société. Ces demandes de rachat seront traitées, au Jour d'Evaluation suivant cette période, prioritairement aux demandes introduites postérieurement.

La Société aura le droit, si le conseil d'administration le décide, de satisfaire au paiement du prix de rachat de chaque actionnaire consentant par une attribution en nature à l'actionnaire d'investissements provenant du portefeuille des actifs établi en rapport avec cette ou ces catégories ayant une valeur égale (déterminée de la manière prescrite à l'article

11), au Jour d'Evaluation auquel le prix de rachat est calculé à la valeur des actions à racheter. La nature ou le type d'actifs à transférer en pareil cas sera déterminé sur une base équitable et raisonnable sans porter préjudice aux intérêts des autres détenteurs d'actions de cette ou ces catégories concernées et l'évaluation dont il sera fait usage sera confirmée par un rapport spécial du réviseur de la Société. Le coût d'un tel transfert sera à supporter par la partie à laquelle le transfert est fait.

Art. 9. Conversion des Actions. A moins qu'il n'en soit décidé autrement par le conseil d'administration et mentionné dans la partie spécifique du Compartiment, pour certaines catégories d'actions, tout actionnaire est autorisé à demander la conversion de tout ou partie de ses actions d'une catégorie d'un Compartiment en actions de la même catégorie du même ou d'un autre Compartiment, ou en actions d'une autre catégorie du même ou d'un autre Compartiment, le tout sujet aux restrictions, telles que les modalités, conditions et paiements de frais et commissions déterminés par le conseil d'administration.

Le prix de conversion des actions d'une catégorie en actions d'une autre catégorie sera calculé par référence à la valeur nette d'inventaire respective des deux catégories d'actions concernées, calculée au Jour d'Evaluation concerné. Si le Jour d'Evaluation de la catégorie d'actions ou du Compartiment concernés par la conversion ne coïncide pas avec le Jour d'Evaluation de la catégorie d'actions ou du Compartiment dans lesquels il seront convertis, le conseil d'administration peut décider que le montant converti ne générera pas d'intérêts sur la période courant entre les deux Jours d'Evaluation.

Si suite à une demande de conversion, le nombre ou la valeur nette d'inventaire totale des actions qu'un actionnaire détient dans une catégorie déterminée serait en-dessous de tel nombre ou de telle valeur déterminé(e) par le conseil d'administration, la Société pourra décider que la demande de conversion sera traitée comme une demande pour la conversion de toutes les actions de l'actionnaire relevant de cette catégorie.

Les actions qui ont été converties en actions d'une autre catégorie seront annulées.

Art. 10. Restrictions à la propriété des Actions. La Société pourra restreindre ou empêcher la possession de ses actions par toute personne, firme ou société, si cette personne, firme ou société détient, sans autorisation écrite du conseil d'administration, plus de 20% des actions d'un Compartiment au moment de l'émission («Personnes Restreintes»), si, de l'avis de la Société, une telle possession peut être préjudiciable pour la Société, si elle peut entraîner la violation d'une loi ou réglementation, luxembourgeoise ou étrangère, ou s'il en résultait que la Société serait soumise à des désavantages fiscaux ou autres désavantages financiers qu'elle n'aurait pas subi autrement (ensemble définis comme les «Personnes Non-Autorisées»).

A cette fin, la Société pourra:

A. - refuser l'émission d'actions et l'inscription du transfert d'actions lorsqu'il apparaît que cette émission ou ce transfert aurait ou pourrait avoir pour conséquence d'attribuer la propriété d'actions à une Personne Non-Autorisée; et

B. - à tout moment demander à toute personne figurant au registre des actionnaires, ou à toute autre personne qui demande à s'y faire inscrire, de lui fournir tous renseignements qu'elle estime nécessaires, éventuellement appuyés d'une déclaration sous serment, en vue de déterminer si ces actions appartiennent ou vont appartenir économiquement à une Personne Non-Autorisée, ou si une telle inscription a pour conséquence d'attribuer la propriété d'actions à une Personne Non-Autorisée; et

C. - refuser d'accepter le vote de toute Personne Non-Autorisée lors de toute assemblée générale d'actionnaires de la Société; et

D. - s'il apparaît à la Société qu'une Personne Non-Autorisée, seule ou ensemble avec d'autres personnes, est le bénéficiaire économique d'actions de la Société, celle-ci pourra l'enjoindre à vendre ses actions et à prouver cette vente à la Société dans les quinze (15) jours de cette injonction. Si l'actionnaire en question manque à son obligation, la Société pourra procéder ou faire procéder au rachat forcé de l'ensemble des actions détenues par cet actionnaire, en respectant la procédure suivante:

La Société enverra un second préavis (appelé ci-après «avis de rachat») à l'actionnaire possédant les titres ou apparaissant au registre des actionnaires comme étant le propriétaire des actions à racheter; l'avis de rachat spécifiera les titres à racheter, la manière suivant laquelle le prix de rachat sera déterminé, le nom de l'acheteur et l'endroit où le prix de rachat est payable.

L'avis de rachat sera envoyé à l'actionnaire par lettre recommandée adressée à sa dernière adresse connue ou à celle inscrite au registre des actionnaires. L'actionnaire en question sera obligé de remettre à la Société sans délai le ou les certificats représentant les actions spécifiées dans l'avis de rachat.

Immédiatement après la fermeture des bureaux au jour spécifié dans l'avis de rachat, l'actionnaire en question cessera d'être propriétaire des actions spécifiées dans l'avis de rachat; s'il s'agit d'actions nominatives, son nom sera rayé du registre des actionnaires; s'il s'agit d'actions au porteur, le ou les certificats représentatifs de ces actions seront annulés.

Le prix auquel chaque action sera rachetée (appelé ci-après «prix de rachat») sera basé sur la valeur nette d'inventaire par action de la catégorie concernée au Jour d'Evaluation déterminé par le conseil d'administration pour le rachat d'actions de la Société et qui précédera immédiatement la date de l'avis de rachat ou suivra immédiatement la remise du ou des certificats représentant les actions spécifiées dans cet avis, en prenant le prix le moins élevé, le tout ainsi que prévu à l'article 8 ci-dessus, déduction faite des frais et commissions qui y sont également prévus.

Le paiement du prix de rachat à l'ancien propriétaire de telles actions sera effectué dans la monnaie déterminée par le conseil d'administration pour le paiement du prix de rachat des actions de la catégorie concernée; le prix sera déposé pour le paiement à l'ancien propriétaire par la Société auprès d'une banque au Luxembourg ou à l'étranger (telle que spécifiée dans l'avis de rachat), après détermination finale du prix de rachat suite à la remise du ou des certificats indiqués dans l'avis de rachat ensemble avec les coupons non échus. Dès signification de l'avis de rachat, l'ancien propriétaire des

actions mentionnées dans l'avis de rachat ne pourra plus faire valoir de droit sur ces actions ni exercer aucune action contre la Société et ses actifs, sauf le droit de l'actionnaire apparaissant comme étant le propriétaire des actions de recevoir le prix déposé (sans intérêts) à la banque après remise effective du ou des certificats. Tout fonds à recevoir par un actionnaire au titre de ce paragraphe et non réclamé dans les six mois sera déposé auprès de la Caisse de Consignations pour le compte de leurs ayants droit.

L'exercice par la Société des pouvoirs conférés au présent article ne pourra en aucun cas être mis en question ou invalidé pour le motif qu'il n'y aurait pas de preuve suffisante de la propriété des actions dans le chef d'une personne ou que la propriété réelle des actions était autre que celle admise par la Société à la date de préavis de rachat, sous réserve que la Société ait, dans ce cas, exercé ses pouvoirs de bonne foi.

Le terme «Personne Non-Autorisée» tel qu'utilisé dans les présents Statuts n'inclut ni les souscripteurs d'actions de la Société émises à l'occasion de la constitution de la Société pendant que tel souscripteur détient telles actions, ni les personnes qui acquièrent des actions avec l'intention de les distribuer à l'occasion d'une émission d'actions par la Société.

Les ressortissants des Etats-Unis, tels que définis au présent article, peuvent être considérés comme une catégorie particulière de Personnes Non-Autorisées.

Lorsqu'il est utilisé dans les présents Statuts, le terme «ressortissant des Etats-Unis» signifie tout citoyen ou résident des Etats-Unis d'Amérique, ou toute société ou association organisée ou établie sous les lois d'un Etat, Commonwealth, territoire ou possession des Etats-Unis, ou une succession ou un trust autre qu'une succession ou un trust dont le revenu de sources situées hors des Etats-Unis d'Amérique n'est pas à inclure dans le revenu global pour déterminer l'impôt américain sur le revenu payable par cette succession ou ce trust ou toute firme, société ou autre entité indépendamment de la nationalité, de son domicile, de son site ou de sa résidence, si d'après les lois sur l'impôt sur le revenu en vigueur actuellement aux Etats-Unis d'Amérique, leur propriété pourrait être attribuée à un ou plusieurs ressortissants des Etats-Unis d'Amérique ou à toute(s) autre(s) personne(s) considérée(s) comme ressortissant(s) des Etats-Unis d'Amérique selon la «Regulation S» promulguée par le «United States Securities Act» de 1933, ou dans le «United States Internal Revenue Code» de 1986, tels que modifiés périodiquement.

Art. 11. Calcul de la Valeur Nette d'Inventaire des Actions. La valeur nette d'inventaire par action de chaque catégorie d'actions sera exprimée dans la devise de référence (telle que définie dans le prospectus) du Compartiment concerné et, s'il convient, exprimée dans la devise de cotation des catégories d'actions du Compartiment concerné. La valeur nette d'inventaire par action de chaque catégorie d'actions sera déterminée à chaque Jour d'Evaluation en divisant les actifs nets du Compartiment concerné correspondants à chaque catégorie d'actions, constitués par la portion des avoirs de cette catégorie moins la portion des engagements attribuables à cette catégorie d'actions au jour fixé par le conseil d'administration, par le nombre total d'actions de cette catégorie en circulation à ce moment, le tout en conformité avec les règles d'évaluation décrites ci-dessous. La valeur nette d'inventaire par action ainsi obtenue sera arrondie vers le haut ou vers le bas à l'unité la plus proche de la devise concernée tel que le conseil d'administration le déterminera. Si depuis la date de détermination de la valeur nette d'inventaire, un changement substantiel des cours sur les marchés sur lesquels une partie substantielle des investissements de la Société attribuables à la catégorie d'actions concernée sont négociés ou cotés, est intervenu, la Société peut annuler la première évaluation et effectuer une deuxième évaluation dans un souci de sauvegarder les intérêts de l'ensemble des actionnaires et de la Société, auquel cas toutes les demandes de souscription et de rachat seront traitées sur la base de la deuxième évaluation.

L'évaluation de la valeur nette d'inventaire des différentes catégories d'actions se fera de la manière suivante:

I. Les actifs de la Société comprendront:

- 1) toutes les espèces en caisse ou en dépôt, y compris les intérêts échus ou courus;
- 2) tous les effets et billets payables à vue et les comptes exigibles (y compris les résultats de la vente de titres dont le prix n'a pas encore été encaissé);
- 3) tous les obligations, titres, certificats de dépôt, actions, parts, droits de souscription, warrants, options et autres valeurs mobilières, instruments financiers et autres actifs qui sont la propriété de ou conclus par la Société (pourvu que la Société puisse effectuer des ajustements non contraires au paragraphe (a) ci-dessous pour ce qui concerne les fluctuations des valeurs de marché des valeurs causées par les négociations ex-dividende, ex-droit, ou par des pratiques similaires);
- 4) tous les dividendes, en espèces ou en actions, et les distributions à recevoir par la Société en espèces dans la mesure où la Société pouvait raisonnablement en avoir connaissance;
- 5) tous les intérêts échus ou courus sur les actifs qui sont la propriété de la Société, sauf si ces intérêts sont compris ou reflétés dans le prix de ces actifs;
- 6) les dépenses préliminaires de la Société, y compris les frais d'émission et de distribution des actions de la Société, dans la mesure où celles-ci n'ont pas été amorties;
- 7) tous les autres actifs détenus par la Société, de quelque nature qu'ils soient, y compris les dépenses payées d'avance.

La valeur de ces actifs sera déterminée de la manière suivante:

(a) La valeur des espèces en caisse ou en dépôt, des effets et billets payables à vue et des comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance, des dividendes et intérêts annoncés ou venus à échéance tel qu'indiqués ci-dessus mais non encore encaissés, consistera dans la valeur nominale de ces avoirs. S'il s'avère toutefois improbable que cette valeur puisse être touchée en entier, la valeur sera déterminée en retranchant le montant que la Société estimera adéquat en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs.

(b) La valeur des valeurs mobilières et instruments du marché monétaire cotés ou négociés sur une bourse de valeurs ou un marché réglementé éligible, tels que ces concepts sont définis dans les documents de vente des actions de la So-

ciété (une «Bourse de Valeurs» ou un «Marché Réglementé»), est basée sur le dernier prix disponible sur le marché qui constitue normalement le marché principal pour de tels avoirs.

(c) Au cas où des actifs ne sont pas cotés ou négociés sur une Bourse de Valeurs ou un Marché Réglementé, ou si, en ce qui concerne les avoirs cotés ou négociés sur une Bourse de Valeurs, ou un Marché Réglementé, le prix, tel que déterminé conformément au sous-paragraphe (b) n'est pas représentatif d'une juste valeur de marché des avoirs concernés, la valeur de tels avoirs sera calculée sur la base d'un prix de vente raisonnablement prévisible, déterminé avec prudence et de bonne foi par le conseil d'administration.

(d) Le conseil d'administration peut autoriser l'utilisation de la méthode d'évaluation au coût amorti pour les instruments à court terme dans certains Compartiments de la Société. Cette méthode implique une évaluation d'une valeur à son coût puis la prise en compte d'un amortissement constant, sans tenir compte de l'impact des fluctuations de taux d'intérêt sur la valeur de ces avoirs. Alors que cette méthode d'évaluation assure une certitude d'évaluation, elle peut entraîner des périodes où la valeur telle que déterminée selon la méthode du coût amorti est supérieure ou inférieure au prix que le Compartiment recevrait s'il vendait cet avoir. Pour certains instruments à court terme, le rendement peut être différent de ce qui serait obtenu dans un Compartiment similaire qui évalue quotidiennement ces avoirs à la valeur du marché.

(e) La valeur de liquidation des contrats à terme et d'option, le cas échéant, qui ne sont pas négociés sur une Bourse de Valeurs ou un Marché Réglementé équivalra à leur valeur de liquidation nette déterminée conformément aux politiques établies par le conseil d'administration, sur une base appliquée de façon cohérente à chaque type de contrat. La valeur de liquidation des contrats à terme ou contrats d'options négociés sur une Bourse de Valeurs ou un Marché Réglementé sera basée sur le dernier prix disponible de règlement de ces contrats sur la Bourses de Valeurs ou le Marché Réglementé sur lequel ces contrats d'options ou ces contrats à terme sont négociés par la Société; pour autant que si un contrat d'options ou un contrat à terme ne peut pas être liquidé le jour auquel les actifs nets sont évalués, la base qui servira à déterminer la valeur de liquidation de ce contrat sera déterminée par le conseil d'administration de façon juste et raisonnable.

(f) Les swap de taux d'intérêt seront évalués à leur valeur de marché établie en référence à la courbe des taux applicable. Les swaps sur indices ou instruments financiers seront évalués à leur valeur de marché établie par référence à l'indice ou instrument financier concerné. L'évaluation des contrats de swaps relatifs à ces indices ou instruments financiers sera basée sur la valeur de marché de ces opérations de swap établie de bonne foi. Les rendements des swaps seront évalués sur une base constante.

(g) Les contrats devise liquide sont évalués à leurs justes valeurs de marché respectives déterminées sur la base des prix fournis par des services indépendants.

(h) Toutes les autres valeurs et autres avoirs seront évalués à leur juste valeur de marché telle que déterminée de bonne foi conformément aux procédures établies par le conseil d'administration.

La valeur des avoirs et engagements exprimés dans une devise autre que la devise de référence d'un Compartiment ou d'une catégorie d'actions sera convertie dans la devise de référence de ce Compartiment ou catégorie d'actions.

Le conseil d'administration peut, à sa discrétion, permettre l'utilisation d'une autre méthode d'évaluation s'il considère qu'une telle évaluation reflète mieux la juste valeur d'un actif de la Société.

II. Les engagements de la Société comprendront:

- 1) tous les emprunts, effets et comptes;
- 2) tous les intérêts courus sur des emprunts de la Société (y compris les droits et frais encourus pour l'engagement à ces emprunts);
- 3) tous les frais courus ou à payer (y compris les frais administratifs, les commissions de gestion, y compris les commissions de performance, les commissions du dépositaire, de l'agent administratif central et du teneur de registre et agent de transfert);
- 4) toutes les obligations connues, présentes ou futures, y compris toutes les obligations contractuelles venues à échéance, qui ont pour objet des paiements en espèces ou en nature, y compris le montant des dividendes annoncés par la Société mais non encore payés;
- 5) une provision appropriée pour impôts futurs sur le capital et sur le revenu encourus au Jour d'Évaluation concerné, fixé périodiquement par la Société et, le cas échéant, toutes autres réserves autorisées et approuvées par le conseil d'administration ainsi qu'un montant (s'il y a lieu) que le conseil d'administration pourra considérer comme constituant une provision suffisante pour faire face à toute dette éventuelle de la Société;
- 6) tous autres engagements de la Société de quelque nature que ce soit renseignés conformément à des principes comptables généralement acceptés. Pour l'évaluation du montant de ces engagements, la Société prendra en considération toutes les dépenses à supporter par elle qui comprendront, sans être exhaustif, les frais de formation, les commissions payables à son ou ses gestionnaire(s), conseillers, les frais et commissions payables au réviseur et comptables, dépositaire et à ses correspondants, aux agents domiciliaires, administratif de registre et de transfert, et de cotation, à tous agents payeurs, distributeurs, aux représentants permanents des lieux où la Société est soumise à l'enregistrement, ainsi qu'à tout autre employé de la Société, la rémunération des administrateurs, directeurs ou autres fondés de pouvoir, ainsi que les dépenses raisonnablement encourues par ceux-ci, les frais d'assurance et les frais raisonnables de voyage relatifs aux conseils d'administration, les frais encourus en rapport avec l'assistance juridique et la révision des comptes annuels de la Société, les frais des déclarations d'enregistrement auprès des autorités gouvernementales et des bourses de valeurs dans le Grand-Duché de Luxembourg ou à l'étranger, les frais de publicité incluant les frais de préparation, d'impression et de distribution des prospectus, mémoires explicatifs, rapports périodiques et déclarations et enregistrement, les coûts d'impression des certificats d'actions, les frais des rapports pour les actionnaires, tous les impôts et droits prélevés par les autorités gouvernementales et toutes les taxes similaires, toute autre dépense d'exploitation, y compris les frais d'achat et de vente des actifs, les intérêts, les frais financiers, bancaires, de change ou de courtage, les

frais de poste, téléphone et télex. La Société pourra tenir compte des dépenses administratives et autres, qui ont un caractère régulier ou périodique, par une estimation pour l'année ou pour toute autre période. Les autres dépenses sont dues dès que leur montant est déterminable.

III. Les actifs seront affectés comme suit:

Le conseil d'administration établira un Compartiment correspondant à une catégorie d'actions et pourra établir un Compartiment correspondant à deux ou plusieurs catégories d'actions de la manière suivante:

a) Si deux ou plusieurs catégories d'actions se rapportent à un Compartiment déterminé, les actifs attribués à ces catégories seront investis ensemble selon la politique d'investissement spécifique du Compartiment concerné, étant entendu qu'au sein d'un Compartiment, le conseil d'administration peut établir des catégories d'actions correspondant à (i) une politique de distribution spécifique, telle que donnant droit à des distributions, ou ne donnant pas droit à des distributions, et/ou (ii) une structure spécifique de frais de vente ou de rachat, et/ou (iii) une structure spécifique de frais de gestion ou de conseil, et/ou (iv) une structure spécifique de commission de distribution, de service à l'actionnaire ou autres, et/ou (v) la devise ou l'unité de devise dans laquelle la catégorie sera cotée et basée sur le taux de change entre cette devise ou unité de devise et la devise de référence du Compartiment déterminé et/ou (vi) l'utilisation de différentes techniques de couverture afin de protéger les actifs et revenus d'un Compartiment libellés dans une autre devise que la devise de référence du Compartiment contre les mouvements à long terme de cette devise face à la devise de référence du Compartiment et/ou (vii) d'autres particularités déterminées par le conseil d'administration périodiquement conformément à la loi applicable;

b) Les produits résultants de l'émission d'actions relevant d'une catégorie d'actions seront attribués dans les livres de la Société au Compartiment établi pour cette catégorie d'actions étant entendu que, si plusieurs catégories d'actions sont émises au titre de ce Compartiment, le montant correspondant augmentera la proportion des actifs nets de ce Compartiment attribuables à la catégorie des actions à émettre;

c) Les actifs, engagements, revenus et frais relatifs à un Compartiment seront attribués à la (aux) catégorie(s) d'actions correspondant à ce Compartiment, sous réserve de l'observation des modalités prévues au a) ci-dessus;

d) Lorsqu'un actif découle d'un autre actif, ce dernier actif sera attribué, dans les livres de la Société, à la même catégorie à laquelle appartient l'actif dont il découle, et à chaque nouvelle évaluation d'un actif, l'augmentation ou la diminution de valeur sera attribuée à la catégorie correspondante;

e) Lorsque la Société supporte un engagement qui est attribuable à un avoir d'une catégorie d'actions ou de certaines catégories d'actions au sein d'un Compartiment déterminé ou à une opération effectuée en rapport avec un avoir d'une catégorie d'actions ou de certaines catégories d'actions au sein d'un Compartiment déterminé, cet engagement sera attribué à cette catégorie d'actions.

f) Au cas où un actif ou un engagement de la Société ne peut pas être attribué à une catégorie déterminée, cet actif ou cet engagement sera attribué à toutes les catégories d'actions, en proportion des valeurs nettes d'inventaire des catégories d'actions concernées ou de telle autre manière que le conseil d'administration déterminera avec prudence et bonne foi, étant entendu que (i) lorsque les actifs sont détenus sur un seul compte pour compte de plusieurs Compartiments et/ou sont cogérés comme une masse d'actifs distincte par un mandataire désigné par le conseil d'administration, le droit respectif de chaque catégorie d'actions correspondra à la proportion de la contribution apportée par la catégorie d'actions concernée au compte de la cogestion ou de la masse d'actifs distincte, et (ii) ce droit variera en fonction de contributions et retraits effectués pour compte de la catégorie d'actions concernée, selon les modalités décrites dans le prospectus de la Société;

g) A la suite de distributions faites aux détenteurs d'actions d'une catégorie, la valeur nette de cette catégorie d'actions sera réduite du montant de ces distributions.

Toutes règles et déterminations d'évaluation seront interprétées et effectuées en conformité avec des principes comptables généralement acceptés.

En l'absence de mauvaise foi, négligence grave ou erreur manifeste, chaque décision prise lors du calcul de la valeur nette d'inventaire par le conseil d'administration ou par une quelconque banque, société ou autre organisation désignée par le conseil d'administration pour les besoins du calcul de la valeur nette d'inventaire sera définitive et obligatoire pour la Société et les actionnaires actuels, anciens ou futurs.

II. Pour les besoins de cet article:

1) les actions en voie de rachat par la Société conformément à l'article 8 ci-dessus seront considérées comme actions émises et existantes jusqu'à immédiatement après l'heure, fixée par le conseil d'administration, au Jour d'Évaluation au cours duquel une telle évaluation est faite, et seront, à partir de ce moment et jusqu'à ce que le prix soit payé, considérées comme engagement de la Société;

2) les actions à émettre par la Société seront traitées comme étant créées à partir de l'heure, fixée par le conseil d'administration, au Jour d'Évaluation au cours duquel une telle évaluation est faite et seront, à partir de ce moment, traitées comme une créance de la Société jusqu'à ce que le prix en soit payé;

3) tous investissements, soldes en espèces ou autres avoirs de la Société, exprimés autrement que dans la devise de référence du Compartiment concerné seront évalués en tenant compte des taux de change ou du marché, en vigueur à la date et à l'heure de la détermination de la valeur nette d'inventaire des actions; et

4) à chaque Jour d'Évaluation, si la Société conclut un contrat dans le but:

- d'acquérir un élément d'actif, le montant à payer pour cet élément d'actif sera considéré comme un engagement de la Société, tandis que la valeur de cet élément d'actif sera considérée comme un avoir de la Société;

- de vendre tout élément d'actif, le montant à recevoir pour cet élément d'actif sera considéré comme un avoir de la Société et cet élément d'actif à livrer ne sera plus repris dans les avoirs de la Société;

sous réserve cependant, que si la valeur ou la nature exacte de cette contrepartie ou de cet élément d'actif n'est pas connue au Jour d'Évaluation, sa valeur sera estimée de bonne foi par la Société.

Art. 12. Fréquence et suspension temporaire du calcul de la Valeur Nette d'Inventaire par action, des émissions, rachats et conversions d'actions. Dans chaque catégorie d'actions, la valeur nette d'inventaire par action ainsi que le prix d'émission, de rachat et de conversion des actions seront déterminés périodiquement par la Société ou par son mandataire désigné à cet effet, au moins deux fois par mois, à la fréquence que le conseil d'administration décidera, tel jour ou moment de calcul étant défini dans les présents Statuts comme «jour d'Evaluation».

La Société peut suspendre le calcul de la valeur nette d'inventaire par action d'une catégorie déterminée ainsi que l'émission, le rachat et la conversion des actions d'une catégorie en actions d'une autre catégorie:

a) pendant toute période pendant laquelle toute Bourse de Valeurs ou Marché Réglementé sur lequel une partie substantielle des investissements de la Société attribuable à cette catégorie d'actions est cotée ou négociée périodiquement, est fermée pour une autre raison que pour le congé normal ou pendant laquelle les opérations y sont restreintes ou suspendues, dans la mesure où une telle restriction ou suspension affecte l'évaluation des investissements de la Société attribuables à tel Compartiment qui y sont cotées;

b) pendant toute période lorsque, suite à des événements d'ordre politique, économique, militaire ou monétaire, ou en raison de circonstances hors du contrôle, de la responsabilité et du pouvoir du conseil d'administration ou s'il existe une situation d'urgence par suite de laquelle, de l'avis du conseil d'administration, la Société ne peut pas disposer de ses actifs attribuables à un Compartiment;

c) lorsque les moyens de communication normalement utilisés pour déterminer le prix ou la valeur des investissements de la Société dans un Compartiment ou le cours en bourse ou sur un autre marché relatif aux actifs d'un Compartiment sont hors de service;

d) lors de toute période pendant laquelle la Société est incapable de rapatrier des fonds dans le but d'opérer des paiements pour le rachat d'actions d'un Compartiment ou pendant laquelle les transferts de fonds nécessaires pour la réalisation ou l'acquisition d'investissements ou de paiements dus pour le rachat d'actions ne peuvent, de l'avis du conseil d'administration, être effectués à des taux de change normaux;

e) si pour toute autre raison indépendante de la volonté du conseil d'administration, les prix d'une partie substantielle des investissements possédés par la Société attribuables à tel Compartiment ne peuvent pas être rapidement ou exactement constatés;

f) suite à la publication d'une convocation à une assemblée générale extraordinaire des actionnaires en vue de décider de la mise en liquidation de la Société ou de Compartiment(s), ou de la fusion de la Société ou de Compartiment(s) ou informant les actionnaires d'une décision du conseil d'administration visant à fermer ou fusionner un ou plusieurs Compartiment(s);

Pareille suspension concernant un Compartiment n'aura aucun effet sur le calcul de la valeur nette d'inventaire, le prix d'émission, de rachat et de conversion des actions d'un autre Compartiment.

Toute demande de souscription, rachat ou conversion sera irrévocable sauf dans le cas d'une suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire dans le Compartiment concerné, auquel cas les demandeurs et actionnaires pourront notifier qu'ils souhaitent retirer leur demande. Si cette notification n'est pas reçue par la Société, cette demande sera traitée au premier Jour d'Evaluation suivant la fin de la période de suspension.

Notification du début et de fin de toute période de suspension sera faite par la Société à tout demandeur ou actionnaire, selon le cas, ayant soumis une demande de rachat d'actions du (des) Compartiment(s) concerné(s).

Titre III. - Administration et surveillance

Art. 13. Administrateurs. La Société sera administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, qui ne sont pas nécessairement actionnaires de la Société.

La durée du mandat d'administrateur est de six ans au maximum. Les administrateurs seront nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui fixe leur nombre, leurs émoluments et la durée de leur mandat.

Les détenteurs d'actions de la catégorie P, telle que décrite à l'article 5 ci-dessus ainsi que dans le prospectus de la Société, sont autorisés à proposer à l'assemblée générale des actionnaires une liste de noms de candidats aux fonctions d'administrateur de la Société.

Les détenteurs d'actions de la catégorie P proposeront une liste de candidats à l'assemblée générale des actionnaires, à partir de laquelle une majorité d'administrateurs désignés par l'assemblée générale des actionnaires au conseil d'administration de la Société devront être choisis par l'assemblée générale des actionnaires comme administrateurs de la catégorie P (les «Administrateurs de la Catégorie P»). Il en résulte qu'une majorité d'Administrateurs de la Catégorie P siègera au conseil d'administration à tout moment. La liste de candidats proposée par les détenteurs d'actions de la catégorie P devra comporter un nombre de candidats égal au moins au double de sièges d'Administrateurs de la Catégorie P à pourvoir. Les actionnaires ne voteront pas pour un nombre de candidats dépassant le nombre d'administrateurs à désigner comme Administrateurs de la Catégorie P. Les candidats de la liste comptabilisant le plus grand nombre de votes seront élus.

De plus, tout actionnaire qui souhaite proposer un candidat au poste d'administrateur de la Société lors de l'assemblée générale des actionnaires, devra en informer la Société par écrit au moins deux semaines avant la date de tenue de l'assemblée générale. Afin d'éviter toute ambiguïté, la liste de candidats des détenteurs d'actions de la catégorie P devra respecter les mêmes modalités.

Tout administrateur pourra être révoqué avec ou sans motif ou être remplacé à tout moment par décision de l'assemblée générale des actionnaires, compte tenu que si un Administrateur de la Catégorie P est révoqué, les administrateurs restant devront convoquer sans délai une assemblée générale extraordinaire afin qu'un nouvel Administrateur de la Catégorie P puisse être désigné à sa place, et ce nouvel Administrateur de la Catégorie P devra être choisi parmi le(s) candidat(s) inscrit(s) sur la liste présentée par les détenteurs d'actions de la catégorie P.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale procédera à l'élection définitive lors de sa prochaine réunion. Afin d'éviter toute am-

biguité, la vacance d'un poste d'Administrateur de la Catégorie P ne peut être pourvue que par un nouvel Administrateur de la Catégorie P.

Art. 14. Réunions du Conseil d'Administration. Le conseil d'administration choisira parmi ses membres un président. Il pourra également désigner un secrétaire qui n'a pas besoin d'être administrateur et qui dressera et conservera les procès-verbaux des réunions du conseil d'administration ainsi que des assemblées générales des actionnaires. Le conseil d'administration se réunira sur la convocation du président ou de deux administrateurs au lieu indiqué dans l'avis de convocation.

Le président présidera les réunions du conseil d'administration et les assemblées générales des actionnaires. En son absence, l'assemblée générale des actionnaires ou le conseil d'administration désignera à la majorité un autre administrateur et, lorsqu'il s'agit d'une assemblée générale, toute autre personne pour assumer la présidence de ces assemblées et réunions.

Le conseil d'administration, s'il y a lieu, nommera des directeurs ou autres fondés de pouvoir dont un directeur général, des directeurs généraux-adjoints et tous autres directeurs et fondés de pouvoir dont les fonctions seront jugées nécessaires pour mener à bien les affaires de la Société. Pareilles nominations peuvent être révoquées à tout moment par le conseil d'administration. Les directeurs et fondés de pouvoir n'ont pas besoin d'être administrateurs ou actionnaires de la Société. Pour autant que les présents Statuts n'en décident autrement, les directeurs et fondés de pouvoir auront les pouvoirs et charges qui leurs sont attribués par le conseil d'administration.

Avis écrit de toute réunion du conseil d'administration sera donné à tous les administrateurs au moins dix jours ouvrables bancaires avant la date prévue pour la réunion sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnés dans l'avis de convocation. Il pourra être passé outre à cette convocation à la suite de l'assentiment de chaque administrateur par écrit, par télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du conseil d'administration se tenant à une heure et un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le conseil d'administration.

Tout administrateur pourra se faire représenter à une réunion du conseil d'administration en désignant par écrit, par télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire un autre administrateur comme son mandataire. Un administrateur peut représenter plusieurs de ses collègues.

Tout administrateur peut participer à une réunion du conseil d'administration par conférence téléphonique ou d'autres moyens de communication similaires où toutes les personnes prenant part à cette réunion peuvent s'entendre les unes avec les autres. La participation à une réunion par ces moyens équivaut à une présence en personne à une telle réunion.

Les administrateurs ne pourront agir que dans le cadre de réunions du conseil d'administration régulièrement convoquées. Les administrateurs ne pourront engager la Société par leur signature individuelle, à moins d'y être autorisés par une résolution du conseil d'administration.

Le conseil d'administration ne pourra délibérer et agir valablement que si au moins la majorité des administrateurs ou tout autre nombre d'administrateurs que le conseil d'administration pourra déterminer, sont présents ou représentés.

Les décisions du conseil d'administration seront consignées dans des procès-verbaux signés par le président de la réunion. Les copies des extraits de ces procès-verbaux devant être produites en justice ou ailleurs seront signées valablement par le président de la réunion ou par deux administrateurs.

Les décisions sont prises à la majorité des votes des administrateurs présents ou représentés. Au cas où, lors d'une réunion du conseil, il y a égalité de voix pour ou contre une décision, le président de la réunion aura voix prépondérante.

Des résolutions écrites, approuvées et signées par tous les administrateurs auront la même validité que si elles avaient été prises lors d'une réunion du conseil régulièrement convoquée; chaque administrateur exprimant son approbation au moyen d'un ou de plusieurs écrits ou par télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire, à confirmer par écrit, le tout ensemble constituant le procès-verbal faisant preuve de la décision intervenue.

Art. 15. Pouvoirs du Conseil d'Administration. Le conseil d'administration jouit des pouvoirs les plus étendus pour effectuer les actes de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social, sous réserve de l'observation de la politique d'investissement telle que prévue à l'article 18 ci-dessous.

Tous pouvoirs non expressément réservés à l'assemblée générale par la loi ou par les présents Statuts sont de la compétence du conseil d'administration.

Art. 16. Pouvoir de signature. Vis-à-vis des tiers, la Société sera valablement engagée par la signature conjointe de deux administrateurs ou par la signature individuelle ou conjointe de tout administrateur ou toute personne à laquelle pareil pouvoir de signature aura été délégué par le conseil d'administration.

Art. 17. Délégation de Pouvoirs. Le conseil d'administration de la Société peut déléguer ses pouvoirs relatifs à la gestion journalière des affaires de la Société (y compris le droit d'agir comme signataire autorisé pour le compte de la Société) ainsi qu'à la représentation de celle-ci en ce qui concerne cette gestion à une ou plusieurs personnes physiques ou morales qui ne doivent pas nécessairement être administrateurs, qui auront les pouvoirs déterminés par le conseil d'administration et qui pourront, si le conseil d'administration les y autorise, sous-déléguer leurs pouvoirs.

Le conseil peut également conférer tous mandats spéciaux par procuration authentique ou sous seing privé.

Art. 18. Politiques et restrictions d'investissement. Le conseil d'administration, appliquant le principe de la répartition des risques, a le pouvoir de déterminer (i) les politiques d'investissement à respecter pour chaque Compartiment, (ii) les techniques de couverture des risques liées à la devise ou d'investissement à utiliser pour une catégorie spécifique d'actions, au sein d'un Compartiment, ainsi que (iii) les lignes de conduite à suivre dans la gestion et la conduite

des affaires de la Société, sous réserve des restrictions d'investissement, qui peuvent être plus restrictives pour certains Compartiments, adoptées par le conseil d'administration conformément aux lois et règlements applicables.

Conformément aux exigences posées par la Loi de 2002, notamment quant au type de marché sur lequel les actifs peuvent être acquis ou le statut de l'émetteur ou de la contrepartie, chaque Compartiment pourra investir:

- (i) en valeurs mobilières et instruments du marché monétaire;
- (ii) en parts d'organismes de placement collectif («OPC»);
- (iii) en dépôts auprès d'un établissement de crédit remboursables sur demande ou pouvant être retirés et ayant une échéance inférieure ou égale à 12 mois;
- (iv) en instruments financiers dérivés.

La politique d'investissement d'un Compartiment peut consister en la reproduction de la composition d'un indice d'actions ou d'obligations reconnu par l'autorité de surveillance luxembourgeoise.

La Société peut notamment acquérir les actifs mentionnés ci-avant sur toute Bourse de Valeurs ou Marché Réglementé d'un Etat de l'Europe, étant un état membre ou non de l'Union Européenne («UE»), des Etats-Unis d'Amérique, d'Afrique, d'Asie, d'Australie ou d'Océanie.

La Société peut également investir en valeurs mobilières nouvellement émises, sous réserve que les conditions d'émission prévoient que la demande d'admission à la cote officielle d'une Bourse de Valeurs ou d'un Marché Réglementé soit introduite et que l'admission soit obtenue au plus tard un an à compter de l'émission.

La Société est également autorisée à investir, en respectant le principe de la répartition des risques, jusqu'à 100% des avoirs attribuables à chaque Compartiment en valeurs mobilières ou instruments du marché monétaire émis ou garantis par un Etat membre de l'UE, par ses collectivités publiques territoriales, par un autre Etat membre de l'Organisation pour la Coopération et le Développement Economique («OCDE») ou par un organisme international à caractère public dont font partie un ou plusieurs Etats membres de l'UE, étant entendu que si la Société fait usage des possibilités prévues dans la présente disposition, elle doit détenir, pour le compte du Compartiment, des valeurs appartenant à six émissions différentes au moins. Les valeurs appartenant à une même émission ne doivent pas excéder 30% du montant total des actifs nets attribuables à ce Compartiment.

Le conseil d'administration, agissant dans les intérêts de la Société, peut décider, que de la manière décrite dans les documents de vente des actions de la Société, (i) tout ou partie des avoirs de la Société ou d'un Compartiment peuvent être cogérés, de façon distincte, avec des avoirs détenus par d'autres investisseurs, y compris d'autres OPC et/ou leurs compartiments, ou (ii) tout ou partie des avoirs de deux ou plusieurs Compartiments de la Société peuvent être cogérés, de façon distincte ou commune.

Les investissements de chaque Compartiment peuvent s'effectuer soit directement ou indirectement par l'intermédiaire de filiales détenues à 100% par la Société, ainsi que le conseil d'administration en décidera en temps opportun et ainsi qu'il sera expliqué dans les documents de vente des actions de la Société. Toute référence dans les présents Statuts à «investissements» et «avoirs» désignera, le cas échéant, soit les investissements effectués et les avoirs dont le bénéfice économique revient à la Société directement, ou les investissements effectués et les avoirs dont le bénéfice économique revient à la Société indirectement par l'intermédiaire des filiales susmentionnées.

La Société est autorisée sous réserve des restrictions prévues dans les documents de vente des actions de la Société, à utiliser (i) des techniques et instruments qui ont pour objet les valeurs mobilières et instruments du marché monétaire, à condition que le recours à ces techniques et instruments soit fait en vue d'une bonne gestion du portefeuille et (ii) des techniques et des instruments destinés à couvrir les risques de change dans le cadre de la gestion de ses avoirs et dettes ainsi qu'il est décrit dans les documents de vente des actions de la Société.

Art. 19. Conflit d'intérêts. Aucun contrat ni aucune transaction que la Société pourra conclure avec d'autres sociétés ou firmes ne pourront être affectés ou invalidés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs, directeurs ou fondés de pouvoir de la Société auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou firme ou par le fait qu'ils seraient administrateurs, associés, directeurs, fondés de pouvoir ou employés de cette autre société. L'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société qui est administrateur, directeur, fondé de pouvoir ou employé d'une société ou firme avec laquelle la Société passe des contrats ou avec laquelle elle est en relations d'affaires ne sera pas, par là même, privé du droit de délibérer, de voter et d'agir en ce qui concerne des matières en relation avec pareils contrats ou pareilles affaires.

Au cas où un administrateur, directeur ou fondé de pouvoir aurait dans quelque affaire de la Société un intérêt opposé à celle-ci, cet administrateur, directeur, ou fondé de pouvoir devra informer le conseil d'administration de cet intérêt opposé et il ne délibérera et ne prendra pas part au vote concernant cette affaire; un rapport sur une telle affaire et un tel intérêt opposé devra être fait à la prochaine assemblée générale des actionnaires.

Une telle abstention de vote ne devra pas être comptabilisée.

Le terme «intérêt opposé» tel qu'il est utilisé à l'alinéa précédent ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts qui pourront exister de quelque manière, en quelque qualité, ou à quelque titre que ce soit, en rapport avec le ou les gestionnaire(s), le dépositaire ou toute autre personne, société ou entité juridique que le conseil d'administration pourra déterminer à son entière discrétion.

Art. 20. Indemnisation des Administrateurs. La Société pourra indemniser tout administrateur, directeur ou fondé de pouvoir, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et autres ayants-droit, des dépenses raisonnablement occasionnées par tous actions ou procès auquel il aura été partie en sa qualité d'administrateur, de directeur ou fondé de pouvoir de la Société ou pour avoir été, à la demande de la Société, administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créditriche et par laquelle il ne serait pas indemnisé, sauf au cas où dans pareils actions ou procès il sera finalement condamné pour négligence grave ou mauvaise gestion. En cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la Société est informée par son avocat-conseil que

l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir en question n'a pas commis de manquement à ses devoirs. Le droit à indemnisation n'exclura pas d'autres droits dans le chef de l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir.

Art. 21. Gestionnaire d'investissements. La Société conclura un contrat de gestion d'investissement avec un ou plusieurs gestionnaires d'investissements, tel que décrit dans le prospectus de la Société, en vertu duquel le gestionnaire d'investissements fournira à la Société des conseils, rapports et recommandations concernant la politique d'investissement conformément à l'Article 18 des présents Statuts et pourra, de façon journalière et sous le contrôle et la responsabilité du conseil d'administration, acheter et vendre à leur discrétion les valeurs et autres actifs autorisés par la Loi de 2002 conformément aux termes d'un contrat écrit.

Art. 22. Conseiller. La Société conclura un contrat de conseil avec un ou plusieurs conseillers, tel que décrit dans le prospectus, le(s)quel(s) fournir(a)ont à la Société des recommandations et conseils en relation avec la gestion de certains Compartiments, y compris les objectifs et stratégies d'investissement tels que décrits dans le prospectus de la Société. Ce(s) conseiller(s) feront partie du groupe TRIODOS BANK.

Dans le cas où un conseiller cesse d'être membre du groupe TRIODOS BANK ou qu'une majorité des titres de la Société est détenue par une entité qui n'est pas membre du groupe TRIODOS BANK, la Société devra, sur demande de TRIODOS BANK N.V., changer sa dénomination qui ne contiendra pas le terme TRIODOS, ni aucune référence à aucune société du groupe TRIODOS BANK.

Art. 23. Réviseur d'entreprises agréé. Les données comptables contenues dans le rapport annuel établi par la Société seront contrôlées par un réviseur d'entreprises agréé qui est nommé par l'assemblée générale des actionnaires et rémunéré par la Société.

Le réviseur d'entreprises agréé accomplira tous les devoirs prescrits par la Loi de 2002.

Titre IV. - Assemblées générales, Année sociale, Distributions

Art. 24. Assemblées générales des actionnaires de la Société. L'assemblée générale des actionnaires de la Société représente l'universalité des actionnaires de la Société. Les résolutions prises s'imposent à tous les actionnaires, quelque soit la catégorie d'actions à laquelle ils appartiennent. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

L'assemblée générale des actionnaires est convoquée par le conseil d'administration.

Elle peut l'être également sur demande d'actionnaires représentant un cinquième au moins du capital social.

L'assemblée générale annuelle se réunit, conformément à la loi luxembourgeoise, au siège social de la Société à Luxembourg, le troisième mercredi du mois d'avril à 10.00 heures (heure de Luxembourg).

Si ce jour est un jour férié, légal ou bancaire à Luxembourg, l'assemblée générale se réunit le premier jour ouvrable bancaire à Luxembourg suivant.

D'autres assemblées générales d'actionnaires peuvent se tenir aux lieux et dates spécifiés dans l'avis de convocation.

Les actionnaires se réuniront sur convocation du conseil d'administration à la suite d'un avis énonçant l'ordre du jour envoyé au moins huit (8) jours avant l'assemblée à tout propriétaire d'actions nominatives à son adresse portée au registre des actionnaires. La distribution d'un tel avis aux propriétaires d'actions nominatives n'a pas besoin d'être justifiée à l'assemblée. L'ordre du jour sera préparé par le conseil d'administration sauf le cas où l'assemblée est appelée à la demande écrite des actionnaires auquel cas le conseil d'administration peut préparer un ordre du jour supplémentaire.

Si des actions au porteur ont été émises, les convocations seront en outre publiées, conformément à la loi, au Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, dans un ou plusieurs journaux luxembourgeois et dans tous autres journaux que le conseil d'administration déterminera.

Si toutes les actions sont nominatives et si aucune publication n'est effectuée, les avis peuvent uniquement être envoyés aux actionnaires par courrier recommandé.

Si tous les actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent se considérer comme dûment convoqués et avoir eu une connaissance préalable de l'ordre du jour soumis à leur délibération, l'assemblée générale peut avoir lieu sans convocation.

Le conseil d'administration peut déterminer toutes autres conditions à remplir par les actionnaires pour pouvoir prendre part aux assemblées générales.

Les affaires traitées lors d'une assemblée des actionnaires seront limitées aux points contenus dans l'ordre du jour (qui contiendra toutes les matières requises par la loi) et aux affaires connexes à ces points.

Chaque action, quelque soit la catégorie dont elle relève, donne droit à une voix, conformément à la loi luxembourgeoise et aux présents Statuts. Un actionnaire peut se faire représenter à toute assemblée des actionnaires par un mandataire qui n'a pas besoin d'être actionnaire et qui peut être administrateur de la Société, en lui conférant une procuration écrite.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les présents Statuts, les décisions de l'assemblée générale sont prises à la majorité simple des voix des actionnaires présents ou représentés. Les abstentions de votes ne sont pas comptées.

Art. 25. Assemblées générales des actionnaires d'un Compartiment ou d'une catégorie d'actions. Les actionnaires de la (des) catégorie(s) d'actions émise(s) au titre d'un Compartiment peuvent, à tout moment, tenir des assemblées générales ayant pour but de délibérer sur des matières ayant trait uniquement à ce Compartiment.

En outre, les actionnaires de toute catégorie d'actions peuvent, à tout moment, tenir des assemblées générales ayant pour but de délibérer sur des matières ayant trait uniquement à cette catégorie.

Les dispositions de l'article 24, paragraphes 2, 3, 7, 8, 9, 10 et 11 s'appliquent de la même manière à ces assemblées générales.

Chaque action donne droit à une voix, conformément à la loi luxembourgeoise et aux présents Statuts. Les actionnaires peuvent être présents en personne à ces assemblées, ou se faire représenter par un mandataire qui n'a pas besoin d'être actionnaire et qui peut être administrateur de la Société, en lui conférant un pouvoir écrit.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les présents Statuts, les décisions de l'assemblée générale des actionnaires d'une catégorie d'actions sont prises à la majorité simple des voix des actionnaires présents ou représentés. Les abstentions de votes ne sont pas comptées.

Art. 26. Fermeture et fusion de Compartiments ou catégories d'actions. Au cas où, pour quelque raison que ce soit, la valeur des actifs dans un Compartiment ou une catégorie d'actions tombe sous ou n'atteint pas un montant considéré par le conseil d'administration comme étant le seuil minimum en-dessous duquel le Compartiment ou la catégorie d'actions ne peut plus fonctionner d'une manière économiquement efficace, ou dans le cas où un changement significatif de la situation économique, monétaire ou politique ayant un impact sur la catégorie d'actions concernée aurait des conséquences néfastes sur les investissements de la catégorie d'actions concernée, ou afin de procéder à une rationalisation économique, le conseil d'administration pourrait décider de procéder au rachat forcé de toutes les actions de la (des) catégorie(s) d'actions, à la valeur nette d'inventaire par action applicable au Jour d'Évaluation auquel la décision prendra effet (compte tenu des prix et dépenses réels de réalisation des investissements). La Société enverra un avis aux actionnaires de la (des) catégorie(s) d'actions concernée(s) avant la date effective du rachat forcé. Cet avis indiquera les raisons motivant ce rachat de même que les procédures s'y appliquant: les actionnaires nominatifs seront informés par écrit. La Société informera les détenteurs d'actions au porteur par la publication d'un avis dans des journaux à déterminer par le conseil d'administration, à moins que la Société ait connaissance de l'identité des actionnaires et de leur adresse. Sauf décision contraire prise dans l'intérêt des actionnaires ou afin de maintenir l'égalité de traitement entre ceux-ci, les actionnaires du Compartiment ou de la catégorie d'actions concernés pourront continuer à demander le rachat ou la conversion de leurs actions, sans frais (mais compte tenu des prix et dépenses réels de réalisation des investissements) jusqu'à la date d'effet du rachat forcé.

Nonobstant les pouvoirs conférés au conseil d'administration par le paragraphe précédent, l'assemblée générale des actionnaires de la ou des catégorie(s) d'actions émise(s) au titre d'un Compartiment pourra, sur proposition du conseil d'administration, racheter toutes les actions de la ou des catégorie(s) et rembourser aux actionnaires la valeur nette d'inventaire de leurs actions (compte tenu des prix et dépenses réels de réalisation des investissements), calculée au Jour d'Évaluation auquel une telle décision prendra effet. Aucun quorum ne sera requis lors de telles assemblées générales et les résolutions pourront être prises par le vote affirmatif de la majorité simple des actions présentes ou représentées et votant à de telles assemblées.

Les actifs qui n'auront pu être distribués à leurs bénéficiaires lors du rachat seront déposés auprès du Dépositaire pour une période de six mois après ce rachat; passé ce délai, ces actifs seront versés auprès de la Caisse de Consignations pour compte de leurs ayants-droit.

Dans les mêmes circonstances que celles décrites au premier paragraphe du présent article, le conseil d'administration pourra décider d'apporter les actifs d'un Compartiment à ceux d'un autre Compartiment au sein de la Société ou à ceux d'un autre organisme de placement collectif de droit luxembourgeois ou à ceux d'un Compartiment d'un tel autre organisme de placement collectif (le «nouveau Compartiment») et de requalifier les actions de la ou des catégorie(s) concernée(s) comme actions d'une ou de plusieurs nouvelle(s) catégorie(s) (suite à une scission ou à une consolidation, si nécessaire, et au paiement de tout montant correspondant à une fraction d'actions due aux actionnaires). Cette décision sera publiée de la même manière que celle décrite ci-dessus au premier paragraphe du présent article (laquelle publication mentionnera, en outre, les caractéristiques du nouveau Compartiment), un mois avant la date d'effet de la fusion afin de permettre aux actionnaires qui le souhaiteraient de demander le rachat ou la conversion de leurs actions, sans frais, pendant cette période.

Nonobstant les pouvoirs conférés au conseil d'administration par le paragraphe précédent, l'assemblée générale des actionnaires de la ou des catégorie(s) d'actions émise(s) au titre d'un Compartiment pourra décider d'apporter les actifs et engagements d'un Compartiment à un autre Compartiment au sein de la Société. Aucun quorum ne sera requis lors de telles assemblées générales et les résolutions pourront être prises par le vote affirmatif de la majorité simple des actions présentes ou représentées à de telles assemblées.

L'apport des actifs et engagements attribuables à un Compartiment à un autre organisme de placement collectif visé au cinquième paragraphe de cet article ou à un autre Compartiment au sein d'un tel autre organisme de placement collectif devra être approuvé par une décision des actionnaires de la ou des catégorie(s) d'actions émise(s) au titre du Compartiment concerné prise à la majorité simple des actions présentes ou représentées et votant à ladite assemblée, qui pourra délibérer sans exigence de quorum. Au cas où cette fusion aurait lieu avec un organisme de placement collectif de droit luxembourgeois de type contractuel (fonds commun de placement) ou avec un organisme de placement collectif de droit étranger, les résolutions prises par l'assemblée ne lieront que les actionnaires qui ont voté en faveur de la fusion.

Art. 27. Année Sociale. L'année sociale de la Société commence le 1er janvier de chaque année et se termine le 31 décembre de la même année.

Art. 28. Distributions. Sur proposition du conseil d'administration et dans les limites légales, l'assemblée générale des actionnaires de la (des) catégorie(s) d'actions émise(s) au titre d'un Compartiment pourra déterminer l'affectation des résultats de ce Compartiment et pourra périodiquement déclarer ou autoriser le conseil d'administration à déclarer des distributions.

Pour toute catégorie d'actions donnant droit à des distributions, le conseil d'administration peut décider de payer des dividendes intérimaires, en respectant les conditions prévues par la loi.

Les paiements de distributions aux porteurs d'actions nominatives seront effectués à tels actionnaires à leurs adresses indiquées dans le registre des actionnaires. Les paiements de distributions aux détenteurs d'actions au porteur seront effectués sur présentation du coupon de dividende à l'agent ou aux agents désigné(s) à cette fin par la Société.

Les distributions pourront être payées en toute monnaie choisie par le conseil d'administration et aux temps et heures qu'il appréciera.

Le conseil d'administration pourra décider de distribuer des dividendes d'actions au lieu de dividendes en espèces en respectant les modalités et les conditions déterminées par le conseil d'administration.

Toute distribution déclarée qui n'aura pas été réclamée par son bénéficiaire dans les cinq ans à compter de son attribution, ne pourra plus être réclamée et reviendra au Compartiment correspondant à la (aux) catégorie(s) d'actions concernée(s).

Aucun intérêt ne sera payé sur le dividende déclaré par la Société et conservé par elle à la disposition de son bénéficiaire.

Titre V. - Dispositions finales

Art. 29. Dépositaire. Dans la mesure requise par la loi, la Société conclura un contrat de dépôt avec un établissement bancaire ou d'épargne au sens de la loi du 5 avril 1993 relative au secteur financier (ci-après le «Dépositaire»).

Le Dépositaire aura les pouvoirs et charges tels que prévus par la Loi de 2002.

Si le Dépositaire désire se retirer, le conseil d'administration s'efforcera de trouver un remplaçant endéans les deux mois de l'opposabilité d'un tel retrait. Le conseil d'administration peut dénoncer le contrat de dépôt mais ne pourra révoquer le Dépositaire que si un remplaçant a été trouvé.

Art. 30. Dissolution de la Société. La Société peut en tout temps être dissoute par décision de l'assemblée générale statuant aux conditions de quorum et de majorité prévues à l'article 32 ci-dessous.

La question de la dissolution de la Société doit de même être soumise par le conseil d'administration à l'assemblée générale lorsque le capital social est devenu inférieur aux deux tiers du capital minimum tel que prévu à l'article 5 des présents Statuts. L'assemblée générale délibère sans exigence de quorum et décide à la majorité simple des actions représentées à l'assemblée.

La question de la dissolution de la Société doit en outre être soumise par le conseil d'administration à l'assemblée générale chaque fois que le capital social est devenu inférieur au quart du capital minimum fixé à l'article 5 des présents Statuts; dans ce cas, l'assemblée délibère sans exigence de quorum et la dissolution peut être prononcée par les actionnaires possédant un quart des actions représentées à l'assemblée.

La convocation doit se faire de façon à ce que l'assemblée soit tenue dans le délai de quarante jours à partir de la constatation que l'actif net de la Société est devenu inférieur aux deux tiers respectivement au quart, du capital minimum.

Art. 31. Liquidation. La liquidation s'opérera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales qui n'ont pas besoin d'être actionnaires, nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui détermine leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Art. 32. Modifications des Statuts. Les présents Statuts pourront être modifiés par une assemblée générale des actionnaires statuant aux conditions de quorum et de majorité requises par la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, telle que modifiée, à moins que d'autres conditions de quorum et de majorité aient été prévus de manière spécifique pour l'amendement de certains articles.

Art. 33. Déclaration. Les mots, bien qu'écrits au masculin englobent également le genre féminin, les mots «personnes» ou «actionnaires» englobent également les sociétés, associations et tout autre groupe de personnes constitué ou non sous forme de société ou d'association.

Art. 34. Loi Applicable. Pour tous les points non spécifiés dans les présents Statuts, les parties se réfèrent et se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales ainsi qu'à la Loi de 2002, telles que ces lois ont été ou seront modifiées par la suite.

Art. 35. Définitions. Les termes utilisés dans les présents Statuts doivent être interprétés tels qu'ils sont définis dans le prospectus de la Société, à moins que le contexte ne le requière autrement.

Dispositions Transitoires

1) Le premier exercice social commencera le jour de la constitution de la Société et se terminera le 31 décembre 2007.

2) La première assemblée générale annuelle se tiendra en avril 2008.

Souscriptions et Paiements

Le capital social de la Société est souscrit comme indiqué ci-dessous:

1) STICHTING TRIODOS HOLDING, pré-qualifiée, souscrit pour une (1) action, résultant en un paiement de vingt-cinq euros (25,- EUR);

2) TRIODOS FONDS MANAGEMENT B.V., pré-qualifiée, souscrit pour onze mille neuf cent quatre-vingt-dix-neuf (11.999,-) actions, résultant en un paiement de deux cent quatre-vingt-dix-neuf mille neuf cent soixante-quinze euros (299.975,- EUR).

La preuve des paiements ci-dessus, totalisant trois cent mille euros (300.000,- EUR) a été donnée au notaire instrumentant qui le reconnaît.

Les comparants ont déclaré qu'à la suite de la création par le conseil d'administration des diverses classes d'actions et Compartiments, conformément aux présents Statuts, ils choisiront la ou les classes d'actions et le(s) Compartiment(s) auxquels les actions souscrites à ce jour appartiendront.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi modifiée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, et déclare expressément qu'elles sont remplies.

Frais

Les frais qui seront supportées par la Société en raison de la constitution sont estimés approximativement à EUR 7.000,-.

Assemblée générale des actionnaires

Les parties comparantes ci-dessus, représentant la totalité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoqué, ont immédiatement constitué une assemblée générale et ont pris les résolutions suivantes:

I. Sont nommés administrateurs pour un mandat qui prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle des actionnaires qui délibérera sur les comptes annuels arrêtés au 31 décembre 2007:

Président:

- Odilon de Groote, Independent, demeurant professionnellement à B-9320 Nieuwerkerken, Papestraat, 3,

Membres:

- Pierre Aeby, CFO of TRIODOS BANK, demeurant professionnellement à NL-3700 AB Zeist, Utrechtseweg 60,
- Olivier Marquet, managing director, TRIODOS BANK BELGIUM, demeurant à B-2600 Anvers, Hof ter Schrieklaan 53,
- Frans de Clerck, Advisor to the Executive Board of TRIODOS BANK, demeurant à B-9890 Gavere, Baaigemstraat 306,
- Patrick Goodman, Independent, demeurant à L-3373 Leudelange, 16, Domaine Schmiseleck,
- Jean-Paul Parmentier, Independent, CFO of ETHIAS, demeurant à B-3000 Leuven, Philipslaan 58,
- Joan Sebastiaan Rüter, Managing Director of TRIODOS FONDS MANAGEMENT, demeurant à NL-1017 EV Amsterdam, Keizersgracht 696.

II. Est nommé réviseur d'entreprises agréé pour un mandat qui prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle des actionnaires qui délibérera sur les comptes annuels arrêtés au 31 décembre 2007: KPMG AUDIT, S.à r.l., 31, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 103590.

III. L'adresse de la Société est fixée au 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg.

Le notaire instrumentant qui comprend et parle la langue anglaise constate que, à la requête des parties comparantes, les présents Statuts sont rédigés en langue anglaise et sont suivis d'une version française et, en cas de divergences entre la version anglaise et la version française, la version anglaise fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

L'acte ayant été remis aux fins de lecture aux comparants, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: et G. Schneider et H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 22 septembre 2006, vol. 438, fol. 23, case 12. – Reçu 1.250 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 25 septembre 2006.

H. Hellinckx.

(103437.3/242/1667) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 septembre 2006.

NORDEA 1, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2220 Findel, 672, rue de Neudorf.

R. C. Luxembourg B 31.442.

NORDEA 3, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2220 Findel, 672, rue de Neudorf.

R. C. Luxembourg B 27.410.

MERGER PROPOSAL

In the year two thousand and six, on the first day of September.

Before Maître Paul Frieders, notary residing in Luxembourg.

There appeared:

1) NORDEA 1, SICAV, a Luxembourg Société d'Investissement à Capital Variable, with its registered office at 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel here represented by Mr Christophe Girondel, Deputy Managing Director, residing in Mamer, Grand Duchy of Luxembourg, and Mrs Andrea Martin, Deputy Manager, residing in Konz, Germany, pursuant to a circular resolution of the board of directors of said company dated 2 August 2006, the Absorbing Company,

2) NORDEA 3, SICAV, a Luxembourg Société d'Investissement à Capital Variable, with its registered office at 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel, here represented by Mr Christophe Girondel, Deputy Managing Director, residing in

Mamer, Grand-Duchy of Luxembourg, and Mrs Andrea Martin, Deputy Manager, residing in Konz, Germany, pursuant to a circular resolution of the board of directors of said company dated 2 August 2006, the Absorbed Company.

A copy of the aforesaid circular resolutions, after having been signed ne varietur by the appearing parties and the undersigned notary, shall remain attached to the present deed to be filed with it with the registration authorities.

The appearing parties requested the undersigned notary to establish the following merger proposal (the «Merger Proposal») as agreed by the Board of Directors of both NORDEA 1, SICAV and NORDEA 3, SICAV, being referred to herein collectively as the merging companies.

1. Presentation of the merging companies

1.1 NORDEA 1, SICAV

NORDEA 1, SICAV (hereinafter NORDEA 1) is a Luxembourg Société d'Investissement à Capital Variable (SICAV) with multiple compartments, governed by part I of the Luxembourg law dated 20 December 2002 on undertakings for collective investment (the «2002 Law»), having its registered office at 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel and registered with the Luxembourg Trade and Companies Register under number B 31442.

NORDEA 1 comprises the following sub-funds, the investment objectives and policies of which are described in the prospectus of NORDEA 1 dated July 2006.

Equity sub-funds:

Nordea 1 - Japanese Value Fund
 Nordea 1 - European Value Fund
 Nordea 1 - Far Eastern Value Fund
 Nordea 1 - North American Value Fund
 Nordea 1 - Global Value Fund
 Nordea 1 - Danish Equity Fund
 Nordea 1 - Swedish Equity Fund
 Nordea 1 - Norwegian Equity Fund
 Nordea 1 - Finnish Equity Fund
 Nordea 1 - Nordic Equity Fund
 Nordea 1 - Central & Eastern European Equity Fund
 Nordea 1 - European Stable Equity Fund
 Nordea 1 - European Equity Fund
 Nordea 1 - Japanese Equity Fund
 Nordea 1 - Far Eastern Equity Fund
 Nordea 1 - North American Equity Fund
 Nordea 1 - Global Core Equity Fund (*)
 Nordea 1 - Global Equity Fund (*)
 Nordea 1 - IT Fund
 Nordea 1 - Biotech Fund

Bond sub-funds:

Nordea 1 - Danish Bond Fund
 Nordea 1 - Danish Mortgage Bond Fund
 Nordea 1 - Danish Long Bond Fund
 Nordea 1 - Swedish Bond Fund
 Nordea 1 - Norwegian Bond Fund
 Nordea 1 - Sterling Bond Fund
 Nordea 1 - Euro Bond Fund
 Nordea 1 - European High Yield Bond Fund
 Nordea 1 - Dollar Bond Fund
 Nordea 1 - Emerging Markets Bond Fund
 Nordea 1 - Global Bond Fund (DKK)
 Nordea 1 - Global Bond Fund (EUR) (*)

Absolute Return sub-funds:

Nordea 1 - Absolute Return Fund (*)

Reserve sub-funds:

Nordea 1 - Danish Kroner Reserve
 Nordea 1 - Swedish Kroner Reserve
 Nordea 1 - Norwegian Kroner Reserve
 Nordea 1 - Euro Reserve
 Nordea 1 - US-Dollar Reserve

The shares of the sub-funds marked with a (*) are concerned by the Merger Proposal.

Class B shares (accumulating shares) are available and sub-divided into BP-shares (for private investors) or BI-shares (for institutional investors). Class A shares (distributing shares) are available and sub-divided into AP-shares (for private investors).

1.2 NORDEA 3, SICAV

NORDEA 3, SICAV (hereinafter NORDEA 3) is a Luxembourg Société d'Investissement à Capital Variable (SICAV) with multiple compartments, governed by part I of the Luxembourg law dated 30 March 1988 (the «1988 Law»), having its registered office at 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel and registered with the Luxembourg Trade and Companies Register under number B 27.410.

NORDEA 3 comprises the following sub-funds, the investment objectives and policies of which are described in the prospectus of NORDEA 3 dated March 2006.

Equity sub-funds:

Nordea 3 - International Equity Fund
 Nordea 3 - Pro Global Equity Fund

Bond sub-funds:

Nordea 3 - International Bond Fund

Balanced sub-funds:

Nordea 3 - Private Fund

The shares of the sub-funds concerned by the Merger Proposal are issued as

- Class A shares as sub-divided into A, whereas class A shares are accumulating shares, and
 - Class B shares as sub-divided into B, whereas class B shares are distributing shares.

2. Merger

2.1. Merger process

The merger of NORDEA 3 into NORDEA 1 shall be effected by contributing all assets and liabilities of its four sub-funds to existing sub-funds of NORDEA 1, and more precisely:

Absorbed Company

NORDEA 3 sub-fund

A = accumulating shares

B = distributing shares

(EUR)

into Absorbing Company

NORDEA 1 sub-fund

A = distributing shares; B = accumulating shares

P = Private shares; I = Institutional shares

(Base Currency)

International Bond Fund A	Global Bond Fund (EUR) BP
International Bond Fund B	Global Bond Fund (EUR) AP
International Equity Fund A	Global Equity Fund BP
International Equity Fund B	Global Equity Fund AP
Pro Global Equity Fund A	Global Core Equity Fund BI
Pro Global Equity Fund B	Global Core Equity Fund BI
Private Fund A	Absolute Return Fund BP
Private Fund B	Absolute Return Fund AP

In conformity with Article 266 (1) of the Luxembourg law on commercial companies dated 10 August 1915, as amended (the «1915 Law»), the merging companies have filed a joint request to the President of the 2nd Chamber of the Tribunal d'Arrondissement in the district where the Absorbing Company has its registered office requesting him to appoint the same independent expert for the two merging companies.

KPMG AUDIT, S.à r.l. is proposed as the independent expert for the purpose of establishing a report prepared in accordance with article 266 of the 1915 Law, the merger proposal between NORDEA 3 and NORDEA 1.

On the date of effect anticipated to be 1 January 2007 (the «Effective Date»), or such other day as shall be decided by the extraordinary general meeting of shareholders of NORDEA 3 and subject to one or several shareholders of NORDEA 1 holding at least five percent (5%) of the outstanding shares requesting the convening of an extraordinary general meeting of shareholders pursuant to Article 264 of the 1915 Law, NORDEA 3, in pursuance of Article 259 of the 1915 Law, shall transfer all its assets and liabilities to NORDEA 1 in particular NORDEA 3 - International Bond Fund into NORDEA 1 - Global Bond Fund (EUR), NORDEA 3 - International Equity Fund into NORDEA 1 - Global Equity Fund, NORDEA 3 - Private Fund into NORDEA 1 - Absolute Return Fund and NORDEA 3 - Pro Global Equity Fund into NORDEA 1 - Global Core Equity Fund.

The above-mentioned transfer of the assets and liabilities from NORDEA 3 into NORDEA 1 shall include the profits to be distributed of NORDEA 3 for the financial year ending 31 December 2006, meaning that these NORDEA 3 profits to be distributed will not be paid out by NORDEA 3, but will be, as revenues, accumulated in the NORDEA 3 distributing share classes, as such be accumulated in the merger-relevant net asset value and, consequently, be paid to the NORDEA 3 shareholder through the merger ratio.

In exchange for the transfer, NORDEA 1 shall on the Effective Date issue registered shares without par value to the shareholders of NORDEA 3 (the «New Shares») according to the exchange ratio to be determined on 31 December 2006. The term «exchange ratio» means the number of New Shares in the Absorbing Company that the shareholders will receive for one share of the Absorbed Company. The merger ratio will be determined on the basis of the net asset value (the «Net Asset Value») of the respective sub-funds / share classes / share sub-classes of NORDEA 3 and NORDEA 1 as of 31 December 2006, and subsequently, shortly after Effective Date, be published.

Institutional shareholders of NORDEA 3 holding accumulation shares (A-shares) shall receive shares of the accumulating share class for institutional investors (BI-shares). Institutional shareholders of NORDEA 3 holding distributing shares (B-shares) shall receive shares of the accumulating share class for institutional investors (BI-shares).

Private shareholders of NORDEA 3 holding accumulation shares shall receive shares of the accumulating share class for private investors issued in NORDEA 1 (BP-shares). Private shareholders of NORDEA 3 holding distributing shares shall receive shares of the distributing share class for private investors issued in NORDEA 1 (AP-shares).

As per the Effective Date, all assets and liabilities of NORDEA 3 shall be transferred into NORDEA 1 as follows: NORDEA 3 - International Bond Fund into NORDEA 1 - Global Bond Fund (EUR), NORDEA 3 - International Equity Fund into NORDEA 1 - Global Equity Fund, NORDEA 3 - Private Fund into NORDEA 1 - Absolute Return Fund and NORDEA 3 - Pro Global Equity Fund into NORDEA 1 - Global Core Equity Fund, and for accounting purposes, all operations of NORDEA 3 will be considered as accomplished for the account of NORDEA 1 as of the Effective Date.

As a result of the Merger, NORDEA 3 shall ipso jure cease to exist and all its shares in issue shall be cancelled.

The shareholders of NORDEA 3 shall automatically be registered in the share register of NORDEA 1 and share confirmations relating to the New Shares shall be sent out to the respective former shareholders of NORDEA 3.

As from the Effective Date the former shareholders of NORDEA 3 shall in all respects have the same rights as those attributed to shareholders in NORDEA 1 and in particular as to their voting rights and as to their entitlement to benefits.

No shareholder of neither NORDEA 1 nor NORDEA 3 will benefit from any special rights and no other security will be issued except the New Shares.

With the exception of a normal remuneration granted to the independent expert and to the merging companies' auditors for their services rendered, no special benefit will be given to a) the independent expert appointed in accordance with Article 266 (1) of the 1915 Law or b) to the board of directors or c) to the auditors of the merging companies.

The following documents are made available free of charge to the shareholders at the registered office one month prior to the extraordinary shareholders meeting:

- (i) the Merger Proposal;
- (ii) the annual accounts and the Board of Directors' report of NORDEA 3 at 31 December 2005, 31 December 2004, 31 December 2003 and semi-annual accounts as of 30 June 2006;
- (iii) the annual accounts and the Board of Directors' report of NORDEA 1 at 31 December 2005, 31 December 2004, 31 December 2003 and semi-annual accounts as of 30 June 2006;
- (iv) the report of the Board of Directors of NORDEA 3 and NORDEA 1 in accordance with Article 267 of the 1915 Law;
- (v) the special report of the independent expert appointed by the joint request of NORDEA 3 and NORDEA 1;
- (vi) the prospectus of NORDEA 1.

An extraordinary general meeting of the shareholders of NORDEA 3 will be convened for 6 November 2006 in order to approve the merger. In case no quorum is obtained, a second extraordinary general meeting of the shareholders of NORDEA 3 shall be convened for 21 December 2006 in order to approve the merger.

In accordance with Article 264 of the 1915 Law, one or several shareholders of NORDEA 1, representing at least five percent (5%) of the share capital of NORDEA 1 have the right to require until the day after the extraordinary general meeting of the shareholders of NORDEA 3, the convening of an extraordinary general meeting of the shareholders of NORDEA 1 in order to approve the merger.

The extraordinary general meeting(s) can only deliberate validly if the requirements concerning quorum and presence foreseen by the 1915 Law (Article 67-1 and Article 68), are fulfilled.

Shareholders of NORDEA 3 who do not agree with this Merger Proposal have the right to request the redemption of their shares without any charges from 21 November 2006 to 21 December 2006 included.

Until 21 December 2006 before 12:00 noon (Luxembourg) time, subscription, redemption and conversion requests from shareholders of NORDEA 3 will continue to be accepted. Thereafter, subscriptions and redemption will be suspended until Effective date.

The Net Asset Value per share in NORDEA 3 will be calculated on 31 December 2006 for the last time. Currency conversions shall be made on the basis of the relevant exchange rates applicable on Effective Date of the merger.

The financial year of NORDEA 1 ends on 31 December each year, and the annual general meeting of the shareholders is on 15 March at 11.00 CET each year or the first following working day thereafter if the 15 March is not a working day.

The auditor of NORDEA 1 is KPMG AUDIT, S.à r.l., 31, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg.

The expenses, costs, fees and charges of any kind whatsoever relating to the merger (the «Expenses») are estimated at seventy five thousand euro (EUR 75,000.-) and shall be borne by NORDEA 3. According provisions of the Expenses have been made in the NORDEA 3 sub-funds. However, should the Expenses exceed the estimated amount, the NORDEA 1 sub-funds which are concerned by the merger will amortise the Expenses over a period of 5 (five) years on a pro rata basis.

This Merger Proposal has been approved by the respective Board of Directors of NORDEA 3 and NORDEA 1 on 2 August 2006.

The undersigned notary certifies the legality of the present proposal of merger pursuant to the provisions of Article 271(2) of the law on commercial companies.

The undersigned notary, who speaks and understands English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French version; on the request of the same appearing persons and in case of any divergences between the English and the French text, the English version will be prevailing.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the date named at the beginning of this document.

The document having been read to the persons appearing, known to the notary by surnames, given names, civil status and residences, the said persons appearing signed together with the notary, the present deed.

Follows the French version:

L'an deux mille six, le premier septembre.

Par-devant Maître Paul Frieders, notaire de résidence à Luxembourg.

Ont comparu:

1) NORDEA 1, SICAV, une société d'investissement à capital variable luxembourgeoise, ayant son siège social au 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel, représentée par Monsieur Christophe Girondel, Deputy Managing Director, résidant à Mamer, Grand-Duché de Luxembourg, et Madame Andrea Martin, Deputy Manager, résidant à Konz, Allemagne, en vertu d'une résolution circulaire du conseil d'administration de ladite société prise en date du 2 août 2006, la Société Absorbante,

2) NORDEA 3, SICAV, une société d'investissement à capital variable luxembourgeoise, ayant son siège social au 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel, représentée par Monsieur Christophe Girondel, Deputy Managing Director, résidant à Mamer, Grand-Duché de Luxembourg, et Madame Andrea Martin, Deputy Manager, résidant à Konz, Allemagne, en vertu d'une résolution circulaire du conseil d'administration de ladite société prise en date du 2 août 2006, la Société Absorbée,

Copies desdites résolutions circulaires, après avoir été signées ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, resteront attachées au présent acte afin d'être enregistrées avec ledit acte auprès des administrations compétentes.

Les parties comparantes ont prié le notaire soussigné d'acter comme suit le projet de fusion (le «Projet de Fusion») sur lequel se sont mis d'accord les conseils d'administration de NORDEA 1, SICAV et NORDEA 3, SICAV, collectivement désignées les sociétés fusionnantes.

1. Désignation des Sociétés fusionnantes.

1.1 NORDEA 1, SICAV

NORDEA 1, SICAV (ci-après «NORDEA 1») est une société d'investissement à capital variable (SICAV) luxembourgeoise, à compartiments multiples, régie par la partie I de la loi du 20 décembre 2002 relative aux organismes de placement collectif (la «Loi de 2002»), ayant son siège social au 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 31.442.

NORDEA 1 comprend les compartiments suivants, dont les objectifs et politiques d'investissement sont décrits dans le prospectus de NORDEA 1^{er} de juillet 2006.

Compartiments actions:

Nordea 1 - Japanese Value Fund

Nordea 1 - European Value Fund

Compartiments obligataires:

Nordea 1 - Danish Bond Fund

Nordea 1 - Danish Mortgage Bond Fund

Nordea 1 - Far Eastern Value Fund	Nordea 1 - Danish Long Bond Fund
Nordea 1 - North American Value Fund	Nordea 1 - Swedish Bond Fund
Nordea 1 - Global Value Fund	Nordea 1 - Norwegian Bond Fund
Nordea 1 - Danish Equity Fund	Nordea 1 - Sterling Bond Fund
Nordea 1 - Swedish Equity Fund	Nordea 1 - Euro Bond Fund
Nordea 1 - Norwegian Equity Fund	Nordea 1 - European High Yield Bond Fund
Nordea 1 - Finnish Equity Fund	Nordea 1 - Dollar Bond Fund
Nordea 1 - Nordic Equity Fund	Nordea 1 - Emerging Markets Bond Fund
Nordea 1 - Central & Eastern European Equity Fund	Nordea 1 - Global Bond Fund (DKK)
Nordea 1 - European Stable Equity Fund	Nordea 1 - Global Bond Fund (EUR) (*)
Nordea 1 - European Equity Fund	<i>Compartiments «Absolute return»:</i>
Nordea 1 - Japanese Equity Fund	Nordea 1 - Absolute Return Fund (*)
Nordea 1 - Far Eastern Equity Fund	<i>Compartiments «Reserve»:</i>
Nordea 1 - North American Equity Fund	Nordea 1 - Danish Kroner Reserve
Nordea 1 - Global Core Equity Fund (*)	Nordea 1 - Swedish Kroner Reserve
Nordea 1 - Global Equity Fund (*)	Nordea 1 - Norwegian Kroner Reserve
Nordea 1 - IT Fund	Nordea 1 - Euro Reserve
Nordea 1 - Biotech Fund	Nordea 1 - US-Dollar Reserve

Les Actions des compartiments marqués d'un (*) sont concernées par le Projet de Fusion.

Des Actions de classe B (actions de capitalisation) sont disponibles et subdivisées en Actions BP (pour investisseurs privés) ou en Actions BI (pour investisseurs institutionnels). Des Actions de classe A (actions de distribution) sont disponibles et subdivisées en Actions AP (pour investisseurs privés).

1.2 NORDEA 3, SICAV

NORDEA 3, SICAV (ci-après NORDEA 3) est une société d'investissement à capital variable (SICAV) luxembourgeoise, à compartiments multiples, régie par la partie I de la loi du 30 mars 1988 (la «Loi de 1988»), ayant son siège social au 672, rue de Neudorf, L-2220 Findel, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 27.410.

NORDEA 3 comprend les compartiments suivants, dont les objectifs et politiques d'investissement sont décrits dans le prospectus de NORDEA 3 de mars 2006.

Compartiments actions:	Compartiments obligataires:	Compartiments mixtes:
Nordea 3 - International Equity Fund	Nordea 3 - International Bond Fund	Nordea 3 - Private Fund
Nordea 3 - Pro Global Equity Fund		

Les Actions des compartiments concernés par le Projet de Fusion sont subdivisées en:

- Actions de classe A de capitalisation, et
- Actions de classe B de distribution.

2. Fusion

2.1. Procédure de fusion

La fusion de NORDEA 3 dans NORDEA 1 s'effectuera par apport de tous les actifs et passifs des quatre compartiments de cette dernière aux compartiments existants de NORDEA 1, et plus précisément:

Société Absorbée	au sein de	Société Absorbante
Compartiment de NORDEA 3		COMPARTIMENT DE NORDEA 1
A = actions de capitalisation		A = actions de distribution; B = actions de capitalisation
B = actions de distribution (EUR)		P = actions «Private»; I = actions «Institutional»
International Bond Fund A		(devise de référence)
International Bond Fund B		Global Bond Fund (EUR) BP
International Equity Fund A		Global Bond Fund (EUR) AP
International Equity Fund B		Global Equity Fund BP
Pro Global Equity Fund A		Global Equity Fund AP
Pro Global Equity Fund B		Global Core Equity Fund BI
Private Fund A		Global Core Equity Fund BI
Private Fund B		Absolute Return Fund BP
		Absolute Return Fund AP

Conformément à l'article 266 (1) de la loi luxembourgeoise sur les sociétés commerciales du 10 août 1915, telle que modifiée (la «Loi de 1915»), les sociétés fusionnantes ont introduit une requête jointe au Président de la 2^e Chambre du Tribunal d'Arrondissement du district dans lequel la Société Absorbante a son siège social, lui demandant de nommer le même expert indépendant pour les deux sociétés fusionnantes.

KPMG AUDIT, S.à r.l. est proposée comme expert indépendant afin d'établir un rapport élaboré conformément à l'Article 266 de la Loi de 1915 sur la proposition de fusion entre NORDEA 3 et NORDEA 1.

A la date d'effet prévue pour être le 1^{er} janvier 2007 (la «Date Effective») ou à toute autre date fixée par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de NORDEA 3 et à moins qu'un ou plusieurs actionnaires de NORDEA 1 détenant au moins cinq pour cent (5%) des actions en circulation ne demandant la convocation d'une assemblée générale

extraordinaire des actionnaires conformément à l'article 264 de la Loi de 1915, NORDEA 3, suivant l'article 259 de la Loi de 1915, apportera tous ses actifs et passifs à NORDEA 1, en particulier Nordea 3 - International Bond Fund à NORDEA 1 - Global Bond Fund (EUR), NORDEA 3 - International Equity Fund à NORDEA 1 - Global Equity Fund, NORDEA 3 - Private Fund à NORDEA 1 - Absolute Return Fund et NORDEA 3 - Pro Global Equity Fund à NORDEA 1 - Global Core Equity Fund.

Le transfert susmentionné des actifs et passifs de NORDEA 3 dans NORDEA 1 devra inclure les revenus de NORDEA 3 à distribuer au titre de l'exercice social clos le 31 décembre 2006. Par conséquent, les revenus à distribuer ne seront pas payés par NORDEA 3, mais plutôt capitalisés et reflétés dans la Valeur Nette d'Inventaire des catégories d'actions de distribution de NORDEA 3 utilisée pour calculer le coefficient de fusion.

En contrepartie du transfert, NORDEA 1 devra, à la Date Effective, émettre des actions nominatives sans mention de valeur aux actionnaires de NORDEA 3 (les «Nouvelles Actions») sur la base d'un coefficient de conversion qui sera déterminé le 31 décembre 2006. L'expression «Coefficient de conversion» désigne le nombre de Nouvelles Actions de la Société Absorbante que les actionnaires recevront en échange d'une action de la Société Absorbée. Ledit coefficient sera déterminé sur la base des Valeurs Nettes d'Inventaire des compartiments et/ou (sous-)classes d'actions concerné(e)s de NORDEA 3 et NORDEA 1 déterminées au 31 décembre 2006, et sera publié peu après la Date Effective.

Les actionnaires institutionnels détenant des actions de capitalisation (actions A) de NORDEA 3 recevront des actions BI de capitalisation. Les actionnaires institutionnels détenant des actions de distribution (actions B) de NORDEA 3 recevront également des actions BI de capitalisation.

Les particuliers détenant des actions de capitalisation de NORDEA 3 recevront des actions BP de capitalisation au sein de NORDEA 1. Les particuliers détenant des actions de distribution de NORDEA 3 recevront des actions AP de distribution au sein de NORDEA 1.

A la Date Effective, tous les actifs et passifs de NORDEA 3 seront transférés dans NORDEA 1 comme suit: Nordea 3 - International Bond Fund au sein de NORDEA 1 - Global Bond Fund (EUR), 3 - International Equity Fund au sein de NORDEA 1 - Global Equity Fund, NORDEA 3 - Private Fund au sein de NORDEA 1 - Absolute Return Fund et NORDEA 3 - Pro Global Equity Fund au sein de NORDEA 1 - Global Core Equity Fund, et d'un point de vue comptable, toutes les opérations de NORDEA 3 seront considérées comme accomplies pour le compte de NORDEA 1 à la Date Effective.

Au terme de l'opération de Fusion, NORDEA 3 cessera d'exister ipso jure et toutes ses actions en circulation seront annulées.

Les actionnaires de NORDEA 3 seront automatiquement inscrits dans le registre des actionnaires de NORDEA 1 et des confirmations d'inscription relatives aux Nouvelles Actions seront envoyées aux anciens actionnaires respectifs de NORDEA 3.

A partir de la Date Effective les anciens actionnaires de NORDEA 3 bénéficieront à tous égards des mêmes droits que ceux conférés aux actionnaires de NORDEA 1, en particulier en ce qui concerne leurs droits de vote ainsi que leurs droits aux bénéfices.

Aucun actionnaire de NORDEA 1 ou NORDEA 3 ne bénéficiera de droits spéciaux et aucun titre ne sera émis à l'exception des Nouvelles Actions.

A l'exception d'une rémunération normale octroyée à l'expert indépendant et aux réviseurs d'entreprises des sociétés fusionnantes pour leurs prestations, aucun avantage particulier ne sera attribué à a) l'expert indépendant désigné conformément à l'Article 266(1) de la Loi de 1915, b) au conseil d'administration ou c) aux réviseurs d'entreprises des sociétés fusionnantes.

Les documents suivants sont mis gratuitement à la disposition des actionnaires au siège social un mois avant l'assemblée générale extraordinaire:

- (i) Le projet de Fusion;
- (ii) Les comptes annuels et les rapports des Administrateurs de NORDEA 3 au 31 décembre 2005, 31 décembre 2004 et 31 décembre 2003, ainsi que les comptes semestriels clôturés au 30 juin 2006;
- (iii) Les comptes annuels et les rapports des Administrateurs de NORDEA 1 au 31 décembre 2005, 31 décembre 2004 et 31 décembre 2003, ainsi que les comptes semestriels clôturés au 30 juin 2006;
- (iv) Les rapports des Administrateurs de NORDEA 3 et NORDEA 1 conformément à l'Article 267 de la Loi de 1915;
- (v) Le rapport spécial de l'expert indépendant désigné par la requête conjointe de NORDEA 3 et NORDEA 1;
- (vi) Le prospectus de NORDEA 1.

Une assemblée générale extraordinaire des actionnaires de NORDEA 3 sera convoquée pour le 6 novembre 2006 afin d'approuver la fusion. Au cas où le quorum ne serait pas atteint, une seconde assemblée générale extraordinaire des actionnaires de NORDEA 3 sera convoquée pour le 21 décembre 2006 aux mêmes fins.

Conformément à l'article 264 de la Loi de 1915, un ou plusieurs actionnaires de NORDEA 1, disposant d'au moins cinq pour cent (5%) du capital social de NORDEA 1 ont le droit de demander jusqu'au lendemain de la tenue de l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de NORDEA 3, la convocation d'une assemblée générale extraordinaire des actionnaires de NORDEA 1 afin d'approuver la fusion.

L'(les) assemblée(s) générale(s) extraordinaire(s) ne délibérera(ont) valablement que si les conditions de quorum et de présence requises par la Loi de 1915 (article 67-1 et article 68) sont remplies.

Tout actionnaire de NORDEA 3 qui ne s'accommode pas du Projet de Fusion a le droit de demander le rachat de ses actions sans frais du 21 novembre 2006 au 21 décembre 2006 inclus.

Jusqu'au 21 décembre 2006 à 12.00 heures (heure de Luxembourg), les demandes de souscription, de rachat et de conversion émanant des actionnaires de NORDEA 3 continueront d'être acceptées. Ensuite, les souscriptions et les rachats seront suspendus jusqu'à la Date Effective.

La Valeur Nette d'Inventaire par action dans NORDEA 3 sera calculée le 31 décembre 2006 pour la dernière fois. La conversion des devises sera effectuée sur la base des taux de change correspondants applicables à la Date Effective de la fusion.

L'exercice social de NORDEA 1 se termine le 31 décembre de chaque année, et l'assemblée générale annuelle des actionnaires se tient chaque année le 15 mars à 11.00 heures (heure de Luxembourg), ou le premier jour ouvrable suivant si le 15 mars n'est pas un jour ouvré.

Le réviseur d'entreprises de NORDEA 1 est KPMG AUDIT, S.à r.l., 31, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg.

L'ensemble des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, relatifs à la fusion (les «Frais») est évalué à soixante quinze mille euros (75.000,- EUR). Ceux-ci seront supportés par NORDEA 3 et des provisions ont été constituées en conséquence au titre de ses compartiments. Toutefois, si lesdits frais devaient s'avérer supérieurs au montant de l'estimation, les compartiments de NORDEA 1 concernés par la fusion les amortiront au pro rata sur une période de 5 (cinq) années.

Ce Projet de Fusion a été approuvé séparément par les conseils d'administration de NORDEA 3 et NORDEA 1 le 2 août 2006.

Le notaire soussigné certifie la conformité de la présente proposition de fusion avec les dispositions de l'Article 271(2) de la loi sur les sociétés commerciales.

Le notaire soussigné, qui comprend et parle l'anglais, déclare que sur la demande des comparants, le présent acte est rédigé en anglais suivi d'une version française; à la demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise fera foi.

Dont acte notarié, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire instrumentaire par nom, prénom, état et demeure, lesdits comparants ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: C. Girondel, A. Martin, P. Frieders.

Enregistré à Luxembourg, le 8 septembre 2006, vol. 155S, fol. 35, case 10. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée sur papier libre, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 septembre 2006.

P. Frieders.

(102747.2/212/366) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2006.

SALVIA EUROPE S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 16, allée Marconi.

R. C. Luxembourg B 66.133.

Le bilan au 31 décembre 2005, enregistré à Luxembourg, le 31 juillet 2006, réf. LSO-BS11220, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

FIDUCIAIRE CONTINENTALE S.A.

Signature

(084129.3//11) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

ARCELOR COMMERCIAL FCSE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2930 Luxembourg, 19, avenue de la Liberté.

R. C. Luxembourg B 2.050.

Les comptes annuels au 31 décembre 2005, enregistrés à Luxembourg, le 7 août 2006, réf. LSO-BT02227, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

(084238.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

S.A.B. LUX, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2310 Luxembourg, 98, avenue Pasteur.

R. C. Luxembourg B 102.090.

Le bilan au 31 décembre 2005, enregistré à Luxembourg, le 7 août 2006, réf. LSO-BT02459, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 10 août 2006.

Signature.

(084255.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

TOPLINE SERVICES S.A., Société en Commandite par Actions.

Siège social: L-5445 Schengen, 1A, route du Vin.

R. C. Luxembourg B 118.166.

—
STATUTS

L'an deux mille six, le douze juillet.

Par-devant Maître Roger Arrensdorff, notaire de résidence à Mondorf-les-Bains, soussigné.

Ont comparu:

1. La société CIEL-LINE, S.à r.l., établie et ayant son siège à L-5445 Schengen, 26A, route du Vin, inscrite au Registre du Commerce et des Sociétés sous le numéro B 113.270, constituée suivant acte du notaire Roger Arrensdorff de Mondorf-les-Bains, en date du 21 décembre 2005, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, numéro 697 du 5 avril 2006,

ici représentée par son gérant, Herman Swannet, employé privé, demeurant à L-5445 Schengen, 1A, route du Vin, nommé à ces fonctions lors de l'assemblée générale extraordinaire consécutive à la constitution de la société, habilité à engager la société par sa seule signature, agissant sur base de l'article 7 des statuts.

2. Monsieur Marc Lemmers, employé privé, demeurant à B-3800 St-Truiden (Belgique), 6/201, Grevensmolenweg.

3. La société OCTOPUS VENTURES INC, établie et ayant son siège à British Virgin Islands, 90, Main Street, Road Town, Tortola N° registre 610.264,

ici représentée par Monsieur Marc Lemmers, précité, et Madame Fabienne Mathijs, ci-après décrite, nommés à ces fonctions suivant résolution de nomination de directeurs du 12 août 2004.

4. Madame Fabienne Mathijs, employée privée, demeurant à B-3803 Duras St-Truiden (Belgique), 2, Park.

Lesquels comparants ont requis le notaire de dresser l'acte constitutif d'une société anonyme qu'ils déclarent constituer entre eux et dont ils ont arrêté les statuts comme suit:

Art. 1^{er}. Il est constitué par les présentes entre les comparants et tous ceux qui deviendront propriétaires des actions ci-après créées une société anonyme luxembourgeoise, dénommée TOPLINE SERVICES S.A.

Art. 2. La société est constituée pour une durée illimitée à compter de ce jour. Elle peut être dissoute anticipativement par une décision des actionnaires délibérant dans les conditions requises pour un changement des statuts.

Art. 3. Le siège de la société est établi à Schengen.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre militaire, politique, économique ou social feront obstacle à l'activité normale de la société à son siège ou seront imminents, le siège social pourra être transféré par simple décision du conseil d'administration dans toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg et même à l'étranger, et ce jusqu'à la disparition desdits événements.

Art. 4. La société a pour objet l'exploitation d'une agence commerciale, l'achat et la vente de marchandises en tant qu'intermédiaire ou agence, ainsi que toutes opérations industrielles, commerciales ou financières, mobilières ou immobilières se rattachant directement ou indirectement à son objet social ou qui sont de nature à en faciliter l'extension ou le développement.

La société a également pour objet la prise de participation, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres entreprises luxembourgeoises ou étrangères, la gestion ainsi que la mise en valeur de ces participations, sans pour autant avoir droit aux avantages de la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding.

Art. 5. Le capital souscrit est fixé à trente et un mille (31.000,- EUR) euros représenté par mille (1.000) actions de trente et un (31,- EUR) euros chacune, disposant chacune d'une voix aux assemblées générales.

Toutes les actions sont, au choix de l'actionnaire, nominatives ou au porteur.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de deux ou plusieurs actions.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions sous les conditions prévues par la loi.

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins et qui élit un président dans son sein. Ils sont nommés pour un terme n'excédant pas six années.

Art. 7. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour gérer les affaires sociales et faire tous les actes de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social, et tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par les présents statuts ou par la loi, est de sa compétence. Il peut notamment compromettre, transiger, consentir tous désistements et mainlevées, avec ou sans paiement.

Le conseil d'administration est autorisé à procéder au versement d'acomptes sur dividendes aux conditions et suivant les modalités fixées par la loi.

Le conseil d'administration peut déléguer tout ou partie de la gestion journalière des affaires de la société, ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants et/ou agents, associés ou non-associés.

La société se trouve engagée, soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle de la personne à ce déléguée par le conseil.

Art. 8. Les actions judiciaires, tant en demandant qu'en défendant, seront suivies au nom de la société par un membre du conseil ou la personne à ce déléguée par le conseil.

Art. 9. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires. Ils sont nommés pour un terme n'excédant pas six années.

Art. 10. L'année sociale commence le premier janvier et finit le 31 décembre de chaque année.

Art. 11. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le troisième jeudi du mois de juin à 10.30 heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les avis de convocation.

Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée se réunira le premier jour ouvrable suivant.

Art. 12. Pour pouvoir assister à l'assemblée générale, les propriétaires d'actions au porteur doivent en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter par lui-même ou par mandataire, lequel dernier ne doit pas être nécessairement actionnaire.

Art. 13. L'assemblée générale a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société. Elle décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

L'assemblée générale peut décider que les bénéfices et réserves distribuables seront affectés à l'amortissement du capital sans que le capital exprimé ne soit réduit.

Art. 14. Pour tous les points non réglés aux présents statuts, les parties se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 et aux lois modificatives.

Souscription

Le capital social a été souscrit comme suit:

1.- La société OCTOPUS VENTURES INC, susdite, neuf cent quatre-vingt-dix actions	990
2.- Marc Lemmers, susdit, quatre actions	4
3.- Fabienne Mathijs, susdite, quatre actions	4
4.- CIEL-LINE, S.à r.l., susdite, deux actions	2
Total: mille actions	1.000

Toutes les actions ainsi souscrites ont été libérées par des versements en numéraire, de sorte que le capital social au montant de trente et un mille (31.000,- EUR) euros est dès à présent à la disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire.

Déclaration

Le notaire déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales et en constate expressément l'accomplissement.

Dispositions transitoires

- 1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution pour finir le 31 décembre 2006.
- 2) La première assemblée générale ordinaire aura lieu en 2007.

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants, représentant l'intégralité du capital social, se sont réunis en assemblée générale extraordinaire, à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués et à l'unanimité, ils ont pris les résolutions suivantes:

Première résolution

Le nombre des administrateurs est fixé à trois (3) et celui des commissaires à un (1).

Sont nommés aux fonctions d'administrateur:

1. La société OCTOPUS VENTURES INC, établie et ayant son siège à British Virgin Islands, 90, Main Street, Road Town, Tortola;
2. Madame Fabienne Mathijs, employée privée, demeurant à B-3803 Duras, St-Truiden (Belgique), 2, Park;
3. Monsieur Marc Lemmers, employé privé, demeurant à B-3800 St-Truiden (Belgique), 6/201, Grevensmolenweg.

Deuxième résolution

Est nommé commissaire aux comptes:

La société FRAXINUS B.F. BVBA, avec siège social à B-1745 Opwijk (Belgique), 142, Klaarstraat.

Troisième résolution

Le mandat des administrateurs et du commissaire ainsi nommés prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle qui statuera sur les comptes de l'exercice 2011.

Quatrième résolution

L'adresse de la société est fixée à L-5445 Schengen, 1A, route du Vin. Le conseil d'administration est autorisé à changer l'adresse de la société à l'intérieur de la commune du siège social statutaire.

Cinquième résolution

Le conseil d'administration est autorisé, conformément à l'article 60 de la loi sur les sociétés et de l'article 7 des présents statuts, à désigner un administrateur-délégué avec tous pouvoirs pour engager la société par sa seule signature pour les opérations de la gestion journalière.

Déclaration

En application de la loi du 11 août 1998 portant introduction de l'incrimination des organisations criminelles et de l'infraction de blanchiment au code pénal, les comparants déclarent être les bénéficiaires réels des fonds faisant l'objet des présentes et déclarent en plus que les fonds ne proviennent ni du trafic de stupéfiants, ni d'une des infractions visées à l'article 506-1 du code pénal luxembourgeois.

Dont acte, fait et passé à Mondorf-les-Bains en l'étude.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, les comparants ont tous signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: H. Swannet, M. Lemmers, F. Mathijs, R. Arrensdorff.

Enregistré à Remich, le 24 juillet 2006, vol. 470, fol. 70, case 10. – Reçu 310 euros.

Le Receveur (signé): Molling.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mondorf-les-Bains, le 1^{er} août 2006.

R. Arrensdorff.

(081675.4/218/129) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2006.

SPI PLAY BeNeLux-FRANCE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-4830 Rodange, 4, route de Longwy.

R. C. Luxembourg B 110.453.

Le bilan au 31 décembre 2005, enregistré à Luxembourg, le 8 août 2006, réf. LSO-BT02665, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 10 août 2006.

Pour la société

Signatures

(084153.3//12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 août 2006.

PHARMAPHYT, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-6661 Born, 41A, Haaptstrooss.

R. C. Luxembourg B 110.775.

L'an deux mille six, le vingt et un juin.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, soussigné.

Se réunit une assemblée générale extraordinaire des associés de la société à responsabilité limitée PHARMAPHYT, S.à r.l., ayant son siège social à L-1450 Luxembourg, 21, Côte d'Eich, R.C.S. Luxembourg section B n° 110.775, constituée suivant acte reçu le 14 septembre 2005, publié au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations n° 157 du 23 janvier 2006.

L'assemblée est présidée par Monsieur Hubert Janssen, juriste, demeurant à Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire et l'assemblée choisit comme scrutatrice Madame Svitlana Ponomarenko, pharmacienne, demeurant à L-6661 Born, 41A, Haaptstrooss.

Le président prie le notaire d'acter que:

I.- Les associés présents ou représentés et le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence. Cette liste et les procurations, une fois signées par les comparants et le notaire instrumentant, resteront ci-annexées pour être enregistrées avec l'acte.

II.- Il ressort de la liste de présence que toutes les parts, représentant l'intégralité du capital social sont représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour, dont les associés ont été préalablement informés.

III.- L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

Ordre du jour:

- Transfert du siège social de la société de L-1450 Luxembourg, 21, Côte d'Eich à L-6661 Born, 41A, Haaptstrooss.

- Modification afférente de l'article 4 des statuts.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, les associés décident ce qui suit à l'unanimité:

Résolution unique

Il est décidé d'approuver le transfert du siège social de la société de L-1450 Luxembourg, 21, Côte d'Eich à L-6661 Born, 41A, Haaptstrooss et de modifier en conséquence l'article 4 des statuts, pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 4.** Le siège social est fixé à Born.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, ils ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: H. Janssen, S. Ponomarenko, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 28 juin 2006, vol. 154S, fol. 13, case 2. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 4 juillet 2006.

J. Elvinger.

(081897.3/211/39) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2006.

PHARMAPHYT, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-6661 Born, 41A, Hauptstrooss.
R. C. Luxembourg B 110.775.

Les statuts coordonnés ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2006.

J. Elvinger.

(081899.3/211/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2006.

CONSTANTIN INTERNATIONAL S.A.H., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2240 Luxembourg, 8, rue Notre-Dame.
R. C. Luxembourg B 64.720.

DISSOLUTION

L'an deux mille six, le dix-neuf juin.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, soussigné.

A comparu:

Monsieur Romain Zimmer, expert comptable à L-2714 Luxembourg,

«le mandataire»,

agissant en sa qualité de mandataire spécial de la société CONSTANTIN GLOBAL S.A., avec siège aux Seychelles, Oliaji Trade-Centre, Francis Rachel Street, Victoria-Mahe,

«le mandant»,

en vertu d'un pouvoir général lui délivré; une copie dudit pouvoir, après avoir été signée et paraphée par le mandataire comparant et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte pour être formalisée avec lui.

Lequel comparant, agissant en ses dites qualités, a requis le notaire instrumentant de documenter ainsi qu'il suit ses déclarations et constatations:

I.- Que la société anonyme holding CONSTANTIN INTERNATIONAL S.A.H., ayant son siège social au 8, rue Notre Dame à L-2240 Luxembourg, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés à Luxembourg, section B sous le numéro 64.720, a été constituée suivant acte reçu par Maître Frank Molitor, notaire de résidence à Dudelange, en date du 28 mai 1998, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations n° 603 du 20 août 1998.

II.- Que le capital social de la société anonyme holding CONSTANTIN INTERNATIONAL S.A.H., prédésignée, s'élève actuellement à trente mille neuf cent quatre-vingt-six euros et soixante-neuf cents (EUR 30.986,69) représenté par mille deux cent cinquante (1.250) actions de vingt-quatre euros et soixante-dix-neuf cents (EUR 24,79) chacune.

III.- Que son mandant déclare avoir parfaite connaissance des statuts et de la situation financière de la susdite société CONSTANTIN INTERNATIONAL S.A.H.

IV.- Que son mandant, la société CONSTANTIN GLOBAL S.A. est devenu propriétaire de toutes les actions de la susdite société et qu'en tant qu'actionnaire unique elle déclare expressément procéder à la dissolution de la susdite société anonyme holding CONSTANTIN INTERNATIONAL S.A.H.

V.- Que son mandant déclare que les dettes connues ont été payées et en outre qu'il prend à sa charge tous les actifs, passifs et engagements financiers, connus ou inconnus, de la société dissoute et que la liquidation de la société est achevée sans préjudice du fait qu'il répond personnellement de tous les engagements sociaux.

VI.- Qu'à l'instant il a été procédé à l'annulation des titres et du registre des actionnaires de la société dissoute.

VII.- Que décharge pleine et entière est accordée à tous les administrateurs, commissaire de la société dissoute pour l'exécution de leurs mandats jusqu'à ce jour.

VIII.- Que les livres et documents de la société dissoute seront conservés pendant cinq ans aux bureaux de la société dissoute.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture, le mandataire prémentionné a signé avec le notaire instrumentant le présent acte.

Signé: R. Zimmer, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 26 juin 2006, vol. 28CS, fol. 91, case 5. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 4 juillet 2006.

J. Elvinger.

(081918.3/211/46) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2006.
